

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Setzungs-Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspalte oder deren Raum 40 Pf., für Barcins- und Veranmeldungs-Platzungen 20 Pf. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochen-tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
Ersparpreis: Juni 1. Nr. 1508
Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 19. März 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Antisemiten.

Paris, den 14. März.
Dieser Tage besuchte mich ein befreundeter Genosse; voller Ingrimm zerstückte er drei Nummern der „Libre Parole“ in seinen Händen, und zwar die vom 18., 19. und 25. Februar:

„Hier, sehen Sie nur, wie dieser Drumont, der doch manchmal mit dem Sozialismus kokettiert, uns behandelt: Wir sind die Hörigen des jüdischen Sozialismus“. Wenn sich die Mißstimmung gegen den schädlichen Einfluß des jüdischen Kapitalismus wendet, so kommt der Sozialismus mit seiner bekannten Nebenart: „Es giebt keinen jüdischen Kapitalismus, es giebt nur das Kapital. Nicht der Jude ist der Feind, sondern der Ausbeuter, wess Glaubens er auch sei.“ „Der Sozialismus spielt die Rolle des Abhaleiters“. „Der marxistische Sozialismus erhält seine Befehle von Singer aus Berlin, er entwickelt unbestimmte Theorien, um die Interessen der Großhändler zu beschützen, ohne daß es so aussieht.“ Ist das nicht ein Skandal?“

Nicht so hitzig! Bedanken Sie sich vielmehr bei Herrn Drumont und seinen Freunden für ihre Verleumdungen, denn jetzt wird niemand mehr so dumm sein, uns mit den Antisemiten in einen Topf zu werfen. Im Uebrigen muß man Rücksicht mit Herrn Drumont haben, der sich einer Aufgabe weicht, deren Erfüllung weder unseren Wünschen noch unseren Fähigkeiten entspricht.

Ja, wir schulden ihm Dank; aber nicht, weil er den jüdischen Despotismus mit einem so hervorragenden Mangel an Logik angreift. Denn wir haben nicht auf ihn zu warten gebraucht, um diesen Kampf aufzunehmen. Ehe er überhaupt nur daran dachte, seine antisemitische „Stinkbombe“ zu schleudern, hatten wir schon die Forderung gestellt, man solle aus Mazarin die kleinen Spitzbuben herauslassen und dafür Rothschild und die anderen großen Geldspitzbuben einsperren. Beiläufig bemerkt, wegen eines ähnlichen Attentats auf Seine Majestät den König Kapital bin ich schon vor die Richter gestellt worden.

Die Sozialisten konnten den liberalen Aufklärern nicht den Rang ablaufen und sie wollten die heftigste Kritik eines Bayle und Voltaire nicht wieder aufnehmen. Allein wir erkannten doch die Nothwendigkeit, den Geist des Bürgerthums von gewissen alten Anschauungen und Thorheiten zu reinigen. Und Herr Drumont und seine Freunde haben sich das Ziel gesetzt, selbst die eingelebtesten, eingetapfeltesten Katholiken zum Freidenkertum zu bekehren. —

— Sie scherzen!
— Ich bin so ernst wie der Paph, wenn er von der Höhe seiner Unschlbarkeit aus seines heiligen Amtes waltet. Hören Sie: Die christliche Lehre, die der Welt keine einzige neue Wahrheit gebracht hat, hat aus der heidnischen Philosophie die Einheit des Menschengeschlechts, die von den griechischen Epikurern gelehrt wurde, herübergenommen und sie in ein Dogma verwandelt, an das man glauben muß bei Strafe ewiger Verdammnis. Diese altphilosophische Idee gab dem Christentum das Uebergewicht über alle die lokalen und nationalen Kulte des Heidenthums und machte es zu einer Universal-Religion. Schon gewisse heidnische Kulte, deren Erbschaft das Christentum antrat, zeigten ein Bestreben international zu werden.

Die Kirche sagt zu den Menschen: Ihr alle seid Brüder, ihr alle seid Abkömmlinge des Vaters Adam und nach dem Ebenbilde Gottes geschaffen, ihr alle habt die gleichen Tugenden und Lasten.

„Das ist nicht wahr!“ rufen die Antisemiten; „die Arier und die Semiten sind zwei verschiedene Rassen!“ Und sie setzen dem Dogma der Kirche die Theorie jener freidenkerischen Anthropologen entgegen, die ihre Wissenschaft an dem Tage lustig in

Clotilde. (Nachdruck verboten.)

„Ich freue mich allerdings“, begann Rüdorf, „daß es hier sowohl guten alten, als guten neuen Wein giebt, daß ich mich an beiden laben kann.“

„Auch Du? Recht so, Schwager.“
„Eigentlich hätte ich nicht hierher reisen, sondern auf dem Gute bleiben sollen.“

„Gewiß wegen Deines Pächters.“ frug die Oberförsterin, „erzähle.“

„Zuvor wollen wir“, sprach, indem er sich erhob, der Major, „es rühmend anerkennen, daß trotzdem unser Gast gekommen ist, und auf sein Wohl wollen wir anstoßen.“

Die Gläser erklangen hell zum Willkommgrüße, dem Gaste zu Ehren.

Rüdorf war sehr erfreut, man sah ihm an, daß er sich wohl fühlte, wieder einmal in diesem trauten Kreise zu sein, um so mehr, als er beim Anklingen in Clotildens Augen sah und dort freundlichen Blicken begegnete. Er empfand wie alle Anwesenden, daß es da am schönsten ist, wo trotz aller Zurückgezogenheit gute Menschen traulich bei einander wohnen. Rüdorf gab auch sofort diesen Gefühlen Ausdruck, indem er in schwungvoller Rede den ihm dargebrachten Toast erwiderte. Er schloß: Dem Wohle der hoffnungsvollen Kinder, den trefflichen Müttern, den wackeren Vätern, den traulichen Räumen, wo die Gastfreundschaft so gepflegt wird, daß die Gäste sich gefesselt und wohl fühlen — sei ein volles Glas dargebracht. — „Ja, der Gastfreundschaft alle Ehre!“ setzte Clotilde hinzu, indem sie zuerst mit Rüdorf anstieß, der ihr aus ihrer Seele gesprochen.

Trümmer schlugen, da sie erklärten, die wilden, barbarischen Völker seien eine tiefer stehende Menschenrasse; was sie deshalb thaten, um deren Ausbeutung und Ausrottung durch die kapitalistische Räuber- und Sklavenhändlerbande den Stempel des Rechts aufzudrücken.

Die Arier sind die Tugend und Herzengüte selbst. Wären sie die einzigen Bewohner unserer Erde, so würde die menschliche Gesellschaft ein wahres Paradies sein. Es würde jetzt keine Bontour, Lessops, Rouvier und Ganivet geben, und es würde keine Torquemada und Borgia gegeben haben, wenn die Herz und Reinach nicht das lilleneine Gemüth dieser unschuldigen, harmlosen Englein verführt hätten.

Ich frage Sie: ist das die Sprache eines frommen Christen oder ist es die eines Freimaurers? Wenn der Jude der Verfälscher der unschuldigen Arier ist, so wird Jehova — ich will mich gar ausdrücken — doch ein schwerer Vorwurf gemacht, in dem die unreine Nachkommenschaft Abraham's zum auserwählten Volke gemacht und ihr das Königreich auf Erden versprochen hat, während er doch ebenso gut die Kelten, Germanen, Lateiner oder Hellenen hätte auserwählen können.

Der ehrliche Katholik muß den jüdischen Geldmann segnen, der die Christen und seine beschnittenen Brüder ausplündert und die Erde in ein Jammerthal verwandelt. Herr Drumont aber ist ergrimmt über den jüdischen Millionär, der den Christen mit leidig das Paradies überläßt, in das sie nicht kommen könnten, wenn sie mit irdischen Schätzen beladen wären.

Lieber Freund, Sie werden mit mir übereinstimmen, daß Herr Drumont und die Antisemiten nicht so arm sind am Geiste, und nicht so bössartig, um auf solche Weise ihre Religion zu ver-rathen.

Herr Drumont hat seine Vorsichtsmaßregeln getroffen, damit man sich nicht täusche.

Als er sein illustriertes „Jüdisches Frankreich“ in Lieferungen herausgab, ließ er in Paris allenthalben Plakate anschlagen, auf denen er als Paladin gerüflet dastand und die Geseßestafeln, die Moses, einem Befehl Gottes folgend, auf dem Berge Sinai geschrieben hat, mit Füßen trat. Das war doch deutlich genug — wer kann da noch seinen übertriebenen Katholizismus ernst nehmen?

Ich wiederhole Ihnen noch einmal: die Antisemiten sind Religionshasser, Freimaurer und Freidenker, die sich echt jesuitisch verkleiden haben, um so die christliche Religion leichter lächerlich machen und zerstören zu können.

Gallas.

Politische Uebersicht.

Berlin, 18. März.

Der Reichstag beschäftigte sich heute mit den „uferlosen Flottenplänen“ und blieb dabei kühl bis ans Herz hinan — soweit der Reichstag versammelt war, das heißt drei bis vier Tugend langweilende oder gelangweilte Herren. Vor 4 Wochen hätten die „uferlosen“ Pläne eine hitzige Debatte hervorgerufen, allein inzwischen sind sie so eingedämmt worden, und durch die Ent-larung ihres Hauptapostels Peters so in Mißkredit gekommen, daß sich niemand mehr über sie erhitzen kann. Herr v. Marschall, der auf dem Lande ziemlich zu Hause ist, schwankte auf der See steuerlos hin und her und trieb dabei etwas freiwilligen oder unfreiwilligen Zickackkurs. Hierauf kritisierte Bebel die abenteuerlich, phantastischen Wasserschlösser von unserem Standpunkt aus, wobei er auch

Die Gläser waren noch nicht geleert, da meldeten sich auch die beiden hoffnungsvollen Mädchen, die Frauen brachen auf und der Major sagte:

„Da haben wir's — es sind unsere Kinder, auch sie wollen mittrinken.“

Der Oberförster benutzte die Abwesenheit der Frauen dazu, seinem Schwager Rüdorf als Doppelgatter zu gratulieren. „Der Major“, sagte er, „steht bei meinem Mädchel, ich bei dem feinen und Du und Clotilde steht bei beiden Gevatter.“

Rüdorf sagte sofort freudig zu, Pathenstelle zu übernehmen, frug aber plötzlich ernster werdend: „Und Clotilde, weiß sie davon?“

„O ihrer wird wir gewiß“, fiel der Major ein, „sie ist ein hochherziges Weib, eine tiefangelegte Natur, ein trefflicher Charakter.“

„Ja das ist wahr“, setzte der Oberförster hinzu. Und beide Männer priesen abwechselnd die Vorzüge Clotildens, die dieselbe in und außer dem Hause entfaltet, und Rüdorf hörte ihnen gern zu, jedes Wort klang ihm wie Musik, er hätte gern auch noch von den Vorzügen gesprochen, die ihm sein Herz eingab, aber der verletzte Männerstolz hieß ihn schweigen. Ueberwältigt jedoch von feinen Empfindungen sagte er sein Glas, stieß mit seinen Freunden an, beide erhoben ihre Gläser, sie erklangen hell.

Keiner sagte ein Wort — jeder mußte, wenn es galt — da traten die drei Frauen wieder ein und beieilen sich, ihre Plätze wieder einzunehmen.

Die Oberförsterin schmiegte sich nah an ihren Bruder legte liebevoll den Arm auf seine Schulter und rief: „Nun lieber Theodor, erzähle.“

die auswärtige Politik streifte, und der Staatsmann in partibus von Vennigsen tanzte einen staatsmännischen Gieranz von Wenn und Aber. Das übrige ist im Reichstagsbericht nachzulesen.

Morgen Fortsetzung und hoffentlich auch Ende. Denn sonst kann die dritte Lesung des Stats nicht Montag begonnen werden. —

Das preussische Abgeordnetenhause hielt am Mittwoch die Besprechung der Interpellation King betr. Maßregeln gegen die Einschleppung von Viehseuchen fort. Wer noch daran zweifelte, daß es den Agrariern mit dieser Interpellation nur um die Verfolgung ihrer Sonderinteressen zu thun sei, der wurde durch die Reden der Abgg. v. Mendel, Steinfels, King und Gerlich eines besseren belehrt. Ersterer betonte sogar, daß die Handelsverträge uns nicht hindern dürften, notwendige Absperrungs- und Kontrollmaßregeln zu ergreifen. Im allgemeinen bewies die Debatte, die die bekannten agrarischen Tiraden zu Tage förderte, von neuem, daß es den Junkern in erster Linie darauf ankommt, ihre Taschen zu füllen, gleichviel ob sie dem armen Manne das Fleisch verteuern, wenn sie selbst nur Vortheil haben. Der freisinnige Abg. Gothein lieferte heute den Beweis, daß er von seinen agrarischen Gegnern gelernt hat; wie diese bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit für den Bund der Landwirthe Propaganda machen, so versuchte Herr Gothein den neuen Schutzverband gegen agrarische Liebergriffe zu empfehlen, um wo möglich für ihn Mitglieder zu werben. Wenn es so weiter geht, werden wir es schließlich noch erleben, daß die Parlamente zu einem Tummelplatz dieser beiden Interessengereine werden. — Nach Erledigung der Interpellation nahm das Haus noch einige Wahlsprüngen und Petitionen in Angriff. — Am Donnerstag steht die erste Lesung des Gesetzentwurfs betr. Regelung der Richter-geschäfte und Erneuerung der Richterschaften auf der Tagesordnung.

Die silberne Internationale arbeitet nach ihrem III ge-heimen Programme eifrig weiter. Heute wurde im Deutschen Reichstage der folgende mit 145 Unterschriften versehene Antrag vertheilt:

Der Reichstag wolle beschließen: zu erklären, daß das Schwanken des Werthverhältnisses der beiden Edelmetalle seit der Aufhebung der französischen Doppelwährung im Jahre 1873 sich als eine Schädigung der Interessen Deutschlands erwiesen hat.

Der Reichstag fordert die verbündeten Regierungen an, alles, was in ihren Kräften steht, zu thun, um durch ein internationales Uebereinkommen ein festes Werthverhältnis zwischen Silber und Gold herzustellen und zu sichern.

Zu früheren Jahren trugen ähnliche Anträge mehr Unter-schriften. Zahlreiche Unterzeichner sind nicht — Bimetallisten, sondern gaden ihre Unterschrift bloß aus Kameraderie. Der Antrag beweist nicht die Stärke, sondern die Schwäche der deutschen Doppelwährungs-Fanatiker, denn die Majorität des Reichstages dürfte diesen Antrag verwerfen.

Aus Brüssel liegt die folgende Depesche vor:

Im Senat wies der Senator Montefiori auf die von dem Premierminister am Freitag in der Kammer abgegebene Erklärung hin, welche mehrere Zeitungen als eine für den Bimetallismus günstige ansahen, und forderte den Minister auf, eine gegenheilige Erklärung abzugeben. Der Ministerpräsident erwiderte, die Ansichten, die er in der Kammer auseinandergesetzt habe, würden, obgleich sie nur seine persönlichen seien, von mehreren Mitgliedern des

Rüdorf begann: „Es ist dies mit dem Pächter eine unerquickliche Geschichte.“

„Wie kamst Du zu ihm? Woher kennst Du ihn?“ frug der Oberförster.

„Ich suchte durch die Zeitung einen Pächter. Es meldete sich bald darauf eine Dame, welche in dieser Angelegenheit mit mir zu sprechen wünschte. Ich ließ sie eintreten und war erstaunt, eine so mobil aufgeputzte Kofette, wie mir da gegenüber stand, in klagendem Tone wehmüthig erzählen zu hören, daß sie nebst Familie und ihr Mann, ein ehemaliger Gutsbesitzer, sich in höchster Noth befänden. Ihr Mann sei einem Spekulant in die Hände gefallen, habe an der Börse sein und ihr Geld verloren, sein Gut verkaufen müssen, weil er nur die Landwirtschaft und nichts von Börsengeschäften verstehe. Jetzt arbeitete er auf dem Felde bei einem Verwandten nur um für sich und seinen Knaben Lebensunterhalt zu haben, währenddem seine unglückliche Frau mit zwei Töchtern bei einer Freundin ihr Dasein früste. Sie habe ihren Mann geschrieben, sich um die Pächterstelle zu bewerben und bitte bis er eintreffe dieselbe offen zu halten und ihn doch als Pächter einzusehen. Ich möchte mich bei dem Käufer ihres Gutes erkundigen, wie dasselbe von den früherem Besitzer bewirtschaftet worden sei. Ich versprach dies und erfuhr noch, daß das im Schwarzwald gelegene ehemalige Delroa'sche Gut jetzt dem Herrn von Bergluhn gehöre. Ich verabschiedete die Dame mit dem Versprechen, ich würde an Bergluhn schreiben, ihm die Lage Delroa's vorstellen, ihn ersuchen, da er das Gut unter dem wahren Werthe angekauft, doch als reicher Mann nachträglich eine Summe dem Delroa anzuhelfen. (Fortf. folgt.)“

Rabineit getheilt. Belgien könne nicht die Initiative zur Rehabilitation des Silbers ergreifen. Andere Erklärungen könne er nicht abgeben.

Im englischen Parlamente gab es gestern die Währungsdebatte. Herbert Whiteley beantragte eine Resolution, welche die Regierung dringend auffordert, alles aufzubieten, um durch ein internationales Abkommen eine stabile Parität zwischen Gold und Silber herzustellen. Der Schatzkanzler Sir Michael Hicks Beach erinnerte daran, daß das Haus im vorigen Jahre einstimmig einen Beschluß gefaßt habe, der ähnlichen Inhalt gewesen sei. Von jenem Beschluß trete die Regierung nicht zurück; jedoch sei es unmöglich, eine feste Parität zwischen den beiden Metallen gänzlich unabhängig von den Schwankungen des Marktes herzustellen. Während die Regierung bereit sei, mit fremden Ländern zu unterhandeln, um die aus dem niedrigen Silberpreise entstehenden Uebel zu vermindern, sei sie andererseits nicht bereit, die Goldwährung aufzugeben. Etwas könne geschehen, um den Silberwert zu heben, indem man die Verwendung des Silbers in Indien fördere; aber weiter könne die Regierung nicht gehen. England sei allgemein in blühendem Zustande und sein Wohlstand sollte nicht gefährdet werden. Maclean führte hierauf aus, angelehnt an die Erklärungen des Schatzkanzlers, welche beschieden seien, sei sein Antrag zu Gunsten der Beibehaltung der Goldwährung unndthig.

Der Erste Lord des Schaks Balfour erklärt, Beach habe die Politik der Regierung mit voller Genauigkeit auseinandergesetzt; er selbst sei stets der Ansicht gewesen, daß es unmöglich sei, den Handels- und Finanzkreisen eine Währung aufzuzwingen, welche anzunehmen dieselben nicht gewillt seien. Er sei Bimetallist und hoffe, das Land werde sich vielleicht zum Bimetallismus bekehren. Der Antrag Whiteley's, welcher einstimmig werde angenommen werden, verpflichte die Regierung, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß die anderen Staaten für Rehabilitation des Silbers thäten, was sie nur irgend thun könnten. Er hoffe, man werde im Auslande verstehen, daß England erklärt habe, es halte es für wünschenswert, die Goldwährung auf eine Grundlage zu stellen, welche gerecht gegen Gläubiger und Schuldner und weniger der Gefahr unterworfen sei, durch verschiedene Ursachen verändert zu werden, als eine Währung, die ausschließlich auf Gold oder Silber basirt sei. — Der Antrag Whiteley's wird ohne besondere Abstimmung angenommen.

Die Agrarier müßten schon mehr als bescheiden sein, wenn sie mit diesen Erfolgen zufrieden wären. —

Die Reise des Präsidenten Faure läßt die französischen Reaktionen noch immer nicht zur Ruhe kommen. Da sie nicht leugnen können, daß der Empfang überall ein begeisterter und zwar ein spontan und demonstrativ begeisterter war, so erfinden sie jetzt alle möglichen Dinge, um Faure als einen ausgebildeten Tölpel, eine Art von Naturburschen hinzustellen, der eigentlich bloß gehänselt worden sei, in seiner Naivetät aber alle Huldigungen für Ernst genommen habe. Und die größten Dumtheiten werden ihm in den Mund gelegt. So soll er z. B. Gladstone, den er zufällig traf, die Schmeichelei gesagt haben: „Ich habe schon viel von Ihnen gehört!“ und was solcher Albernheiten mehr sind. Natürlich ist das alles nicht wahr, es läuft aber durch die Blätter, und auch die deutschen Panamazeitungen drucken es ab.

Zufällig hat Herr Faure auf seiner Reise, wie bei allen früheren Gelegenheiten sich sehr taktvoll benommen. Allerdings etwas ungewöhnlich. Da die schablonenmäßigen Reisen der Staatsoberhäupter (mit obligaten Empfängen von Deputationen, Beamten, weisgelehrten Jungfrauen, mit offiziellen Gastmählern und obligaten Toasts und Tischreden und sonstigem Brimborium) veridentermaßen in Mißacht gekommen sind, hatte er sich nicht nur alle offiziellen Feierlichkeiten verboten, sondern auch an die Beamten strenge Weisung ergehen lassen, auch nicht indirekt für solche Rundgebungen zu wirken, die — wie er sich ausdrückte — „auf jeden denkenden Menschen nur einen unangenehmen Eindruck machen können“. Und er erklärte weiter, alle derartigen Bestellen oder von Behörden irgend veranlaßten Rundgebungen seien eines freien Volkes unwürdig und gereichten dem angeblich Gefeierten eher zur Unehre als zur Ehre.

Das war bekannt geworden und gerade diesem demokratischen Charakter der Reise hat sie ihren Erfolg zu verdanken. Eine Flegel ist allerdings gegen den Präsidenten verübt worden — allein das geschah seitens der Honorer Geldproben und Panamisten, die bei einem Bankett der Handelskammer Faure zu einer Verleumdung der Einkommensteuer nöthigen wollten: die Urheber dieser Flegel wurden jedoch von Faure ebenso fein wie scharf abgestraft.

Die Behauptung, von Sozialisten in Marseille sei dem Präsidenten ein Immortellenkranz — mit Immortellen schmückt man die Gräber — überreicht worden, ist eine einfältige Lüge. Aber, Faure ist das erste Staatsoberhaupt, das von den sozialistischen Arbeitern begrüßt worden ist — und das können seine Feinde ihm nicht verzeihen. —

Die Erklärungen Rudini's in der gestrigen Sitzung der italienischen Kammer sind, soweit Afrika im Spiel ist, durchaus billigenwerth. Es ist der entschiedenste Bruch mit der Crispi'schen Raub- und Größenwahns-Politik. Was in bezug auf den Dreibund gesagt ward, sind diplomatische Nebenarten, wie sie, unter den herrschenden Umständen, nicht anders zu erwarten waren. Daß die italienische Regierung aus dem „Dreibund“, der bis zum nächsten Jahr geschlossen ist, nicht austreten würde, verstand sich von selbst. Kann das Königreich Italien aber — und darauf allein kommt es an — noch als eine Macht gelten, auf welche das Deutsche Reich und Oesterreich im Fall eines Krieges gegen Frankreich zählen können? Kein Mensch in seinen fünf Sinnen wird die Frage bejahen. —

Ueber Italiens Zukunft schreibt der „Grillianer“, das Organ der schweizerischen, dem Grilliverein angehörigen Sozialisten:

Allgemein nimmt man an, daß es sich für die „Krone“ in nicht ferne Zeit um Sein oder Nichtsein handeln werde. Man spricht von starker republikanischer Propaganda? Aber ist denn Italien für eine Republik reif?

Beider müssen wir diese Frage verneinen. Es ist ungemein leicht, zu demonstrieren, Crispi oder irgend einem anderen Mißthäter Rohenmüßten zu bringen, die Fenster einzuwerfen u. dgl. Aber es ist schwer, den wirklichen Willen eines ganzen Volkes auch nur zu erkennen, und — wenn derselbe erkannt sein sollte — sich ihm unterzuordnen. — Hierzu bedarf es einer Schule von Generationen. — Aber, wird man uns einwenden, einmal muß der Anfang gemacht werden? Ja wohl! Aber auf kleineren Territorien! mit Verlaub.

So dürfte denn auch die gesunde kulturelle Entwicklung Italiens nur durch eine Trennung des Nordens vom Süden bedingt sein. Eine Anzahl Städte, Republiken, die das Land nach und nach einbeziehen, dürften zukünftige Staaten des schönen Italiens heißen. Daß diese Republiken dann eine starke soziale Färbung tragen würden, dafür sorgen die wirtschaftliche Entwicklung und die gebildeten Sozialisten, deren es auch in Italien immer mehr giebt.

Selbstredend könnten sich die Republiken zu einem mächtigen Städtebund wieder zusammenschließen, so daß die mühsam erzwungen Einheit, die heute weniger als ein löndendes Erz und eine klingende Schelle bedeutet, endlich die richtige äußere Form fände. —

Das sind vorläufig natürlich bloße Phantasiegebilde; aber die Noth der Zeit dürfte ein oder anderes der Wirklichkeit näher und immer näher rücken. ... Für uns moderne Eidgenossen wäre z. B. eine starke lombardische Republik ein ganz anderer Nachbar, als es das in seinen Westen erschütterte Königreich Italien sein kann.

Wir glauben nicht, daß sich in Italien verschiedene selbständige Republiken herausbilden werden. Eine Bundes- (Föderativ-) Republik nach dem Muster der Schweiz oder der Vereinigten Staaten ist aber bei der großen Abneigung der meisten Italiener gegen den zentralisirten Einheitsstaat, der den Italienern freilich nichts Gutes gebracht hat, keineswegs unwahrscheinlich. —

Die Dongolafrage erregt in der ganzen Welt große Aufregung. In Frankreich ist man eiferfüchtig auf die Verstärkung des englischen Einflusses in Ägypten. In recht ungeschickter Weise wurde dem englischen Botschafter in Paris von dem französischen Minister des Auswärtigen das Mißtrauen seiner Regierung ausgedrückt. Entsprechende Erklärungen in der französischen Kammer und eine französische Flottendemonstration vor Alexandrien werden folgen.

In Belgien ist man auch über die Entwicklung der Dinge in Afrika erregt vor allem über die Leitung des Kongostaats, die sich in militärische Abenteuer einläßt, ohne die belgische Regierung hiervon zu verständigen.

In Ägypten werden große militärische und finanzielle Aufwendungen für den Feldzug gegen die Dervische geplant.

Im Interesse Italiens, das durch das Vordringen der Engländer in Afrika ein Planke frei bekommt, haben Deutschland in Oesterreich-Ungarn der Verwendung der unter internationaler Kontrolle stehenden Gelder Ägyptens für den sudanesischen Feldzug beigegeben. —

Deutsches Reich.

— Zur angeblichen Schatzsekretär-Krise meldet Herold's Bureau: Wie wir aus guter Quelle erfahren, entbehren alle Gerüchte über Differenzen zwischen dem Reichsschatzsekretär Graf Posadowsky und dem preussischen Finanzminister Dr. Miquel jeder Begründung. Thatsächlich herrscht zwischen beiden Staatsmännern, wie uns versichert wird, keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß eine planmäßige Schuldentilgung angebahnt werden müsse, daß aber durch Einfügung des Lieberich-Antrages Stotages aus Verfassungsgründen unannehmbar ist. Damit entfällt also auch die Grundlage dafür, daß Staatssekretär Graf Posadowsky seine Entlassung eingereicht habe.

Durch den Reichs-Anzeiger wird folgendes veröffentlicht: „Der dem Reichs-Schatzsekretär in der Presse gemachte Vorwurf, er habe in der Budgetkommission die eventuelle Stellungnahme der verbündeten Regierungen zu dem Antrage Lieber nicht gemahrt, ist unbegründet. Graf Posadowsky hat den Antrag Lieber, insofern mit demselben der Beginn einer Schuldentilgung im Reich beabsichtigt ist, vom Standpunkt der Reichs-Finanzverwaltung aus grundsätzlich willkommen geheißen, ohne jedoch der Entschliessung der Bundesstaaten irgendwie vorzugreifen. Auch die preussische Regierung hat demnach einer alsbald zu beginnenden Abminderung der Reichsschuld ihre Zustimmung erteilt und sich über die Form, in welcher der dem Antrage Lieber zu Grunde liegende Gedanke zunächst versuchsweise zu realisiren und im Bundesrath zu vertreten sei, schlüssig gemacht. Die gegen den Reichs-Schatzsekretär aus Anlaß des Antrages Lieber von einzelnen Stellen gerichteten Angriffe sind hiernach grundlos. Die Nachricht, daß Graf Posadowsky sein Entlassungsgesuch eingereicht habe, beruht auf Gerücht.“

— Einigung zwischen dem deutschen Handwerkerbund und den Innungsverbänden. Die „Allg. B. Handwerker-Ztg.“ bringt in ihrer letzten Nummer zur Kenntniß der Bundesmitglieder, daß zwischen dem Zentralausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands zu Berlin und dem Allgemeinen Deutschen Handwerkerbunde zu München ein Ausgleich der bisher bestandenen persönlichen Differenzen auf grund gegenseitig bindender Abmachungen erzielt und der Erlaß einer Bekanntmachung vereinbart worden ist. Die Bekanntmachung lautet:

Infolge einer zwischen dem Allgemeinen deutschen Handwerkerbunde in München und dem Zentralausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands in Berlin getroffenen Vereinbarung wird der seitens der Regierung demnach zu erwartende Gesetzentwurf, betreffend die Zwangsorganisation des Handwerkes, nach dessen Veröffentlichung vorerst einer aus Vertretern beider genannten Körperschaften zusammengesetzten Handwerkerkonferenz unterbreitet werden, um eine gründliche Durchberatung der Regierungsvorlage zu ermöglichen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen soll sodann einem von beiden Körperschaften gemeinsam, voraussichtlich nach Dresden einuberufenen Allgemeinen deutschen Handwerker- und Innungstage zur endgültigen Beschlußfassung unterbreitet werden. Die bis jetzt erfolgten Ausschreibungen für einen deutschen Innungs- und Handwerkerkongress sind damit gegenstandslos geworden, und behalten sich die unterzeichneten Körperschaften vor, zu dem geeignet erscheinenden Zeitpunkt eine erneute Ausschreibung für einen Allgemeinen deutschen Handwerker- und Innungstag zu erlassen. —

Wiesbaden, 16. März 1896. (Allg. Volks-Ztg.) Am Sonnabend tagte hier auf Veranlassung des Staatsministers Dr. Miquel eine Kommission des Bundes der Landwirthe, um einen Gesetzentwurf, betr. den Verkehr mit rationell verarbeiteten Wein und mit Kunstwein vorzubereiten. Hauptreferent war Administrator Dern-Erbach. Es wurde beschlossen: 1. Die Kommission erachtet als einzig gangbaren Weg zu obigen Ziele die reichsgesetzliche Regelung der Kunstwein-Fabrikationsfrage; 2. Die Kommission spricht sich zum Zweck eines wirksamen Schutzes des deutschen Weinbaues für eine mäßige Besteuerung der bei der gesetzlich zulässigen Weinvermehrung bezw. Verbesserung zur Verwendung kommenden Materialien (Zucker), sowie eine starke Besteuerung der Kunstweinfabrikation in Verbindung mit verschärfstem Deklarationszwang für Kunstwein aus. — Eine Unter-Kommission wurde mit der Ausarbeitung eines beglücklichen Gesetzentwurfes beauftragt. Diese Sub-Kommission wird nach Ablauf eines Vierteljahres in Stuttgart zusammentreten.

— Wie allgemeine patriotische Feiern erzwungen werden. Wegen „grober Disziplinwidrigkeit“ waren 20 Lehrer der Bürgerschule in Husum von der Regierung in Strafe genommen worden, weil sie einem Wunsche des Orts-Schulinspektors, sich an der Spitze ihrer Schulabtheilungen an einem Festzug zur Sedanfeier zu betheiligen, nicht entsprochen hatten. Auf die eingelegte Beschwerde der Lehrer an den Minister der Unterrichtsangelegenheiten ist in sechs Fällen die Geldbuße und in einem Falle den Verweis und die Ordnungsstrafe aufgehoben worden, während es in den übrigen Fällen sein Bewenden behalten hat.

Weeze, Kreis Geldern, 13. März 1896. Heute Abend fand im Broekmann'schen Saale unter dem Vorhise des Grafen Loewen eine landwirtschaftliche Versammlung, in welchem unter anderem auch die schwebende Margarinefrage verhandelt wurde, statt. Die Versammlung war von etwa 1000 Personen besucht. Nichtlandwirthe oder Personen, die sich nicht als Landwirthe ausweisen konnten, wurden zurückgewiesen. Es waren drei Cen-

darmen und zwei Polizeibeamte ausgeboten. Auch soll ein Berichterstatter durch einen der Richter des Grafen Loewen unter Androhung der Excommunication an der scenographischen Aufnahme der Verhandlungen und Beschlässe verhindert worden sein.

Nach lebhaften Debatten für und gegen wurde schließlich eine Resolution mit zweidrittel Mehrheit dahin angenommen, daß Margarine intensiv gefärbt und daß die Margarine-Fabrikation überhaupt verboten werden müsse.

In dieser Frage sind die Millionen Konsumenten weit kompetenter zur Beschlußfassung als die Herren v. Loewen und Genossen.

— Ueber die Gefängnisarbeit schreiben die „Berliner Politischen Nachrichten“:

Ueber die Konkurrenz, welche die freie Arbeit durch die Gefängnisarbeit erleidet, wird vielfach geklagt. Die Arbeit der Gefangenen an sich bedingt keine Schädigung der freien Arbeit, aber durch unzutreffende Organisation der Gefängnisarbeit kann der freien Arbeit eine ungerichtetigte Konkurrenz erwachsen. Nach Auffassung der preussischen Gefängnisverwaltung liegt eine solche Gefahr vor, wenn großes Privatkapital unter Anwendung von Kraftmaschinen mit der Arbeitskraft der Gefangenen sich verbindet, wenn die Arbeitskräfte der Gefangenen auf einzelne Industriezweige konzentriert werden oder einzelnen Unternehmern eine übermäßige Anzahl von Gefangenen zur Beschäftigung überlassen wird. Die Strafanstalts-Verwaltung ist redlich bemüht, diese Uebelstände zu vermeiden. Zunächst geht ihr Bestreben dahin, durch möglichst ausgedehnte Ausnutzung der Gefängnisarbeit für Staats- und Reichsbehörden und durch Verwendung von Gefangenen zu landwirtschaftlichen Meliorationen eine immer größere Zahl von Gefangenen dem Unternehmerbetriebe zu entziehen. Dieses Bestreben ist von Jahr zu Jahr erfolgreicher. Die Anwendung von Kraftmaschinen im Unternehmerbetriebe ist sodann verlagert. Weiter wird darauf gehalten, eine möglichst große Anzahl von Arbeitszweigen in den Anstalten zu betreiben, um die Konkurrenz der Gefängnisarbeit auf möglichst viele Kreise zu vertheilen und dadurch unschädlich zu machen. Schwillt die Zahl der in einer Industrie beschäftigten Gefangenen bedenklich an, so schreitet die Zentralstelle dagegen ein. Den Vorschlag dagegen, die Gefangenen mit Anfertigung von Gegenständen, die für den Export bestimmt sind, zu beschäftigen, kann die Verwaltung wegen seiner bedenklichen Folgen nicht akzeptiren. Es ist bekannt, welches Kapital in England die industriellen Kreise, die sich durch die Konkurrenz der deutschen Arbeit auf dem heimischen und dem Weltmarkte bedroht fühlen, daraus geschlagen haben, daß Württemberg, die in einem preussischen Korrekthaus angefertigt waren, nach England eingeführt werden sollten. In der Presse und im Parlament ist infolgedessen die Forderung gestellt, man solle deutsche Industrieerzeugnisse, die in Gefängnissen hergestellt sind, vom Import ausschließen und von allen zur Einföhrung gelangenden Fabrikaten den Nachweis verlangen, daß sie nicht durch Gefängnisarbeit erzeugt sind. Durch die vorgeschlagene Maßregel würde also unsere Exportindustrie trotz der bestehenden Handelsverträge auf das Schwerste geschädigt werden.“

Hierzu bemerkt die agrarische „Deutsche Tages-Zeitung“:

Wir vertreten seit langem die Anschauung, daß die Gefängnisverwaltungen die Arbeitskraft der Gefangenen vorwiegend für staatliche Regierarbeiten verwenden sollten. — Werden aber schon diese Arbeitskräfte an private Unternehmer vermiehet, so darf das niemals unter den ortsüblichen Arbeits- bezw. Gesellenlöhnen geschehen. Das ist das ausschlaggebende Moment.“

Merkwürdige Entdeckung! Die Sozialdemokraten haben seit Jahrzehnten diesen Standpunkt im wesentlichen vertreten und nun kommen die Agrarier und meinen das Ei des Kolombus gefunden zu haben.

— Aus Mecklenburg. Einen kaum glaublichen Gerichtsfall finden wir in der „Mecklenburger Volkszeitung“. Derselbe schreibt: „Vor dem Schwurgericht in Güstrow standen der 63jährige Bäder-Fritz Holter zu Leupin und dessen Tochter Ida, 14 Jahre alt, wegen Beamen widerstandes. Der Forstgehilfe Wirt traf am 21. Oktober v. J. die Angeklagten in der Leupiner Forst beim Streuharken und forderte, da dieses nicht erlaubt war, dieselben auf, ihre Harken abzugeben. Die Angeklagten weigerten sich, dieser Aufforderung nachzukommen, worauf der Forstgehilfe versuchte, dem H. die Harken zu entreißen. Auf Zuruf des H. zog dessen Tochter Ida die Pantoffel aus und verlegte mit einem derselben dem Wirten einen Schlag ins Gesicht, welches eine Hautabschürfung zur Folge hatte. Jetzt ließ W. die Harken los, und der Angeklagte verfehrte demselben einige Schläge mit der Harken, von welchen einer eine Verwundung des Halsfleischs herbeiführte. Beide Angeklagte wurden von den Geschworenen wegen Widerstandes gegen einen Forstbeamten schuldig gesprochen und Holter zu einer Zuchthausstrafe von 1 Jahr 3 Monaten verurtheilt, auch wurde ihm die Kosten des Verfahrens aufgelegt, während seine Tochter, da sie die Strafbarkeit ihrer Handlung nicht gekannt, freigesprochen wurde.“

— Süddeutsche Nationalliberale über ihre norddeutschen Fraktionsgenossen. In einer der letzten Sitzungen des badischen Landtages sagte der Führer der Nationalliberalen, Herr Pfeser:

Zu der Sorte von nationalliberaler Partei, wie sie heute in wirtschaftlichen Dingen im Reichstage in die Erscheinung trete, möchte er allerdings nicht gehören. Wenn heute ein Abgeordneter zu reden beginne, wisse man schon, welchen Standpunkt er einnehme. Das Interesse sei heute ausschlaggebend.“

Für den Nationalliberalismus wird also bald die Todesglocke erklingen. —

München, 17. März. Nach der „Münchener Freien Presse“ hat das Oberlandesgericht gegen Professor Dr. Cuidde wegen Majestätsbeleidigung das Hauptverfahren eröffnet. Die Verhandlung findet am 18. April vor dem Schwurgericht statt. Das Landgericht hatte die Eröffnung abgelehnt. Die Sonnabend-Nummer der „Münchener Freien Presse“ wurde am 18. d. Mts. wegen Glosse über die Ordensverleihung an Professor Mommsen konfisziert. —

München, 18. März. Die Kammer der Abgeordneten nahm nach mehrtägiger Beratung den ganzen Gesetzentwurf betreffend die Lokalbahnen an. Der Gesetzentwurf beantragt den Bau von 26 neuen Lokalbahnen mit einem Kostenaufwande von 24 305 300 M.

Oesterreich.

Wien, 17. März. Abgeordnetenhause. In der heutigen Debatte über das Eisenbahnministerium führte der Eisenbahnminister Freiherr v. Guttentag aus, er erkenne die Nothwendigkeit der Verstaatlichung der bestehenden Privatbahnen an, doch müsse sehr vorsichtig vorgegangen werden. —

Wien, 18. März. Der Wahlreform-Ausschuss erledigte die ganze Wahlreform-Vorlage bis auf den Anhang, welcher das Regulativ für die Wahlen enthält. —

— Merkwürdige Begnadigung. Aus Budapest wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben: Das Urtheil gegen den Brakowitzer Husaren, die ihren Peiniger, den Wachmeister Döwghy, erschlagen haben, ist, wie schon gemeldet, gefällt und ist am 12. vollzogen worden. Schwere, fast lebenslänglicher Kerker und ein Todesurtheil! Der zum Tode verurtheilte Korporal ist allerdings begnadigt worden, aber die Form der Begnadigung verdient aufbewahrt

zu werden als ein Denkmal der Kultur unseres Zeitalters. Der Kernstein wird auf den Richtplatz geführt, wo eine Grube geschauelt ist und ein Sarg bereit steht. Dann wird das Todesurtheil verlesen und dem Delinquenten werden die Augen verbunden. Statt der tödtlichen Salbe aber erfolgt — die Mittheilung von der Begnadigung zu 20 Jahren Kerker. — Und das nennt man Begnadigung. Was schenkte man dem Kerker, nachdem man ihn die Momente der schwersten Qual hat überstehen lassen? Ein Leben im Kerker! Eine Kugel, finde ich, wäre barmherziger gewesen. Bedarf es solcher Mittel, das „System“ aufrecht zu erhalten? —

Frankreich.

Paris, 17. März. In der fortgesetzten Beratung des Gesehwentwurs über die Weltausstellung beantragte der Sozialist Baillant einen Zusatzartikel, wonach für die Arbeiten auf der Ausstellung der Arbeiter und Tagelöhner sowie Mindestlohn eingeführt werden sollen. Der Ministerpräsident Bourgeois bemerkte, man könne nicht aus Anlaß der Ausstellung ein Gesehwuch der Arbeit ausarbeiten. Der Antrag Baillant wurde hierauf mit 808 gegen 160 Stimmen abgelehnt. Der Gesehwentwurf über die Ausstellung wurde mit 425 gegen 69 Stimmen angenommen. —

Belgien.

Brüssel, 17. März. Das im Bezirk Brüssel von der Arbeiterpartei veranfaßte Referendum hat sich mit großer Mehrheit für ein Bündniß mit den Progressisten bei den nächsten Wahlen zu den Gesehwgebungsörtern ausgesprochen. —

Italien.

Rom, 14. März. (Eig. Bericht.) Der Sturz des Ministeriums Crispi hat bereits die Folge, daß von dem abessynischen Kriegsschauplatz wahrheitsgetreuere Berichte eingehen. Es wird jetzt angegeben, daß es ganz verfehlt war, die neu aus Europa angelommenen Truppen sofort in das Feuer zu schicken. Sie hätten zuvor durch längeren Aufenthalt an das Land gewöhnt werden müssen. Auch der Fehler, daß man anstatt ganzer Bataillone lauter einzelne ausgeloopte Leute nach Afrika geschickt hatte, ließ sich nicht so rasch wieder gut machen. Es ist vorgekommen, daß zur Bedienung der Geschütze verwendete Soldaten erst auf dem Wege nach der Schlacht von den Offizieren nothdürftig instruiert werden mußten; auch die Bespannung der Artillerie war zum Theil im letzten Augenblick improvisirt worden, so daß es nicht zu verwundern ist, wenn ein Theil der Geschütze bei der raschen Entwicklung der Schlacht gar nicht zur Verwendung gekommen ist. Auch über einen Theil der Offiziere gelangen jetzt recht wenig günstige Nachrichten nach Italien. Es hat allgemeines Erstaunen erregt, daß Baratieri schon 12 Stunden vor den ersten glücklichen seines geschlagenen Heeres unverwundet in Addis-Abeba eingetroffen ist und daß mit ihm sich der ganze Generalstab rettete, so daß, als die Niederlage erst begonnen hatte, die noch nicht ins Feuer gelangten Truppentheile ohne Oberleitung blieben. Daß überhaupt der Prozentsatz der gereiteten Offiziere in den ersten Tagen fast dreimal so stark war als der der gereiteten Gemeinen, ist bereits erwähnt worden. Bevor eine kriegsgerichtliche Untersuchung diese Vorgänge aufklärt hat, wird man gut thun, die Anerkennung des Heldenthums der Italiener einzuschränken. Endlich stellen die neuesten Berichte fest, daß Baratieri, obwohl ihm die Beförderung seiner Stellung vom Rücken her und die Störung des Proviantverkehrs einen entscheidenden Schlag nahelegen konnten, sich vielleicht doch nicht zu dem aussichtslosen Angriff auf die abessynischen Stellungen entschlossen haben würde, wenn Crispi ihn nicht dazu am 25. Februar durch ein Telegramm gereizt hätte, in welchem er ihm vorwarf: „Das ist kein Krieg, das ist militärische Schwindsucht.“ Crispi hat auf das verkehrte Ehrgefühl Baratieri's und der übrigen Generale spekulirt, um eine Entscheidung herbeizuführen, deren Bedingungen er gar nicht beurtheilen konnte, die er aber aus parlamentarischen Gründen brauchte. Einer der ersten Schritte des neuen Ministerpräsidenten di Rudini ist es gewesen, daß er den General Baldissera angewiesen hat, seine Verichte künstlich an das Kriegsministerium zu richten und nicht, wie dies unter Crispi geschehen mußte, an das Ministerium des Innern. —

— Crispi hat es doch vorgezogen, der Kammerführung fern zu bleiben. —

— Ueber die Sitzung der Kammer am 17. d. M., melden wir nach verschiedenen Blättern: Die Kammerführung verlief ziemlich ruhig. Imbriani begrüßte sehr wohlwollend das neue Cabinet, welches volle Amnestie für die Sozialisten erließ und das afrkanische Verbrechen unterbrecht wird. Der Kammerpräsident ruft den Redner zur Ordnung. Imbriani erweckt allgemeinen Beifall, indem er Menelli lobt, und erklärt weiter, die Dreifundfrage trenne ihn vom Cabinet. Casasotti begrüßte im Namen der ganzen äußersten Linken das Cabinet, dessen Programm seine Partei warm unterstützen wird. Sonnino erhebt nicht klug, indem er ungehörig die finanzielle Frage erörtert wollte, seine Rede wurde mit Beifall in der Kammer unterbrochen und mit Beifall im Centrum aufgenommen. Er verteidigte darauf unter dem Beifall desentrums und eines Theils der Linken die Kolonialpolitik Crispi's und der frühere Kriegsminister ersucht dringend, die neue Regierung möge die Korrespondenz des Cabinet's Crispi mit Baratieri und Baldissera der Kammer vorlegen, was Rudini zugestand.

Nach Schluß der Kammer wurden den das Parlamentarismus verlassenden Sozialisten Bosco und de Felice seitens der kolossalen Menschenmenge stürmische Ovationen dargebracht. Die Menge durchbrach die mittlerweile gebildeten Militärordnungen und trug beide Abgeordneten auf den Schultern im Triumph nach ihrem Hotel, wo sie vom Balkon aus Ansprachen hielten.

In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer gelangt ein Schreiben des Präsidenten Villa zur Verlesung, in welchem der seine Demission giebt. Auf Antrag des Ministerpräsidenten Rudini wird die Demission nicht angenommen. Präsident Villa übernimmt sodann unter lebhaftem Beifall den Vorsitz.

Es beginnt die Debatte über den Antrag, betreffend den Kredit für Afrika. Zum Wort sind gemeldet 10 Deputierte pro und 12 kontra. —

— Die lombardische Gruppe der internationalen Friedensgesellschaft hat in ihrer letzten Sitzung beschloffen, gleich den Sozialisten den 1. Mai als Feiertag zu betrachten, selbst wenn dieser Beschluß von den anderen Friedensvereinigungen Europas und Amerikas nicht gebilligt werden sollte. In dem Antrage, der diesem Beschlusse voranging, heißt es u. a.: „Der 1. Mai, der bereits in dem Verbrüderungsschreien der Völker der Erde geweihter Tag geworden ist, werde auch für Euch ein Tag der Weisheit: er werde der Feiertag für alle internationalen Friedensgesellschaften. Die Sozialisten, die an diesem heiligen Tage der Menschenliebe noch immer belästigt und durch schimpfliche Verdächtigungen beleidigt werden, werden an diesem Feiertage durch unser gleichzeitiges Eintreten für die brüderliche Vereinigung der Menschen gestärkt werden. Ihr Apokalypse des Völkerrubens, die Ihr wegen der Verschiedenheit der grundlegenden Ideen die dem Sozialismus ergebenen zahllosen Volksmassen nicht hinter Euch habt, werdet an diesem Feiertage gestärkt werden durch ihr imposantes gleichzeitiges Eintreten für das Ende des Krieges unter den Menschen. Die Sozialisten auf der einen Seite, Ihr Apokalypse des Friedens auf der anderen, werdet in Euren Lagern getrennt bleiben, bis der Fortschritt der Ideen zur Einigung zwingen wird. Inzwischen aber werdet Ihr alle einen gemeinsamen Tag des Festes und der Wünsche für das Wohl der Menschheit haben, und dieser gemeinsame Tag des Festes und der Wünsche muß Eurer Friedenspropaganda Nutzen bringen.“

Amerika.

Washington, 18. März. Der Ausschuß für die Marine des Repräsentantenhauses hat beschloffen, den Bau von vier Kriegsschiffen und 15 Torpedobooten anzuzupfehlen. —

— Wie die Spanier auf Kuba siegen. Das letzte Weyler'sche Telegramm meldet einen Sieg über die Truppen Roco's und Santera's. „Die Insurgenten wurden zerstreut.“ „Das Gesecht war von Bedeutung.“ Warum? „Weil 6000 Rebellen den Versuch machten, in Sagua einzudringen.“ Die Garnison schlug die Angreifer, welche einen Verlust von 22 Todten und 80 Verwundeten hatten, zurück. Die Insurgenten steckten die Vorstadt von Sagua in Brand.“

Aus Weyler'scher Militärsprache in gewöhnliche Zivilsprache überseht heißt das: Die Kubaner machten einen Handstreich gegen die besetzte Hafenstadt Sagua und steckten die Vorstadt in Brand. Nun ist aber Sagua, nächst Havanna, der bedeutendste Hafen von Kuba; jetzt doppelt bedeutend dadurch, daß er Florida gegenüber liegt. Ist dieser Hafen, wie es nach obigen Telegramm ganz den Anschein hat, den Kubanern in die Hände gefallen, so haben die Rebellen die lange von ihnen erstrebte Verbindung mit dem amerikanischen Festland. —

— Die kubanische Zuckereerte hat unter dem Aufstande schwer gelitten. Nach einer Depesche aus Havanna wird die Zuckereerte für 1896 auf 126 536 Tonnen geschätzt; im letzten Jahre hatte die Schätzung 1 000 000 Tonnen betragen.

In einem Interview des Vertreters der „Central News“ mit dem Sekretär des großen nordamerikanischen Zucker-Trufts erklärte derselbe, daß, wenn der kubanische Krieg nicht zu einem sofortigen Ende gebracht werde, die Zuckereerte auf Kuba so gut wie gar keine sein werde. Der Zucker-Truft werde deshalb genöthigt werden, seinen Bedarf aus anderen Ländern zu beziehen und rechne dabei in erster Reihe auf Deutschland. —

Nach einem Telegramm aus Havanna wird der Schaden, der durch den Aufstand in Kuba entstanden ist, im ersten Jahre auf 184 Millionen Dollars geschätzt.

Eine Kundgebung russischer Arbeiter zum 18. März.

Folgende Adresse russischer Arbeiter ist zum 18. März nach Paris gesandt worden:

An dem für das denkende Proletariat aller Länder denkwürdigen Tage der Proklamirung der Pariser Kommune senden die Arbeiter von Moskau ihren älteren Brüdern, den Arbeitern von Frankreich, ihren Gruß. Mit dem Namen Frankreich sind alle mächtigsten sozialen Umwälzungen der neuesten Weltgeschichte aufs engste verknüpft. Das ist auch begründet. Es giebt kein anderes Land in der Geschichte, in welchem der Klassenkampf einen so scharf ausgeprägten Charakter getragen hätte, wie hier. Paris kann mit recht „die Mutter der revolutionären Städte“ genannt werden. Aber weder die große Revolution, welche die feudale Welt zerstört und an ihrer Stelle eine bürgerliche geschaffen hatte, noch die Februarrevolution des Jahres 1848, so reich sie an Folgen für das ganze westliche Europa war, haben eine Wirkung auf das leidende Rußland mit seinem despotischen Regime ausgeübt. Im Gegentheil, Rußland, richtiger zu sagen, seiner Regierung fiel im Jahre 1848 die nicht beneidenswerthe Rolle eines Spenters in der westeuropäischen Revolution zu. Und die Kommune des Jahres 1871, welche die ganze Welt durch ihren Heldenmuth in Verwunderung versetzt, welche die Sympathie des Proletariats aller Länder erweckt hat, konnte umweniger auf Rußland, welches erst soeben den Weg der kapitalistischen Produktion betreten hatte, eine Einwirkung ausüben, als das Proletariat der anderen europäischen Länder mit entwickeltem Kapitalismus noch schwach war und auch in Frankreich Paris einsam da stand. Jetzt ist es anders geworden. „Es giebt kein Land, sagte im Jahre 1898 Engels, es giebt keinen großen Staat, in welchem die Sozialdemokratie nicht eine Macht wäre, mit welcher alle rechnen müssen. Alles, was in der ganzen Welt geschieht, geschieht mit unserer Theilnahme. Wir sind eine Großmacht, welche man mehr fürchten muß, als alle anderen Großmächte.“ Auch Rußland tritt vom Jahre 1861 immer mehr in den Kreis der europäischen Länder. Unter dem mächtigen Ansturm des Kapitalismus trachen und stürzen in ihr alle „Jahrhunderte alte“ Säulen. Die Bourgeoisie wird mit jedem Tage härter und härter, der Absolutismus rechnet jetzt schon mit ihr, indem er sie jeden Tag mit neuen Privilegien überhäuft. Diese Privilegien, verbunden mit der Anwendung der neuesten Bervollkommnungen in der Technik, machen den unmittelbaren Uebergang von der Naturalwirtschaft zu dem Kapitalismus besonders schmerzlich. Der Antagonismus der Klassen wird daher immer klarer, das Proletariat wird immer mehr vom Klassenbewußtsein durchdrungen. Die zahlreichen Streiks in den verschiedenen Gegenden Rußlands, welche fast ununterbrochen stattfinden, welche die russische Regierung weder vor der Gesellschaft geheim halten, noch mit Waffengewalt unterdrücken kann, sind der beste Beweis für die Erwartungen des jungen russischen Proletariats. Aus seinen Reihen reißt der Despotismus jeden Tag erbarmungslos die besten Kämpfer heraus und in den letzten 5 Jahren zählt die russische Arbeiterklasse viele hundert Opfer. Aber nichts ist im Stande, die einmal begonnene Bewegung aufzuhalten. Die russischen Arbeiter haben sich, indem sie die alte revolutionäre Fahne, welche von dem Blute so vieler Märtyrer aus ihrer Reihe und der Reihe der Intelligenz durchtränkt ist, erheben, unter die gemeinsame rote Fahne des Proletariats der ganzen Welt gestellt. Sie sind stolz in dem Bewußtsein, daß die Vorderreihe der europäischen Revolution, welche das Proletariat aller Länder einzunehmen hat, der Jaximus, von ihnen gestört werden soll, daß die letzte Stütze der Herrschaft der Bourgeoisie, ohne deren Zerstörung der Sieg des gesamten Proletariats unmöglich ist, von ihnen gestürzt werden muß.

Die Arbeiter Frankreichs mögen sicher sein, daß in dem Augenblick, wo der Ruf der Revolution von ihrer Seite ertönt, er bei den russischen Arbeitern einen Wiederhall finden wird und sie nach Kräften bemüht sein werden, Hand zu leisten.

Wir hegen die Hoffnung, daß der Moment nicht mehr fern ist, wann die Ketten des Absolutismus gesprengt werden und das russische Proletariat offen auf der Arena der Weltgeschichte auftreten kann.

Die Arbeiterrevolution, deren ruhmreiche Vorgängerin die Kommune des Jahres 1871 war, sie lebe hoch!

Die Arbeiter Frankreichs, welche im Jahre 1891 zum ersten Male in der Geschichte als selbständige Klasse für ihre eigenen Interessen aufgetreten sind und sie im Juni 1848 heldenmüthig auf den Barrikaden vertheidigt haben, welche am 18. März 1871 als mächtige Pioniere der neuen Gesellschaft aufgetreten sind, sie leben hoch.

Von 605 Arbeitern von 28 Fabriken.
Moskau, den 29. Februar (12. März) 1896.

Partei-Nachrichten.

Parteiliteratur. Wie in den vergangenen Jahren, so erscheint auch in diesem eine

Maifest-Zeitung.

und zwar in gleicher Größe wie die früheren. Auf die bildliche wie inhaltliche Ausstattung wurde die größte Sorgfalt verwendet und wir glauben versichern zu dürfen, daß auch in Beziehung auf die Bilder, sowohl was die Zeichnung wie den Holzschnitt anbelangt, gegen früher wieder ein künstlerischer Fortschritt zu verzeichnen ist. Die Genossen und Freunde unserer Sache werden daher ersucht, für die weiteste Verbreitung dieser Partei-Unternehmens thätig sein zu wollen.

Die Höhe der Auflage bedingt frühzeitige Bestellung, weil sonst keine Garantie für rechtzeitige Zustellung übernommen werden kann. Die Buchhandlung Vorwärts bittet deshalb

Bestellungen bis spätestens 31. März

aufgeben zu wollen. Nachlieferungen sind ausgeschlossen. Die bis zum 31. März aufgegebenen Bestellungen kommen

vom 24. April ab zur Versendung, so daß bis 1. Mai noch reichlich Gelegenheit zum Absatz gegeben ist. Der Preis des Exemplars beträgt 10 Pf., bei Partien 5 Pf. Porto zu Lasten des Bestellers.

Die Sozialdemokratie des Großherzogthums Hessen hält am 19. April von vormittags 10 Uhr an im „Pfan“ in Bittel in Oberhessen ihre Landeskonferenz ab. Die Tagesordnung lautet: 1. Die Gemerkschaftsfrage. Referent Simon aus Offenbach. 2. Die bevorstehende Landtagswahl und Bericht über die Thätigkeit unserer Abgeordneten im hessischen Landtag. Referent Ulrich aus Offenbach. 3. Der internationale Arbeiterkongress in London und ev. Wahl von Delegirten.

Bei den Gewerbegerichts-Wahlen in Koburg wurden in der Klasse der Arbeitervertreter die Kandidaten der Sozialdemokratie mit 335 Stimmen gewählt. Eine Gegenliste war nicht aufgestellt; ein gutes Zeichen für die Intelligenz der Koburger Arbeiterklasse.

Partei-Presse. Unser bremisches Parteiorgan, die „Bürgerzeitung“, geht demnach in den Verlag der Firma Auer u. Co. in Hamburg über.

Die sozialdemokratische Partei in Karlsruhe hatte an den dortigen Stadtrath das Ersuchen gerichtet, die Wahlzeit für die im April vorzunehmenden Stadtverordnetenwahlen bis 8 Uhr abends aufzudehnen, um den Arbeitern Gelegenheit zu geben, ihr Wahlrecht ausüben zu können, ohne die Arbeit verlassen zu müssen. Der Stadtrath hat dies abgelehnt, da die Arbeiter in der Zeit zwischen 12—2 Uhr mittags wählen könnten. Der Stadtrath fürchtet vermuthlich, daß bei einer Verlängerung der Wahlzeit bis 8 Uhr abends noch mehr sozialdemokratische Stimmen abgegeben würden, als so schon.

Die Lokalkommission der Münchener Sozialdemokraten konnte in einer kürzlich stattgehabten Versammlung berichten, daß der Partei in München im vorigen Jahre 72 Lokale zu Versammlungszwecken zur Verfügung standen; im Jahre 1894 waren es 68.

Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie hat u. a. auch über den Punkt: „Lage und Forderungen der ländlichen Arbeiterschaft“ zu verhandeln. In diesem Punkt liegt folgender Antrag der Bezirksorganisation Wien IX vor: „Der Parteitag beschließe: Eine Verhüllung der letzten Ziele der Sozialdemokratie ist nicht geeignet, die Agitation auf dem ländlichen Lande zu fördern; vielmehr gilt es ebenso durch zweckmäßige Marlegung unserer Prinzipien als auch insbesondere durch eine lebhaftere Agitation gegen die bäuerliche Gesinde-Ordnung jene Schichten der Landbevölkerung für uns zu gewinnen, welche in ihrer Masse allein für uns zu gewinnen sind: die Landarbeiter und jene Theil der Kleinbauern, welche sich nur mehr durch einen Scheinbesitz von dem ländlichen Proletariat unterscheiden.“

Bei der diesjährigen Maifeier der Schweiz wird die Revision des schweizerischen Fabrikgesetzes mit als Forderung aufgestellt werden.

Auf dem Wege zu völliger Genesung befindet sich Genosse Leo Frankel in Paris, der an einer Lungenentzündung lebensgefährlich erkrankt war. Die die Wiener „Arbeiter-Ztg.“ meldet, wird er seine schriftstellerische Thätigkeit in kurzer Zeit wieder aufnehmen können.

Todtenliste der Partei. In Auerbach i. B. ist der Parteigenosse Gottlob Schott im 74. Lebensjahre gestorben. Er war in den 60er Jahren Vorsitzender der dortigen Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und ist den Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterschaft treu geblieben bis zum letzten Athemzug. Verfolgungen, namentlich unterm Sozialistengesetz, hat er viel erdulden müssen. Die Parteigenossen werden des wackern Kämpfers nicht vergessen.

Vollzeiliges, Gerichtliches etc.

— Nach der Märznummer des „Süddeutschen Postillons“ ist in Halle a. S. am Montag in der Volksbuchhandlung abermals und ferner bei verschiedenen Parteigenossen gehandelt worden, ohne daß die Kriminalpolizei sagen könnte, Fortuna sei ihr hold gewesen.

— Aus Weimar wird gemeldet: Die Staatsregierung hat bei der Staatsanwaltschaft einen Antrag auf strafrechtliche Verfolgung des sozialdemokratischen Landtags-Abgeordneten Baudert gestellt wegen der einem Apoldaer Blatte zufolge von ihm im Gemeinderathe zu Apolda gemachten Behauptung, die Regierung habe den Bezirkärzten einen Wink gegeben, die Ursache der in Folge der Impfung etwa entstandenen Krankheiten nicht bekannt zu geben.

Die Bewegung in der Konfektions-Industrie.

Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts. Zu der gestrigen Sitzung erschienen mehrere Arbeiterinnen des Hosen-Zwischenmeisters Tiez, Höchststr. 29, und wiesen nach, daß dieser, trotzdem er vom Einigungsamt wiederholt belehrt worden ist, den vereinbarten Lohnzuschlag seinen Arbeiterinnen voll zukommen zu lassen, dieser Verpflichtung dennoch nicht nachkomme. Die Vereinbarungen vom 19. Februar werden von Herrn Tiez außerdem insoweit umgangen, als er keine Tarife aushängt. Herr Tiez war persönlich vorgeladen, aber nicht erschienen. Da er für Firmen arbeitet, die sich durch Vereinbarung unter anderem dazu verpflichtet haben, keinen Zwischenmeister zu beschäftigen, der gegen die Bestimmungen handelt, so soll diesen Firmen, falls Herr Tiez für die Folge nicht zahlt, der Fall seitens des Einigungsamtes zur weiteren Stellungnahme unterbreitet werden. Die mangelhaften übrigen auch einzelnen Konfektionären die von ihnen gewünschten und mit ihrer Zustimmung beschlossenen Vereinbarungen augenblicklich sind, geht aus ihren Äußerungen vor dem Einigungsamt hervor. Herr Löwenstein, von der Firma Brod und Löwenstein, giebt an, daß er einen Artikel mit der Bezeichnung „Paris“ führt, für den er den vollen Lohnzuschlag nicht zahlen könne; er habe darauf nach neuen Arbeitern anzuweisen, die sich angeblich auch angeboten hätten, diesen Artikel unter dem Minimaltarif anzusetzen. Schließlich sollen die alten, jahrelang von ihm beschäftigten Arbeiter unter dem Zwange der Verhältnisse mit den von ihm diktierten Preisen einverstanden gewesen sein. Daß durch solche Umgehungen der Vereinbarungen die Verhältnisse mit den Arbeitern ungünstliche werden, wie Herr Löwenstein erklärte, ist nicht verwunderlich. Herr Löwenstein äußerte sich weiter dahin, daß seiner Auffassung nach die Vereinbarungen nur für diese Saison bestehen würden; auch meinte er, die Berliner Konfektionäre müßten eine endgültige Regelung nach dem Beispiel der Stettiner vornehmen.

Wir wollen zur Ehre der Berliner Konfektionäre annehmen, daß Herr Löwenstein mit seinen Ansichten allein dastehet. Sollte dies aber nicht der Fall sein, dann können sich die Konfektionäre versichern halten, daß die Berliner Schneider und Schneiderinnen durch ihre Organisation in der Lage sind, ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen.

Die Unternehmer sind doch wohl kaum so kurzschichtig, daß sie jetzt, wo die Regierung ein Spezial-Arbeiterschutzgesetz für die

Konfektion vorbereitet, einen offenen Vertragsbruch wagen würden. Die Arbeiter wären die Lezten, die dies zu bedauern hätten. Je weniger Zuträgen die Unternehmer sich erwerben können, desto schärfer muß das Eingreifen der Staatsgewalt werden, die weiß, daß sie dann die ganze öffentliche Meinung hinter sich hätte.

Die Kommissionen der Konfektionäre der Damen- und Kindermäntel-Brände, der Zwischenmeister und der Fäulerei-Kommission der Arbeiter hatten am Montag Abend eine gemeinsame Sitzung. Die Verhandlungen drehten sich hauptsächlich um eine zu schaffende Geschäftsordnung, nach der die Kommissionen zu arbeiten haben. Nach den Bestimmungen dieser Geschäftsordnung, die in dieser Sitzung beschlossen wurde, muß die Gesamtkommission innerhalb einer Woche vom Vorliegenden einberufen werden, wenn eine der drei Berufungskommissionen die Besprechung von Zuwiderhandlungen fordert. Die Gesamtkommission hat sich über die zur Anzeige gebrachten Zuwiderhandlungen gutachtlich zu äußern. Das Gutachten wird dem Zuwiderhandelnden zugestellt. Außerdem entscheidet die Kommission als Schiedsgericht über Streitigkeiten aus Zuwiderhandlungen gegen die Beschlüsse vom 20. Februar 1896, sowohl zwischen Kaufleuten und Meistern, als auch zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, sowie über solche unter Berufungsgenossen, wenn sich die streitenden Parteien ausdrücklich der Entscheidung der Kommission unterwerfen wollen. Wer die Entscheidung des Schiedsgerichts herbeiführen will, hat dies dem Vorsitzenden der Fäulerei-Kommission seines Berufes anzuzeigen. Die Fäulerei-Kommission versucht zunächst einen Ausgleich mit der Gegenpartei; scheitert er, so übergibt sie den Fall dem Vorsitzenden des Schiedsgerichts.

Wir fordern die Arbeiter- und Arbeiterinnen der Damen- und Kindermäntel-Konfektion dringend aus, ihrer Fäulerei-Kommission (Bureau: Alte Jakobstraße 63, Restaurant Päch) alle Fälle, wo Zuwiderhandlungen gegen die Beschlüsse vom 20. Februar vorkommen, mitzutheilen. Es ist notwendig, daß die Angaben gewissenhaft, unter Anführung des Namens des Mittheilenden erfolgen, damit gegen die Zuwiderhandlungen auf Grund der vereinbarten Bestimmungen vorgegangen werden kann.

Zum Streik beim Konfektionär Sernau in Halle a. S. ist mitzutheilen, daß der genannte Unternehmer sich bereit erklärt hat, 1. sämtliche Streikenden wieder einzustellen, 2. eine 15 prozentige Lohnerhöhung eintreten zu lassen, 3. diesen Preis festzuhalten, bis eine Minderung des Tarifs mit einer zu ernennenden Kommission vereinbart sein wird, 4. bei Lohnzahlungen und Waarenabholung jedes länger als eine Stunde dauernde Warten pro Stunde mit 30 Pf. zu vergüten.

Die Arbeiterinnen gingen auf diese Bedingungen ein; dagegen lehnten sie einmütig das Ansuchen ab, sie sollten „ihre Bedauern“ aussprechen über die im „Volkblatt“ gegen Herrn Sernau erschienenen Artikel. Herrn Sernau wird der Beschluß mitgeteilt werden.

In Götting blieben die Verhandlungen erfolglos, die mit dem Konfektionär Philipp Becker betrefft, des von der Lohnkommission aufgestellten Minimaltarifs gepflogen worden sind.

In Hamburg ist die Situation unverändert. Es befinden sich noch immer 110 Personen, die 60 Kinder zu versorgen haben, im Aufstand.

In Würzburg ist die Bewegung der Konfektionsarbeiter leider so ziemlich im Sande verlaufen. Nur wenige Unternehmer äußerten sich zu dem ihnen vorgelegten Lohnarif; eine Firma bewilligte alle Forderungen, zwei andere einen Teil derselben, eine vierte verhielt sich völlig ablehnend. Dieses traurige Resultat haben sich, wie die „Unterfränkische Volkstribüne“ ausführt, die Konfektionsarbeiter in erster Linie selbst zuzuschreiben; ihre Uneinigkeit und Gleichgültigkeit ermöglichen es den Unternehmern, auch den bescheidensten Forderungen der Arbeiter gegenüber sich ablehnend zu verhalten. — Die **Maascheider** haben nun ebenfalls einen Lohnarif aufgestellt, der den Unternehmern unterbreitet wird. Hier besteht etwas bessere Aussicht auf Erfolg.

Literatur über die Konfektion. Die Parasiten in der Damenkonfektion. Beleuchtet von einem Eingeweihten. Berlin 1896. Im Selbstverlage von G. Ulrich, Zimmerstr. 20. 19 Seiten. Preis 30 Pf. Der Verfasser hat sich die schwierige Aufgabe gestellt, die Interessen aller Schichten der in der Konfektionsindustrie thätigen Personen zu vertreten. Hauptsächlich schreibt er aber im Interesse der Zwischenmeister. In wiefern Durcheinander bekommt jede Gruppe außer den Zwischenmeistern ihr Lob und ihren Tadel. Die Arbeiterforderung nach Betriebswerkstätten behagt ihm am allerwenigsten. In höchst unklaren Ausführungen werden längst abgebrochene Einwendungen gegen diese Forderung wiederholt. „Hervorragende Männer und Frauen von Herz und Geist“, die gleichfalls für Betriebswerkstätten, „also die Arbeiterinnen zusammenzufassen“, wie der Verfasser meint, eingetreten sind, bekommen ihr Theil an. Auch die Regierung, die sich im Reichstagen gegen das Zwischenmeister-System gewendet hat, erhält darob ihren Tadel. Der Verfasser hofft, daß jene, die diese Ansprüche thaten, eines anderen und zwar besseren belehrt sein werden, nachdem sie seine Broschüre gelesen haben. Wir glauben kaum, denn zur Belehrung steht so gut wie nichts darin.

Soziale Ueberblick.

Durch Erlaß des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe vom 6. d. M. ist den Genehmigungsbehörden sowie den Gewerbe-Aufsichts- und Baubeamten empfohlen worden, die schleunigste Erledigung der Anträge auf Ertheilung der Genehmigung zur Errichtung oder Veränderung gewerblicher Anlagen dadurch zu fördern, daß sie Mängel, die sich bei der Prüfung der Vorlagen finden, auf kürzestem Wege, d. h. durch unmittelbaren Verkehr der mit der Prüfung betrauten Beamten mit dem Unternehmer, zu beseitigen suchen.

Heber die Mängel in der Gewerbe- und Fabrikinspektion hielt in einer Vorstandssitzung des „Bundes der Industriellen“ in Berlin Dr. Poppe einen Vortrag, worin er auch Verbesserungsvorschläge machte. Es wurde beschlossen, diese Frage wegen ihrer einschneidenden Wichtigkeit der im Juni d. J. stattfindenden Generalversammlung zu unterbreiten und den Vortrag den Mitgliedern durch den Druck zugänglich zu machen.

Daß sie ihre Gefellen nicht länger als 12 Stunden täglich ausnützen können, scheint bei gewissen Bäckermeistern Berlins die Milch der fromm-patriotischen Denkart in gährend Drachengift verwandelt zu haben. Ein Lokalblatt berichtet: „Die vom Bundesrath erlassenen Vorschriften über den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien beunruhigen das Bäckergewerbe außerordentlich. Die Berliner Innung bezeichnet die erlassenen Bestimmungen über die Beschäftigungszeit der Gehilfen und Lehrlinge als einen unzulässigen Eingriff in die Gewerbeordnung und hält die Durchführung dieser Bestimmungen, die bekanntlich am 1. Juli er. in Kraft treten sollen, nicht für möglich und für geeignet, das ganze Gewerbe schwer zu schädigen. Die Beschränkungen werden gerade während der Dauer der Gewerbeausstellung, wo voraussichtlich mancher größere Anforderungen an die Arbeitskräfte gestellt werden müssen, um so fühlbarer auftreten. Die Bäckermeister Berlins sind indes nicht gewillt, sich diesen Beschränkungen ohne weiteres zu unterwerfen, und planen allen Ernstes einen regelrechten Streik, und zwar derart, daß sie an einem bestimmten Tage sämtlich den Betrieb einstellen wollen, wenn nicht eine Milderung der Bundesratsvorschriften eintreten sollte.“

Diese fürchterliche Drohung zur That werden zu lassen, wägen die fromm-patriotischen Bäckermeister nur ruhig versuchen. Bei keiner besseren Gelegenheit könnte Berlin zu kommunal-

Bäckereien kommen, als bei einem „Streik“ der Bäckermeister.

Maximal-Arbeitszeit im Mäliergewerbe. Bekanntlich tritt am 1. Juli 1896 die 12stündige Maximal-Arbeitszeit im Mäliergewerbe in Kraft. Es werden nun auch, um die Arbeitszeit im Mäliergewerbe zur Regelung zu bringen, von der Süddeutschen Mäliergewerbe-Organisation Erhebungen über die tägliche Arbeitszeit angestellt. In Südbayern (Schwaben, Ober- und Niederbayern) sind die Erhebungen bereits abgeschlossen. Sie ergaben, daß die Arbeitszeit in den drei Hauptstädten München, Landshut und Augsburg vorwiegend an Wochentagen eine 12stündige, dagegen jeden zweiten Sonntag eine ununterbrochene 24stündige ist. Auf dem Lande beträgt die Arbeitszeit an Wochentagen meist 18 Stunden; an jedem zweiten Sonntag ununterbrochen 36 Stunden. Aus den Erhebungen in Südbayern ergab sich ferner, daß die gesetzliche Sonntagsruhe nur in unbedeutendem Maße eingehalten ist. Zugleich wiesen jene Mäliern mit langer Arbeitszeit hauptsächlich über die Sonntage den größten Prozentsatz der Unfälle auf. Die Unfälle sind besonders auf Uebermüdung und die daraus entstehende Schläfrigkeit der Arbeiter zurückzuführen.

Mit der Durchführung der Sonntagsruhe scheint es in dem altenburgischen Städtchen Eisenberg besonders zu hupern. So theilt der „Wähler“ mit, daß die Wurfabrikanten den ganzen Sonntag von früh morgens bis abends ohne jede Unterbrechung arbeiten lassen, weil angeblich die Leute sonst „in die Kniee liegen und bei Wiederaufnahme der Arbeit betrunken sein würden“. Als vor 14 Tagen die Schulleute die Wurfabrikanten in Beziehung auf die Sonntagsruhe kontrolliert und die Fabrikanten, welche arbeiten ließen, angezeigt hatten, habe der Polizeivorstand auf seine alleinige Verantwortung hin von der Bestrafung abgesehen, weil das Wetter diesen Winter für die Wurfabrikation zu ungünstig gewesen sei. Eine Wurfabrik arbeite seit Neujahr jeden Sonntag mit vollem Betrieb, angeblich wegen Erledigung eiliger Aufträge, ohne daß die polizeiliche Erlaubniß erteilt wäre.

Die Menschenmärkte in Friedrichshafen und Ravensburg (Württemberg), schreibt man uns, haben wieder ihren Anfang genommen. Lezten Freitag trafen in Friedrichshafen 260 Ziviler Hättler ein, die in ganz kurzer Zeit an Dienstherrn vermiethet resp. verkauft waren. Bekanntlich kommen jedes Frühjahr in großen Massen 10-14jährige Ziviler Knaben und auch Mädchen, von ihren Seelsorgern geführt, in jenen Städten an, wo sich dann ein jahrmärkliches Treiben und Heißchen entwickelt, bis der „billige Knecht“ u. an den Meistbietenden veräußert ist, um demselben während des Sommers seine jugendliche Kraft zur Verfügung zu stellen und im Herbst „reich beladen“ zu seinen Eltern zurückzuführen. Arme Kinder! Böttliche Weltordnung!

Der Schnapskonsum in der Schweiz hat seit Bestehen des eidgenössischen Alkoholmonopols eine Abnahme von 40 pCt. erfahren. Im Jahre 1882 betrug der durchschnittliche Konsum pro Einwohner 9,40 Liter, 1885 sogar 10,26, dagegen 1888 nur 6,50; früher bewegte sich das Mittel um 6,5 Liter Schnaps herum. Als Ursachen dieser erfreulichen Besserung, welche das Monopol brachte, werden bezeichnet die Aufklärung über die verderblichen Wirkungen des Alkohols, die Einschränkung der Wirtschaftspatente, die Vertheuerung des Schnapses und die Aufhebung der kleinen bäuerlichen Brennereien, welche zu geringen Preisen schlechten Fuselschnaps an Nachbarn und Bekannte lieferten und natürlich auch selbst konsumierten. Auch die direkte Bekämpfung des Schnapsgenusses durch Verwendung des Alkoholgehaltes zu verschiedenen Zwecken wird angeführt. Von einer Monopolisierung des Detailhandels würde man sich noch bessere Erfolge versprechen.

Gewerkschaftliches.

Deutscher Kunstgewerbezeichnertag. Am 5. und 6. April (Osterfeiertage) wird in Leipzig ein allgemeiner deutscher Kunstgewerbezeichnertag abgehalten, wobei es sich um Gründung eines Verbandes handelt. Ein Komitee, das sich dort gebildet hat, wird dafür sorgen, daß die Zeichner während der Festtage in Leipzig gute Aufnahme finden. Anmeldungen und Anfragen sind an Franz Heller, Leipzig-Neudorf, Leipzigerstraße 28 par. zu richten. Alle Tagesblätter werden um Aufnahme dieser Notiz höflich gebeten.

An alle Maler Berlins und der Vororte! Seit dem 9. März befinden wir uns im Aufstand. Ueberall, wo die Forderungen nicht bewilligt sind, sollte die Arbeit niedergelegt werden. Dieser Beschluß wurde in einer von circa 2700 Kollegen besuchten Versammlung einstimmig gefaßt. Soll nun etwas erreicht werden, so ist es nöthig, daß der Beschluß in allen in Frage kommenden Werkstätten zur Geltung gebracht wird. Das ist z. B. nicht geschehen in den großen Werkstätten der Firmen Sobotta, Lange (Grafenstraße) und Eilers (Hofmaler). Nur bei Bodenstein sind 100 Kollegen dem Beschluß nachgekommen. Wir erinnern hiermit alle Kollegen, die es angeht, an ihre Pflicht, nun mit einzutreten dafür, was die Versammlung nach reiflicher Erwägung für nothwendig erkannt hat. Ferner ersuchen wir alle Kollegen, heute Abend in der Versammlung bei Keller zu erscheinen. Die Lohnkommission der Maler Berlins und der Vororte.

Achtung, Zimmerer Berlins! Folgende Baufirmen haben gestern unsere Forderungen: Reunfundentag und 55 Pf. pro Stunde, anerkannt: Hennig und Feuer, Tauenzienstr. 4. Krömer und Co., Landwehrstr. 3. Bratsch, Charlottenburg, Kirchstr. 7. Bruns, Stargarderstr. 16.

Bei dem Zimmermeister **A. Kops**, Dunderstr. 2a, haben am Dienstag sämtliche Zimmerer die Arbeit niedergelegt. Er hat wohl die Forderungen anerkannt, zahlte jedoch nach wie vor den Lohn in einer Kneipe aus. Als von den Gesellen hiergegen protestirt wurde, maßregelte er einen derselben, worauf sich die übrigen mit diesem solidarisch erklärten. Es ist charakteristisch, daß von Seite der Unternehmer die Reichs-Gewerbeordnung in dieser Weise verletzt wird und es deshalb noch zu Arbeitseinstellungen kommen muß. Unsere Berufsgenossen ersuchen wir, dieses zu beachten. Die Lohnkommission der Berliner Zimmerleute.

In Brandenburg ist der Streik der Schuhmacher in der Fabrik von **A. Fuchs** infolge gegenseitiger Einigung beendet.

Achtung, Putzmeister! Allen Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen der L. G. Fische'schen Putzfabrik in Luckenwalde wegen ungerechtfertigter Abzüge die Arbeit eingestellt haben. Sämtliche Zuschriften sind zu senden an die Kommission in Luckenwalde, Seeligerstraße 34 bei Schulze. S. M.: Fritschener.

Zur Buchdruckerbewegung. In Halle a. S. erklärten sich die Buchdrucker mit dem Ergebnissen der Leipziger Verhandlungen „nicht ganz einverstanden“, beklundeten jedoch in der betreffenden Resolution, die einstimmig angenommen wurde, ihre Bereitwilligkeit, im Interesse eines gewerblichen Friedens einen neuen verbesserten Tarif mit den Prinzipalen zu vereinbaren, wenn die Hauptforderung: Verkürzung der Arbeitszeit und dementsprechende Lohnerhöhung, in erster Linie berücksichtigt wird. Man erwartet, daß die Prinzipale bei der Durchführung des vereinbarten Tarifs behilflich sind.

In Frankfurt a. M. wurde beschlossen: „Die allgemeine Versammlung nimmt die aus den Verhandlungen zwischen den Prinzipal- und Gehilfenvertretern hervorgegangene Resolution zur Kenntnis. Die Versammlung erwartet jedoch, daß bei den Tarif-Beratungen der Reunfundentag

die Grundlags bildet.“ **Als Forderungen** stellt man auf: 1. Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit auf 9 Stunden und in Konsequenz hiermit eine Erhöhung der Grundpositionen um 10 pCt.; 2. in anbetragt der erhöhten Lebensbedürfnisse eine Lohnaufbesserung von 5 pCt. und, im Falle der Ablehnung dieser Forderung, für Frankfurt 25 pCt. Lohnzuschlag; 3. um die Ueberarbeit auf ein äußerstes Maß zu beschränken, eine höhere Bezahlung derselben; 4. Verminderung der Verhältnisse.

Die streikenden Maurer Odenburgs erleichtern sich den Kampf mit den Meistern dadurch, daß sie mit dem haultufigsten Publikum in Verbindung treten, um Arbeitsaufträge auf eigene Rechnung zu bekommen.

Die Maler in Dresden sind am Dienstag in den Streik getreten. In Essen haben 200 Maler und Anstreicher die Arbeit niedergelegt; 7 Werkstellen haben bewilligt; wenn kein Zugang eintrifft, hoffen die Ausständigen auf sicheren Sieg. — Auch in Wiefelfeld ist es zur Arbeitseinstellung gekommen. — In Hagen haben die Maler gleichfalls den Ausstand beschlossen; Forderung: Zehnstündige Arbeitszeit mit einer halben Stunde Frühstück- und Vesperpause, Mindestlohn von 36 Pf. pro Stunde, Ueberstunden 25 pCt. Zuschlag, Nacht- und Sonntagsarbeit 50 pCt. Zuschlag, wöchentliche Lohnzahlung. — Wegfall der Kündigung. Die Meister halten sich gegenüber diesen Forderungen, mit Ausnahme des letzten Punktes, vollständig ablehnend.

Bei dem Konflikt in der Holzindustrie Hirths, worüber gestern berichtet wurde, handelt es sich nicht um einen Streik der Arbeiter, wie Gerold's Bureau meldete, sondern, nach der „Frank. Tagespost“, um eine Aussperrung der Arbeiter durch die Unternehmer. Ursache der Aussperrung ist, daß die Arbeiter eine Verlängerung der Mittagspause um eine Viertelstunde von jetzt ab und eine halbe Stunde vom nächsten Jahre ab forderten. Jene Unternehmer, deren Arbeiter zur Erreichung dieser Forderung vorige Woche die Arbeit einstellen, haben die gewünschte Verlängerung der Mittagspause sowie auch die übrigen Forderungen der Arbeiter bewilligt und sind aus dem Verbands der Holz-Industriellen ausgetreten. Durch die Aussperrung sind in Mitleidenschaft gezogen der Holzarbeiter-Verband, der Glasarbeiter-Verband, der Verband der Buchbinder und der Gewerkeverein der Schreiner und verwandter Berufsgenossen.

Die Tischler Nürnberg's haben bis jetzt in 40 Werkstätten ihre Forderung, 56 Arbeitsstunden pro Woche, durchgesetzt. Der Streik steht sehr günstig.

In Durlach legten am 16. März sämtliche Lederarbeiter die Arbeit nieder, um den Stundenlohn von 37 auf 40 Pfennige zu erhöhen. Arbeiter! Wir appellieren an Euch! Unterstützt uns in unserem schmerzlichen Kampfe, da alles aufgeben wird, unsere Bewegung illusorisch zu machen. Es sind rund 100 Mann, darunter 57 Verheirathete mit 123 Kindern. Sämtliche Ausständige gehören dem Verbands der Lederarbeiter Deutschlands an. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. Sämtliche Sendungen sind zu richten an August Schächtele in Durlach i. B., Karlsruher Hof.

Aus Mülhausen i. Elz. wird uns geschrieben: Der hiesige Vertrauensmann der Einzelmitglieder des deutschen Tagelöhner-Verbandes, Gemeindegewerkschafts-Mitglied **W. L. K.**, hat an den Vorsitzenden der Mülhauser Industriellen-Gesellschaft ein Schreiben gerichtet, worin er im Auftrage einer aus Delegirten sämtlicher Textilfabriken von Mülhausen und Umgebend bestehenden Lohn-Kommission die Forderungen der Arbeiter präsirt. Es ist zunächst der zehnstündige Arbeitstag unter Einrechnung einer viertelstündigen Frühstückspause (von 8 bis 8 1/4 Uhr); die Mittagspause soll, statt wie bisher nur eine Stunde, 1 1/2 Stunden und zwar von 12 bis 1/2 Uhr dauern. Beginn der Arbeit morgens 7/7, Schluß abends 6 Uhr. Das Fabrikthor soll erst fünf Minuten vor Beginn der Arbeit geöffnet werden, um den einzelnen Arbeiter daran zu verhindern, unter dem Druck der Fabrikleitung die festgesetzte Arbeitszeit durch früheres Ausgehen zu überschreiten, was heute vielfach geschieht. Zu Reinigungs- und Ankleidezwecken verlangen die Arbeiter sowohl Mittags von 12 Uhr wie abends von 6 Uhr 5 Minuten freie Zeit.

Das die Forderungen betrefft der Arbeitsdauer. Im Punkte des Lohnes ist erste Bedingung: keine Lohnherabsetzung infolge der Arbeitszeitverlängerung. Zu diesem Zwecke wird für sämtliche im Afford beschäftigten Personen beider Geschlechter eine fünfzehnprozentige Tarifierhöhung gefordert, während dem im Tagelohn beschäftigten Personal der bisherige Lohn gesichert bleiben soll. Das demoralisirende System der Auszahlung von Prämien bei Ueberschreitung eines bestimmten Arbeitsquantums soll überholt abgeschafft werden. Die Baumwollspinner verlangen einen Minimallohn von 52 M. in zwei Wochen, die Wollspinner einen Minimallohn von 60 M. Die Anseher sollen wie bisher 65 bis 68 pCt. des festgesetzten Spinnerlohnes beziehen, die Aufsteher 32 bis 40. Die Nacharbeit soll auf acht Stunden beschränkt sein bei einem Lohnzuschlag von 25 pCt. auf den Tagestarif. Für alle Arbeiter, welche Nachts beschäftigt werden, soll alle zwei Wochen abwechselnd eine ebenfalls zehnstündige Tageschicht eintreten. Es wird ferner in allen Fabriken die **Freigabe des 1. Mai** als Arbeiter-Feiertag verlangt.

Daß die Fabrikanten diesen Forderungen gutwillig bestimmen, ist kaum anzunehmen. Zwar hat das bedeutendste dieser Unternehmen, die Aktiengesellschaft für Textilindustrie vormals Dollfus, Miege u. Cie., sich aus freien Stücken zur Einführung des zehnstündentages bei gleichem Lohn bereit erklärt, nachdem in der Velforter Filiale des Hauses diese Reform sich seit drei Jahren praktisch vorzüglich bewährt hat; allein bei den übrigen hiesigen Firmen ist die Stimmung die entgegengesetzte. In der Eingabe der Lohnkommission an die Fabrikantenvereinigung (Société Industrielle) wird die Verantwortung bis spätestens den 25. d. Mts. erbeten. Erfolgt bis zu diesem Tage keine oder eine abschlägige Antwort, so tritt wahrscheinlich eine Arbeitseinstellung ein, die nach Lage der Umstände binnen wenigen Tagen 10-20 000 Personen umfassen dürfte.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Berlin, 18. März. (W. Z. B.) Die Kommission des Reichstages zur Vorberathung der Anträge der Freisinnigen und Sozialdemokraten betr. die Ergänzung des Vereins- und Versammlungsrechtes beschloß den Ausschluß von Minderjährigen von dem Besuch der Vereine und Versammlungen, ferner den politischen Vereinen zu gestatten untereinander in Verbindung zu treten. Versammlungen unter freiem Himmel sollen nicht von der Genehmigung der Polizeibehörde abhängen. Es ist nur eine Anzeige 48 Stunden vor Abhaltung nöthig, damit Anordnungen im Interesse des Verkehrs getroffen werden können.

Wien, 18. März. (W. Z. B.) Das hiesige Schwurgericht verurtheilte den 43jährigen Warrer Johann Grob wegen Eitelkeitsverbrechens, begangen an kleinen Mädchen, zu 3 1/2 Jahren schwerem Kerker.

Petersburg, 18. März. (W. Z. B.) Der Gouverneur der kaukasischen Provinz Kutais hat der Regierung den Antrag unterbreitet, ein Hilfskomitee ins Leben zu rufen für die durch die schweren Weiterkatakstrophen im Kaukasus im Laufe des Monats Februar Betroffenen. Ganze Dörfer seien unter Schnee begraben, es drohten Hungersnoth und wirtschaftlicher Untergang.

Petersburg, 18. März. (W. Z. B.) In der vergangenen Nacht fanden in Petersburg drei große Brände statt, darunter ein sehr bedeutender, der die Baumwollwaaren-Fabrik von Luetich einscherte. Der Schaden ist sehr beträchtlich.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 67.

Donnerstag, den 19. März 1896.

13. Jahrg.

Reichstag.

60. Sitzung vom 18. März 1896, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Marschall, Hollmann.

Das Haus ehrt das Andenken des gestern Nachmittag plötzlich verstorbenen Abg. Bohm (fr. Sp.) in der üblichen Weise. Die zweite Beratung des Reichshaushalts-Etats wird fortgesetzt bei den einmaligen Ausgaben der Marine.

Berichterstatter Abg. Lieber (Z.) giebt dem Hause zunächst einen Bericht über die aus den Zeitungen bereits bekannt gewordenen Debatten der Kommission über die „uferlosen“ Flottenpläne. Schon beim Etat des auswärtigen Amtes habe der Staatssekretär des Auswärtigen erklärt, daß in diesem Jahre keine neuen Forderungen für die Marine an den Reichstag herzutreten sollten, daß aber im nächsten Jahre die klaren Pläne, welche in bezug auf die Verstärkung der Flotte vorhanden sind, dem Hause vorgelegt werden sollen. Der Staatssekretär erklärte damals ausdrücklich, daß diese Pläne nicht zu identifizieren seien mit den von einigen Pressorganen vertretenen Plänen. Redner giebt eine Darstellung der ganzen Presskampagne über die uferlosen Pläne in den hierauf bezüglichen Debatten in der Kommission. Er schließt seine Ausführungen mit folgendem Satze: Die in diesem Etat geforderten 7¼ Millionen haben noch eine Restforderung von 42 Millionen für die späteren Jahre zur Folge. Die Budgetkommission hat mit Mehrheit beschlossen, Ihnen die Bewilligung der einmaligen Ausgaben zu empfehlen.

Abg. Friese (Z.): Die Marine-Etats der letzten Jahre ergeben, daß, je mehr die Marineverwaltung gefordert hat, desto mehr hat der Reichstag abgelehnt. Vielleicht giebt die Marineverwaltung daraus die Konsequenzen. Ich bin nicht in der Lage, irgend eine Streichung vorzuschlagen zu können. Ich stimme auch dem Ersuchen für den Panzer „Friedrich der Große“ zu. Die Kreuzer sind allerdings in der letzten Zeit gegenüber dem Bau von Panzern vernachlässigt worden. Es muß deshalb etwas nachgeholt werden, deshalb kann ich auch nur die Bewilligung der Forderung für die Kreuzer empfehlen. Die Verzögerung hat infolgedessen etwas Gutes gehabt, als eine Schwankung der Anschaffungen bestanden hat über den Typ der Schiffe. Inzwischen hat sich diese Frage etwas mehr geklärt. Durch die Bewilligung wird allerdings eine Last von 40 Millionen übernommen, aber diese Last konnten wir übernehmen, weil die finanziellen Verhältnisse des Reiches sich gebessert haben. Die Bewilligung erfolgt im Vertrauen auf die Marineverwaltung, daß nur das notwendige gefordert wird. Wenn das notwendige bewilligt wird, so arbeitet man am besten uferlosen Plänen entgegen, die am leichtesten entstehen, wenn die Marine nicht das erhält, was sie braucht. Der Weg der Anleihe für solche großen Bauten, welche die uferlosen Pläne in Aussicht nehmen, ist nicht der richtige. Für solche Dinge, die nach 20 Jahren veralten, kann man keine Anleihe aufnehmen. Diese Ausgaben müssen aus den ordentlichen Einnahmen bestritten werden. Man spricht davon, daß eine große Weltpolitik geführt werden soll. Eine Weltpolitik kann nur zur Wahrung aktueller Interessen geführt werden, alles andere ist ein Größenwahn einer Person oder des Staates. Es giebt allerdings noch gute Handelsverbindungen anzuknüpfen und die Deutschen im Auslande zu schützen. Aber unter den deutschen Auswanderern befinden sich Verbrecher aller Art, auch solche Leute, die wegen des hohen Steuerdruckes Deutschlands verlassen haben. Wollen wir uns noch mehr belassen, um diese Leute in Schutz zu nehmen? um diejenigen zu schützen, welche sich der Militärpflicht entziehen haben? Die Phrase vom Schutze aller Deutschen im Auslande ist nur eine Phrase. Wenn wir mit einer Seemacht im Kriege sind, wird es uns niemals gelingen, unseren Handel vollständig zu schützen. Das kann nicht einmal England mit seiner Flotte. Wie will man die zahlreichen Schiffe schützen, die sich in jeder Stunde in allen Meeren zerstreut befinden. Unsere Kreuzerflotte muß so groß sein, daß sie in halb zivilisirten Ländern, wie z. B. Marokko den Schutz der deutschen Ansiedlungen übernehmen kann. Dazu müssen wir Geld bewilligen und nach dieser Rücksicht werden wir die Forderungen prüfen, wenn uns im nächsten Jahr ein Plan vorgelegt wird, und wir werden auch nach der finanziellen Möglichkeit der Bewilligung fragen. Die beste Vorbereitung zum Krieg ist eine Verringerung der finanziellen Lage.

Staatssekretär v. Marschall: Ich habe meinen Erklärungen in der Budgetkommission nichts hinzuzufügen und nichts von ihnen hinzuzunehmen. Freilich kann ich mich des Eindruckes nicht erwehren, daß bei manchen die Besorgnis von künftigen Flottenplänen als eine recht wirksame Waffe gilt zur Bekämpfung der gegenwärtigen Flottenpläne. Ich begreife das bis zu einem gewissen Grade. Man weiß eben nicht, welchen Umfang diese Flottenprojekte haben und welche finanziellen Opfer sie fordern könnten. Ohne Gefahr der Widerlegung kann man alle möglichen Erwägungen anstellen, seiner Phantasie den weitesten Spielraum lassen und diese Flottenpläne sich so ausmalen, wie sie ungefähr gefaltet sein könnten, wenn sie dazu bestimmt wären, nicht nur bei der ganz überwiegenden Mehrheit des Reichstages, sondern auch der Nation auf einen überwiegenden Widerstand zu stoßen, was bei uferlosen Plänen sicherlich der Fall sein würde. Ich will diesen Befürchtungen mit einer ganz nüchternen Argumentation entgegen treten. Werfen wir einmal einen Blick auf die großen Veränderungen auf überseeischem Gebiet in den letzten Jahren, wie vieles da im Werden, im Entwickeln ist, wie starke Strömungen dort zur Geltung kommen, wie stark heute der Konkurrenzkampf draußen ist und welche hervorragende Rolle wir dabei spielen. Ist es da etwas Absonderliches und Beunruhigendes, wenn auch wir thun, was andere Staaten vor uns gethan haben, wenn wir ernsthaft erwägen, ob unser Mittelzeug zum Schutze der überseeischen Interessen wohl im Stande ist, ob es nicht einer Erneuerung, einer Ergänzung bedarf. Wir versäumen nichts, wenn wir ruhig den Tag abwarten, wo jene Erwägungen zu Ende gekommen sind und uns das erforderliche Material liefern. Die übertriebenen Forderungen in öffentlichen Versammlungen und der Presse brauche ich nicht zu beschönigen. Wir haben gewiß Schwärmer, denen für überseeische Zwecke nichts genug ist, denen man zurufen möchte, daß wir auch im Inlande deutsche Interessen zu vertreten haben; wir haben aber auch negative Schwärmer, denen alles zu viel ist und die in jedem Kriegsschiff, welches vom Stapel läuft, den Keim zu einem Weltkriege erblicken. So sind wir vor die Wahl gestellt, zwischen beiden Extremen zu entscheiden. Zwischen diesen Extremen führt eine breite Heerstraße und alle zukünftigen Flottenprojekte werden sich auf dieser Straße bewegen. (Zustimmung rechts.) Es denkt niemand daran, sich mit anderen Nationen in den Wettkampf einzulassen. Die überseeischen Interessen verschiedener Länder und die Schutzbedürfnisse, die sich daraus ergeben, sind gleichsam inkommensurable Größen; selbst da, wo die Verhältnisse anscheinend gleich sind, wird die überseeische Politik eines Staates sich anpassen müssen der Politik der einheimischen Interessen. Unsere erste und vornehmste Aufgabe ist, in Europa zu sein und zu bleiben im Verein mit unseren Verbündeten und gleichgesinnten Freunden ein Hüter des Friedens und des Rechts,

stark genug, um jeden Friedensförderer in die Schranken zu weisen. (Beifall.) Diese Aufgabe und die Forderungen, die sie an uns stellt, enthält die allerbeste Gewähr dafür, daß wir unsere Kräfte nicht zersplittern und uns des Vertrauens bei anderen Nationen nicht berauben. (Sehr richtig! rechts.) Chauvinismus und Jingoismus sind unserer deutschen Erde fremd. (Beifall rechts.) Wenn uns Unrecht entgegentritt, dann muß das deutsche Schwert auch schlagfertig sein. (Beifall rechts.) Dazu ist eine starke Kreuzerflotte ein starkes Werkzeug; lassen wir es verrotten, so werden wir politisch zurückgehen. In den letzten fünfundsiebzig Jahren haben sich unsere überseeischen Interessen in gewaltiger Weise vermehrt. Wir haben alles geleistet, was eine aufstrebende Nation leisten kann. Wir müssen die Deutschen im Auslande mit der Beschränkung, die der Vorkreditor gemacht hat, beschützen. Auch ich schwärme nicht für die Leute, welche sich vielleicht Jahrzehnte nicht um die Heimath gekümmert haben und nachher ihre Hilfe anrufen. (Sehr richtig! rechts.) Wir müssen die legitimen Interessen schützen, wir müssen eingedenken sein, wie große Kapitalien in überseeischen Gebieten angelegt sind und wir müssen der frommen Männer gedenken, welche als Missionare hinausgegangen sind. (Beifall im Centrum.) Wir müssen feierlich sein, mit Gewalt einzugreifen im Falle von Bürgerkriegen. Wollten wir Konflikte suchen, so würden wir denjenigen einen schlechten Dienst erweisen, die wir schützen wollen, unsere Ackerer und Kaufleute und alle diejenigen, welche in friedlichen und normalen Zuständen leben wollen. Wollen wir Konflikte um jeden Preis vermeiden, weil wir zu schwach sind, dann würde unser Interesse bald zu einem solchen zweiter und dritter Klasse in den Augen der Mächte herabsinken.

Unsere Kreuzerflotte ist zurückgegangen, die Schutzbedürfnisse sind gestiegen, aber die Schutzmittel sind vermindert. Wir hatten vor 11 Jahren 27 Kreuzer, heute nur noch 20. So gern ich anerkenne, daß die Marine alles thut, um unseren Forderungen nachzukommen; es kommt doch manchmal die Antwort: es ist kein Schiff vorhanden. Als vor Konstantinopel ein zweites Schiff stationirt werden sollte, da fiel uns die Entscheidung leicht; es war kein Schiff dafür vorhanden, ebenso wenig, wie wir nach der syrischen Küste sofort ein Schiff schicken konnten. Als in der südafrikanischen Republik die Unruhen ausbrachen, mußten wir das einzige Schiff von Deutsch-Ostafrika nach der Delagoabai senden, um die Interessen dort wahrzunehmen. Ich könnte die Beispiele vermehren. Weit schlimmer ist es, daß wir Stationen, die wir früher hatten, haben eingehen lassen müssen, so in Zentralamerika und Südamerika. An der Westküste von Amerika ist kein deutsches Schiff mehr vorhanden seit Jahren, und das sind alles Länder, wo häufig innere Unruhen, Bürgerkriege und Revolutionen ausbrechen. In dem Kriege zwischen Chile und Peru vertrat unser Panzerkreuzer fremde Interessen, wir würden heute unsere Interessen durch fremde Schiffe vertreten lassen müssen; das ist doch nicht vereinbar mit unserer Würde. Ebenso liegt es in der Süds. In den ostasiatischen Gewässern fehlt es uns auch an Schiffen.

Ich komme hierbei dem Wunsche nach, einen Aufschluß über unsere politische Aktion in Ostasien zu geben. Man wirft uns vor, wir hätten einen unvermutheten Frontwechsel vorgenommen. Ich habe hier im Hause im vorigen Jahre erklärt, daß wir in dem Kriege zwischen China und Japan neutral bleiben wollen. Wir wiesen jeden Gedanken der Intervention zurück. Als die Waagschale sich zu gunsten Japans geneigt hatte und die erste Nachricht der vorläufigen Friedensbedingungen nach Europa kam, haben wir die japanische Regierung in freundschaftlicher Weise darauf aufmerksam gemacht, daß Annektionen auf dem asiatischen Festlande Interventionen seitens europäischer Staaten zur Folge haben würden. Die Befestigung des Festlandes würde China in Abhängigkeit von Japan setzen und dadurch für die europäischen Stationen nachtheilig werden. Japan hat diesen Rathschlägen aus zwingenden Gründen Folge geleistet. Als Ausland unsere Anschauung theilte und den Friedensschluß nicht billigte, unter den damaligen Bedingungen kam es zur friedlichen Intervention. Unsere Thätigkeit Japan gegenüber haben wir vor niemand zu verheimlichen, am allerwenigsten vor der japanischen Regierung. Ich nehme an, daß man heute in Japan unsere Haltung begreift. Die Neutralität bedeutet nicht, daß man nachher die Bedingungen akzeptirt, welche der Sieger dem Besiegten auferlegt. Ich erinnere an den letzten russisch-türkischen Krieg. Nur dadurch, daß wir an der Intervention theilnahmen, konnten wir die deutschen Interessen wahren. Wir haben gehandelt, nicht China zu Liebe und Japan zu Liebe. Eine kräftig aufstrebende Nation wie Japan ist, welche durch unermüdete Arbeit auf allen Gebieten erstannenerwerthe Fortschritte gemacht hat, die zeigt, daß sie ein starkes Schwert zu Wasser und zu Lande besitzt, darf immer aus die Sympathie Deutschlands rechnen. (Beifall.) Es wird auch gelingen, unsere kommerziellen Verhältnisse auf eine sichere feste Basis zu stellen. Wer wollte heute vorhersehen die Entwicklung, welche die ostasiatischen Verhältnisse in der Zukunft nehmen werden. Wir müssen auf der Wacht sein, die vorhandenen Interessen zu schützen im Handel, Schifffahrt und in den Missionen, und wir müssen entschlossen sein, an der zukünftigen Entwicklung pari passu mit den anderen Mächten theilzunehmen, und zu dieser Aufgabe bedürfen wir einer starken Kreuzerflotte.

Ich bin ehrlich genug zuzugeben, daß das Wort „uferlos“, ausgesprochen in bezug auf unsere Kreuzerflotte, ein Körnchen Wahrheit enthält, wenn auch in einem anderen als dem gewöhnlichen Sinne. Man kann sagen, jede Aufgabe ist uferlos, insofern wir nie einen Punkt erreichen können, wo wir sagen können: hier ist Land; wir steigen aus und ruhen. Ein solcher Punkt besteht nirgend in der Politik, nicht in der Sozial- und nicht in der Wirtschaftspolitik. Da ist Stillstand Rückgang. So lange wir einen Ueberfluß an Menschen und an Produkten haben, so lange darf von unseren Werften der Kreuzer nicht verschwinden, dessen Platte bestimmt ist, jene Interessen zu schützen nach Maßgabe des Rechts. Und wenn jemand die Frage an uns richtet: wie lange wollt ihr die Steuerzahler noch belasten, so werde ich die Gegenfrage stellen: Wo ist denn die Grenze für die Ausdehnung unserer Produktion und unseres Exports? Dessen dürfen Sie sicher sein, wir werden nicht an Ihre Schwärmerei und Phantasie, an Chauvinismus appelliren, sondern immer nur an nachweisbare Bedürfnisse und an den gesunden Sinn, der die Opfer bringt, welche er für nützlich und notwendig hält im Gesamtinteresse. Es giebt unter den Deutschen draußen manche Elemente, welche weder Theilnahme noch Schutz verdienen, aber es giebt viele draußen, die wir dem Deutschland erhalten können, wenn wir durch den Schutz, den wir ihnen gewähren, zu ihrem Herzen sprechen, wenn wir sie ermahnen, daß sie alle Zeit ihrer alten Heimath eingedenk sein sollen. Das ist eine gute deutsche Politik und für eine solche Politik wird der Reichstag jeder Zeit die Mittel gewähren. (Beifall rechts und im Centrum.)

Abg. Bebel: Wenn wirklich Chauvinismus und Jingoismus bei uns eine so fremde Pflanze wären, wie der Staatssekretär meinte, wie könnte man denn hier und in der Presse so ausgiebig über uferlose Flottenpläne sich unterhalten. Das Wort ist doch nicht vom Himmel gefallen; diese Bestrebungen haben auch bei denjenigen Parteien Ansehen und Gahrung hervorgerufen, die bisher genügt waren, innerhalb gewisser

Grenzen in Deutschland die Flottenentwicklung zu unterstützen, z. B. das Centrum. Wären diese uferlosen Pläne im Gehirn bedeutungslos und einflusslos Leute entstanden, dann wäre es lächerlich, wenn der Reichstag seine kostbare Zeit damit verbrauchte. Man liebt es, in den wichtigsten Fragen eine Art Werkespiel zu spielen und die Dinge nicht beim rechten Namen zu nennen. Was hat denn diese ganze Bewegung eigentlich hervorgerufen. Am 18. Januar feierte Deutschland die 25jährige Gründung des Deutschen Reichs. Bei der großen Festivität wurde eine Rede gehalten, in welcher es heißt, daß Deutschland ein Weltreich geworden sei und Weltpolitik treiben müsse. Sie wissen wer die Rede gehalten hat. Erst von diesem Augenblick an tauchten mit einem Schlage die uferlosen Pläne auf zunächst in der Presse, die stets bereit ist, für Kolonial- und Flottenverweigerungspläne einzutreten. Gestützt auf dieselbe Rede und unter Hinweis auf dieselbe werfen sich dann eine Anzahl von Männern für diese Pläne eifrig ins Zeug. Wenn das, was in jener Rede angeführt worden ist, unser Bestreben sein sollte, dann reicht das bei weitem nicht aus, was wir heute vom Bundesrathstische und in der Kommission gehört haben. Mit jener Rede war mehr gemeint, es war darauf abgesehen, die deutsche Nation durch ihren Reichstag zu der Bewilligung zu veranlassen, die weit über das hinausgeht, was bisher die Majorität des Reichstages zu bewilligen nicht die Neigung hatte. In diesem Sinne haben jene Männer gearbeitet, dazu kam, daß einer der Männer, der in den letzten Tagen hofentlich ein für alle Male abgethan ist, in ganz besonderem Maße sich in der Kolonialgesellschaft für diese Pläne ins Zeug warf. In der Presse thaten es die Herren Graf Dürckheim und Giffel aus Hamburg. Dann ist es aber auch in weiten Kreisen bekannt geworden, daß selbst Männer, die in der Marine eine gewisse Bedeutung haben, hinter diesen Plänen ständen und sie begünstigten. Der Staatssekretär des Marineamts hat gesagt, es sei eine Unverschämtheit, einen Offizier der Marine in Gegensatz zum Reichslang zu bringen. Ich glaube, der Staatssekretär hat darunter zunächst sein eigenes Respekt verstanden und die Offiziere, die von ihm direkt ressortiren. Wir haben aber auch ein Marinekabinett, von dem ich nicht weiß, in welchem Subordinationsverhältnis das Kabinett zur Marineverwaltung steht. Auffallend ist, daß lange ehe der Name öffentlich durch die Zeitungen bekannt wurde, mir bereits bekannt war, daß der Chef des Marinekabinetts, Herr v. Soden-Wibram es war, der jene Personen intellektuell und moralisch unterstützte, die für seine sogenannten uferlosen Pläne eingetreten waren. Ich habe bis heute nicht gehört, daß dieser Herr jene Nachricht dementirt hat. Ist dem aber so, dann frage ich: was ist das für ein eigenthümliches Verhältnis in einer Regierung, wenn die offiziellen und verantwortlichen Personen in der Kommission nachdrücklich erklären, daß sie von solchen uferlosen Plänen nichts wußten, sie bekämpften und auf der andern Seite eine Person in so hoher Stellung wie der Chef des Marinekabinetts für solche Pläne eingetreten sein soll. Es hat überhaupt in der letzten Zeit den Eindruck gemacht, als sei man manchmal da oben ganz im Unklaren, wer das entscheidende Wort zu sprechen habe und dahinter hinter den Kulissen sich Kämpfe abspielen zwischen den einzelnen mächtigen Personen, die ich wohl verstände, wenn wir uns am goldenen Horn befänden bei Sr. Majestät dem Sultan, die aber für zivilisirte und deutsche Verhältnisse höchst eigenthümlich sind. Der Reichstag muß wissen, ob es in der That möglich ist, daß gegen den ausgesprochenen Willen der Männer der Regierung noch Kräfte und Mächte vorhanden sind, die ihnen direkt entgegenhandeln und dadurch Verwirrung in der Öffentlichkeit anrichten, daß die Regierung das Odium dieser uferlosen Pläne von sich abwälzen wollten, ist begreiflich.

Der Staatssekretär tritt als Diplomat, wenn er glaubt, die Bekämpfung der künftigen sogenannten uferlosen Flottenpläne solle nur dazu dienen, die Nichtbewilligung der jetzigen Pläne zu rechtfertigen. Herr Friese wollte gerade jetzt das Extraordinarium unverkürzt bewilligen, weil er jene uferlosen Pläne zurückweist. Die große Majorität des Reichstages wird Herrn Friese folgen. Nach den Ausführungen des Staatssekretärs stände Deutschland in bezug auf seine maritimen Interessen viel schlechter da als früher. Was haben wir denn in letzten zehn Jahren für die Marine aufgewendet??

Innerhalb der letzten 10 Jahre sind die dauernde Ausgaben des Marine-Etats von 36 256 000 M. auf 55 261 000 M., also um mehr als 50 pCt. gewachsen und trotzdem soll heute unsere Flotte weniger leistungsfähig sein! Ebenso verhält es sich mit den einmaligen Ausgaben. In diesen 10 Jahren hat der ordentliche Etat an regelmäßigen Ausgaben 437 360 000 M. verschlungen, daneben sind an einmaligen Ausgaben 117 549 000 M. ausgegeben und die außerordentlichen Ausgaben dieses Zeitraumes betragen 138 266 000 M., so daß sich die gesammten Ausgaben auf rund 693 183 000 M. belaufen. Wenn sich trotzdem die deutsche Flotte in dem traurigen Zustand befände, wie dies der Staatssekretär hingestellt hat, dann fragt es sich, ob man dann noch in der bisherigen Weise weiter marschiren soll. Auf dem Gebiet des Militärwesens befinden wir uns schon in einer fortgesetzten Revolution in bezug auf die Bewaffnung, die Technik u. und dies ist noch in viel höherem Grade bei der Entwicklung des Schiffbaues der Fall. Es ist auch nicht notwendig in dem umfassenden Maße, wie es von verschiedener Seite gesehen ist, für die Wahrung deutscher Interessen in fremden Welttheilen eine große Flotte zu haben. Wo der Deutschen wandern nach Ländern aus, wo wir niemals ihren Interessen durch die deutsche Flotte Schutz gewähren können. Namentlich diejenigen, denen die Steuern im deutschen Reich zu hoch sind, die wandern nicht nach Marokko oder Chile, sondern nach irgend einer schönen Stelle der Schweiz oder des sonstigen Europas aus. Auch tritt die Nothwendigkeit zu helfen zu ganz verschiedenen Perioden auf, so daß Deutschland auch mit einer verhältnismäßig kleinen Kreuzerflotte seinen Interessen nach allen Richtungen gerecht werden kann.

Falsch ist auch der einseitige Bau großer und kostspieliger Panzer und die Vernachlässigung von Kreuzerbauten, aber man gebe doch nicht dem Ausland den Anschein, als ob beim ersten leichtesten Angriff auf die deutsche Küste die deutsche Flotte kaum noch im Stande sei, Widerstand zu leisten. Will man aber hiermit die Bewilligungslust des deutschen Reichstages herausfordern, so muß ich dagegen protestiren. Das Wort „civis romanus sum“ hat für die deutsche Reichsregierung nicht zu gelten, obgleich es, wie ich fürchte, wenigstens eine sehr einflussreiche Person im Deutschen Reich giebt, die diesem Grundfah am liebsten Geltung verschaffen würde, eine Liebhaberei, wenn ich sie bezeichnen muß, die, wenn der Reichstag die geringste Neigung hätte darauf einzugehen, uns in unabsehbare Ausgaben stürzen würde. Deutschland ist keine Seemacht, es ist nach seiner ganzen geographischen Lage und seinen ganzen diplomatischen und militärischen Verhältnissen eine Landmacht. Es muß hauptsächlich und vorzugsweise sein Gewicht auf seine Landarmee legen.

Die Armee hat allein an ordentlichen Ausgaben von 1886/87 bis 1895/96 die Summe von 4 111 872 000 M. ausgegeben, daneben an einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats 297 145 000 M. und an einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats 1 204 791 000 M., zusammen also in 10 Jahren die

Riesensumme von 5 613 300 000 M. Darunter sind noch nicht die Ausgaben für den Pensionsfonds und die Verzinsung der Reichsschuld. Der Pensionsfonds für Friedenszeiten hat in diesen 10 Jahren 880 Millionen, die Reichsschuld 477 Millionen verschlungen. So daß für Marine und Armee zusammen die Riesensumme von 7 164 294 000 M. herauskommt, das heißt pro Kopf der Bevölkerung jährlich 14 M., für eine Familie von fünf Köpfen 70 M. Nach dieser Richtung müssen wir einigermaßen Einhalt thun.

Der Staatssekretär meinte, daß „uferlos“ habe eine gewisse Berechtigung, weil die Grenzen der Entwicklung in moralischen und materieller Beziehung und in bezug auf unsere überseelischen Interessen nicht abzusehen seien. Gewiß, aber daß auf keinem anderen Wege als dem der fortgesetzten Klüftung diese Bedürfnisse und Interessen zu befriedigen seien, bestritt er nicht.

Es sind heute am 18. März 48 Jahre, daß fast genau in dieser Stunde in den Straßen Berlins ein großer Kampf ausbrach, in dessen Folge am nächsten Morgen hunderte von Leichen, tausende von Verwundeten das Pflaster mit ihrem Blute röteten. Diese Kämpfe sind nicht ausgebrochen, um den Sozialismus zu verwirklichen, sondern um die bürgerliche Freiheit, die deutsche Einheit zu verwirklichen, und als ein Hauptziel dieses Kampfes galt auch damals speziell der entscheidende Kampf gegen den Militarismus in jeder Form. Freilich, die 48 Jahre sind verfloßen, und wir sehen, daß heute die Aufwendungen, die nicht allein Deutschland, sondern ganz Europa für den Militarismus zu Lande und zur See aufzubringen hatten, im Vergleich zu jener Zeit ins Wahrschafte fabelhafte gestiegen sind, daß heute Anforderungen an die Bevölkerung gestellt werden, die man damals nie für möglich hielt, aber trotzdem sind kolossale Fortschritte im Kampfe gegen den Militarismus gemacht. In allen Kulturländern der Erde, insbesondere Europa's, ist aufgestachelt durch die riesigen Militärlasten Opposition und Widerstand erwacht und es wird keine 48 Jahre mehr dauern, daß kein Parlament Europa's mehr sich mit diesen Fragen beschäftigt, mit denen wir uns heute noch beschäftigen müssen.

Die Wirkung des freundlichen Winkes seitens Deutschlands an Japan war, daß sofort die betreffenden Mächte sich selbst meldeten und Japan gewungen wurde, im Frieden von Schimonoseki auf die Kuregion der Halbinsel Liaotung mit Port Arthur zu verzichten. Damit hat die Reichspolitik den Japanern keinen Gefallen getan, noch den deutschen Interessen genügt oder sie verteidigt. Japan hat man davon abgehalten, Liaotung und möglicherweise auch Korea zu nehmen, aber Rußland hat man nicht wehren können, daß es seinen riesengroßen Einfluß, den wir ihm durch die Friedensverhandlungen verschafft haben, nunmehr in bezug auf Liaotung und Korea ausnützte. Nicht nur die Sozialdemokraten, auch fast alle bürgerlichen Parteien haben in ihren Organen die Meinung vertreten, daß diese Intervention zu Gunsten Chinas und die Machtvergrößerung Rußlands eine Verächtlichung der deutschen Kultur und des deutschen Handels bedeutet. Man hat sich viel zu sehr von den Interessen des nächsten Augenblicks leiten lassen, als von den Interessen der fernsten Zukunft, und diese letzteren sind die Hauptfache.

Staatssekretär Hollmann: Der Vorredner hat in der Budgetkommission so auch heute hier im Reichstag den Chef des Marineministeriums in die Debatte gezogen und behauptet, daß dieser Herr im Zusammenhang stehe mit den uferlosen Flottenplänen, er hat auf ihn hingedeutet als auf denjenigen Offizier, von welchem dem vorhergenannten Assessor die betreffenden Mitteilungen gemacht wurden. Ich habe mich schon in der Kommission gegen eine solche Annahme ausgesprochen. Es ist vollkommen ausgeschlossen, daß ein Offizier sich mit der Presse in Verbindung setzt, um gegen die Regierung zu arbeiten, und zwar ein Offizier, der in einer dienstlichen Stellung steht, wie der Chef des Marineministeriums. Abg. Bebel hat gefragt, in welchem Verhältnis dieses Kabinet zur Marineverwaltung stehe. Dieses Verhältnis ergibt sich aus dem Titel und den Funktionen. Der Chef des Marineministeriums steht der allerhöchsten Person als Bureauchef zur Seite; er hat die allerhöchsten Befehle weiter zu geben. Daß ich auf einen solchen Offizier keinen Einfluß und keine Kontrolle über ihn habe, ist selbstverständlich; es ist aber auch ausgeschlossen, daß ich mit ihm in einen Widerspruch gerathe und mich in eine Stellung verhalte, die zu Heibereten Veranlassung geben könnte. Abg. Bebel hat auch darauf hingewiesen, daß der Marineverwaltung in den letzten Jahren eine recht erhebliche Summe zur Verfügung stand, um die Marine zu entwickeln. Die Summe hat allerdings einen hübschen Klang und die Forderungen für die Marine sind in den letzten Jahren gewachsen. Daraus schließt Abg. Bebel, es könne doch unmöglich die Versicherung meines Amtsvorgängers zutreffen, daß und nicht dasjenige Kreuzermaterial zur Verfügung stehe, welches wir für den auswärtigen Dienst nötig haben. Es steht aber doch so, denn die Summe ist doch nur zu einem sehr kleinen Teil zu Schiffneubauten verwendet, zu einem außerordentlich kleinen Teil für den Bau von Kreuzern. Sie ist bewilligt in erster Linie für die Rüstungsverbeidigung. Wir haben zunächst für die eigenen Bedürfnisse zu sorgen gehabt und dann erst für die auswärtigen. Wir haben, so lange ich die Marineverwaltung vertrat, nur zwei Kreuzer erster und zweiter Klasse und vier Kreuzer dritter Klasse, die wesentlich nur den stationären Dienst versehen, gebaut. Das ist zwar eine ganz hübsche Zahl von Schiffen, aber sie bedeutet nichts gegenüber der Zahl derjenigen, die wir als abhängig betrachten müssen. In den letzten zehn Jahren haben unsere Kreuzer, die damals neu waren, wesentlich eingebüßt an ihren Seefechteigenschaften.

Es ist außerordentlich schwierig für mich, Ihnen Rede und Antwort zu geben auf die Fragen, welche die Zukunft bringen wird, weil über die Fragen in keiner Weise Entscheidung getroffen ist. In den Erklärungen, die in der Kommission gegeben sind und die der Berichtstatter ausführlich wiedergegeben hat, und durch die Aufklärung meines Amtsvorgängers vom auswärtigen Amte ist wohl zur genüge dargelegt, daß es sich nicht um uferlose Pläne handelt. Wenn wir das prozentuale Verhältnis vergleichen, welches besteht in der Marine zwischen dem alten Schiffsmaterial und dem neuen, so fällt der Vergleich sehr ungünstig aus; das alte Material überwiegt. Die Marineverwaltung muß sich beschäftigen mit der Frage des Ersatzes des alten Materials. Weiteres thun wir nicht.

Wir werden hoffentlich in nächsten Jahre dem Reichstage einen Plan vorlegen können; es sind keine sensationellen Maßnahmen irgend welche Art. Das habe ich in der Kommission bereits ausgesprochen. Das erste Programm, welches dem Reichstage vorgelegt worden ist, ist erfüllt worden; wir haben seitdem mehrere Programme vorgelegt. Dadurch ist die Sache etwas verwickelt geworden, weil man nicht mehr weiß, was aus dem einen in das andere Programm übergegangen ist. Wir haben in Aussicht genommen, alles zusammenzufassen und die Bedürfnisse, wie sie bisher gedeckt sind, zu vergleichen mit den neuen Bedürfnissen. Wir haben quantitativ sehr geringe Bedürfnisse und sind qualitativ noch bescheidener. Bei einer kleinen Flotte muß jedes Schiff seinen Mann stehen, wir können keines entbehren. Die Marineverwaltung hat eine große Genugthuung an der fast einstimmigen Bewilligung ihrer heutigen Forderung in der Kommission und sie giebt sich der Hoffnung hin, daß der Reichstag seiner Kommission folgen wird.

Abg. Pachtold (fr. Vg.): Wir wollen in den bisherigen Bahnen bleiben, wir verlangen, daß die Finanzkraft des Landes nicht außer Acht gelassen wird, daß eine gleichmäßige Beschäftigung der Werften herbeigeführt und jede Ueberbürdung vermieden wird. Unbekanntes noch gar nicht fest umrissenen Plänen der Zukunft können wir jedenfalls keinen Einfluß einräumen auf die gegenwärtigen Forderungen, die lediglich einen Ersatz schaffen wollen für das abgehende Material.

Abg. von Bennigsen (natl.): Die Forderungen sind in der Budget-Kommission mit einer großen Mehrheit bewilligt worden; es ist wohl nicht zweifelhaft, daß eine ähnliche Mehrheit im Hause die Bewilligung ausprechen wird. Die Erklärungen und näheren Begründungen der Vorlage haben die Notwendigkeit der geforderten Bauten vollständig nachgewiesen. Bedeutende Interessen legen eine größere Verstärkung unserer Flotte nahe; das ist in der Kommission so eingehend nachgewiesen, daß ich nicht begreife, wie Herr Bebel hat behaupten können, daß das Zentrum durch die Agitation für die uferlosen Pläne zur Bewilligung bewegt worden sei. Es ist um so ungerechter, einen solchen Vorwurf dem Zentrum zu machen, weil Herr Bebel ganz genau weiß, daß schon im vorigen Jahre die geforderten Bauten von der großen Mehrheit des Zentrums bewilligt worden sind. Also deswegen brauchte die Agitation für die uferlosen Pläne nicht herangezogen zu werden. Wir brauchen eine stetige Beschäftigung, um die Stabissements regelmäßig zu beschleunigen. Verschiedene Umstände haben darauf eingewirkt, namentlich die wiederholte Veränderung in den Programmen der Marine und die Erfahrung mit den Bauten, die Veränderung in der Aufstellung über die beste Form. Darüber ist jetzt eine Vereinbarung gefunden und länger zu warten wäre falsch. Die Möglichkeit, noch bessere Formen zu finden, ist nicht ausgeschlossen, aber eine Verzögerung würde unsere Rüstung gefährden.

Herr Bebel hat es als untrüglich bezeichnet, derartige kolossale Summen auszugeben für die Marine und das Landheer. Er hat seine Studien vorgetragen, und die angeführten Milliarden machen allerdings einen erschreckenden Eindruck. Aber in diesen Summen steckt eine viel größere Leistung als bei andern Ländern. Wir verdanken die Notwendigkeit dieser Last nicht dem Kriegsbedarf Deutschlands, nicht dem Bedürfnis unsere Grenzen auszubehnen und andere Nationen zu verengeln. Wir leben nun einmal unter der Herrschaft des bewaffneten Friedens, und ich kann Herrn Bebel darin nicht folgen, daß wir nach einem Menschenalter uns nicht mehr damit zu beschäftigen haben. Ich fürchte das Gegenteil. Herr Bebel meint, wir haben das Landheer, wozu brauchen wir noch die Flotte. Aus dem Kontinent von Europa liegen unsere größten Interessen. Aber glauben denn die Herren ernsthaft, daß es unbedeutend ist, ob wir neben einem starken Landheer noch eine Flotte nicht ersten, aber doch zweiten, mittleren Ranges haben? Wir haben ohnehin schon eine lange Küstenstrecke gehabt, durch die Erwerbung von Schleswig-Holstein ist sie noch vergrößert worden. Wenn wir keine Flotte haben, sind die Küsten gefährdet, ich spreche gar nicht vom Handel und Verkehr. Zum Schutze der Küsten müßten wir ohne Flotte einen bedeutenden Teil des Heeres abgeben. Jemand, der von der Bedeutung der Flotte so gering denkt, der sollte doch nicht vergessen — das ist noch in der Erinnerung der älteren Herren — welche erbärmliche Rolle der Deutsche Bund gespielt hat gegenüber Dänemark, weil wir keine Schiffe besaßen und Dänemark nicht da angreifen konnten, wo es verwundbar ist, in Seeland und Kopenhagen. Unsere Handelsinteressen beruhen auf der Heimath. Die großen Handelshäuser, welche die Schiffe ausrüsten, sind in Deutschland etabliert. Unsere Interessen erstrecken sich auf alle Gebiete, auf halb- und unzulivillirte Gegenden. Dafür müssen wir unter Umständen auch den Schutz der Kreuzer haben.

Deutschland ist ein so bedeutender Konkurrent Englands geworden, daß wir es begreiflich finden werden, wenn wir bei den Engländern eine besondere Neigung, uns Hilfe zu leisten, nicht mehr finden. In England hat man das „made in Germany“ erfunden, um unsere Industrie zu schädigen, und die Folge ist gewesen, daß diese Parole sich als gegen England gerichtet erwiesen hat. Das beweist, wie recht England hat, eifersüchtig zu sein auf die schnell sich vollziehende Entwicklung unserer Handels- und unserer Industrie. Eine große Nation muß die Kraft haben, ihre Interessen selbst zu schützen zu haufe und draußen, und wenn wir dazu eine Flotte gebrauchen bei den unruhigen und wechselnden Verhältnissen über dem Meere, dann werden wir uns die Flotte bewahren und schaffen müssen, die dazu erforderlich ist, innerhalb der Leistungsfähigkeit unserer Finanzen. Wir werden also im nächsten Jahre vor die Erörterung herantreten, bei der angekündigten Vorlage wegen Vermehrung der Kreuzerflotte. Jetzt eingehend mich darüber zu äußern, wäre doch unrichtig. Wir werden das bewilligen, was erforderlich ist und die Leistungsfähigkeit unserer Finanzen nicht übersteigt. Ich hoffe auch vom Reichstag, daß, soweit ein solcher Nachweis geführt ist, der Reichstag sich den verbündeten Regierungen nicht verweigern wird.

Abg. Rickert (fr. Vg.): Ich habe schon früher den Wunsch ausgesprochen, daß unsere Werften möglichst gleichmäßig beschäftigt werden, daß keine Sprünge gemacht werden in den Herstellungen. Ich möchte den Herrn Staatssekretär bitten, uns heute oder morgen eine Uebersicht über den Stand der Arbeiten auf den einzelnen Werften zu geben, wie das in früheren Jahren geschehen ist. Wie gedenkt ferner die Marineverwaltung die Bauten zu vertheilen auf die Privatwerften und die kaiserlichen Werften. In bezug auf den Flottenplan kann ich nur meine volle Zustimmung zu erkennen geben. Ich wünsche, daß es dem Staatssekretär gelingen möge, einen Plan nicht bloß aufzustellen, sondern auch durchzuführen innerhalb der engen Grenzen, welche Herr v. Stosch innegehalten hat.

Staatssekretär Hollmann: Auf den Werften sind angeblich 11 900 Arbeiter beschäftigt. In den letzten Tagen sind einige Arbeiter auf der Werft in Kiel entlassen, weil die Winterarbeit, die Reparaturen abgeschlossen sind und die Neubauten noch nicht diejenige Gelegenheit zur Arbeit bieten, welche es er-möglicht alle Arbeiter zu halten. Wir haben ein Abkommen geschlossen mit der Germania-Werft in Kiel und haben die 200 Arbeiter entlassen, die wir zurücknehmen, sobald wir mehr Arbeiter gebrauchen können. Den Ersatz von „Friedrich den Großen“ wollen wir auf der kaiserlichen Werft in Wilhelmshafen bauen lassen, wo schon das Schwertschiff „Graf Preußen“ gebaut wird. Die Bauzeit wird dadurch abgekürzt, daß der Bau einfach wiederholt wird. Ein Kreuzer II. Klasse wird auf der Werft in Danzig gebaut werden, der andere auf einer Privatwerft. Die anderen Bauten werden wohl alle Privatwerften übergeben werden. Daß Herr Rickert unsere Absicht, einen Plan vorzulegen, mit Freude begrüßt, hat mich gefreut. Ich hoffe, daß wir alle seine Wünsche erfüllen können.

Darauf wird um 5 Uhr die weitere Beratung auf Donnerstag 1 Uhr verlag.

Parlamentarisches.

Aus der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch. In der Sitzung am Mittwoch wurden die Bestimmungen des Entwurfs über den Dienstvertrag durch Annahme der §§ 618 bis 620 zu Endegeführt. §§ 618 bis 620 lauten: § 618. „Hat der zu Dienstleistung Verpflichtete, ohne in einem dauernden Dienstverhältnisse mit festen Vozügen zu stehen, Dienste höherer Art zu leisten, die auf grund besonderen Vertrauens übertragen zu werden pflegen, so ist die Kündigung auch ohne die im § 617 bezeichnete Voraussetzung zulässig. Der Verpflichtete darf nur in der Art kündigen, daß sich der Dienstverhältnisse die Dienste anderweit beschaffen kann, es sei denn, daß ein wichtiger Grund für die unzeitige Kündigung vorliegt. Kündigt er ohne solchen Grund zur Unzeit, so hat er dem Dienstberechtigten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.“ § 619. „Wird nach dem Beginne der Dienstleistung das Dienstverhältnis auf grund des § 617 oder des § 618 gelündigt, so kann der Verpflichtete einen seinen bisherigen Leistungen entsprechenden Teil der Vergütung verlangen. Kündigt er, ohne durch vertragswidriges Verhalten des anderen Theiles dazu veranlaßt zu sein, oder veranlaßt er durch sein vertragswidriges Verhalten die Kündigung des anderen Theiles, so steht ihm ein Anspruch auf die Vergütung insoweit nicht zu, als seine bisherigen Leistungen insofern der Kündigung für den anderen Theil kein Interesse haben. Ist die Vergütung für eine spätere

Zeit im voraus entrichtet, so hat der Verpflichtete sie nach Maßgabe des § 642 oder, wenn die Kündigung wegen eines Umstandes erfolgt, den er nicht zu vertreten hat, nach den Vorschriften über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung zurückzuerstatten. Wird die Kündigung durch vertragswidriges Verhalten des anderen Theiles veranlaßt, so ist dieser zum Ersatz des durch die Aufhebung des Dienstverhältnisses entstehenden Schadens verpflichtet.“ § 620. „Bei der Kündigung eines dauernden Dienstverhältnisses kann der zur Dienstleistung Verpflichtete von dem anderen Theile ein schriftliches Zeugniß über das Dienstverhältnis und dessen Dauer fordern. Das Zeugniß ist auf Verlangen auf die Leistungen und die Führung im Dienste zu erstrecken.“ Frohme und Stadthagen beantragten, den § 620 dahin zu erweitern, daß bereits von der Kündigung ab das Zeugniß ausgestellt werden solle und daß eine Verpflichtung des Arbeitgebers aufgenommen werde, dem Arbeitnehmer auf Verlangen eine angemessene Zeit zum Auffuchen von Arbeitsgelegenheit zu gewähren. Beide Anträge wurden jedoch abgelehnt, vom Vertreter der Regierung aber anerkannt, daß die Gewährung von Zeit zum Auffuchen von Arbeitsgelegenheit aus der allgemeinen Vertragspflicht des Arbeitgebers folge. Ein weitergehender Antrag, klar auszusprechen, daß eine Rückführung in das Arbeitsverhältnis oder ein Zwang zur Wiederaufnahme eines Dienstes für unzulässig und lediglich ein Schadensersatzanspruch für den Fall unrechtmäßiger Auflösung des Arbeitsverhältnisses für zulässig erklärt werde, wurde abgelehnt! Gleichfalls fiel der Antrag, den Art. 95 des Einführungs-gesetzes aufzuheben und damit sämtliche Gesinnsordnungen zu beseitigen. Ausdrücklich soll aber im Art. 95 ausgesprochen werden, daß das Kündigungsrecht gegenüber dem Gesinde aufgehoben ist. Der Antrag, das gleiche bezüglich der Seeleute klar auszusprechen, wurde bis zur zweiten Lesung zurückgestellt, nachdem der Staatssekretär erklärt hatte, daß eine Aenderung der Seemannsordnung in nicht zu ferner Aussicht stehe. Allseitig anerkannt wurde, daß das insbesondere vom Hamburger Landgericht in die Seemannsordnung hineingelegene Kündigungsrecht in der Seemannsordnung nicht ausgesprochen ist noch hat ausgesprochen werden sollen. — Beim „Wertvertrag“ (§§ 621—641) gab § 638, der sich mit der Sicherungshypothek beschäftigt, Anlaß zu einer längeren Debatte. § 638 bestimmt: „Der Unternehmer eines Bauwerks oder eines einzelnen Theiles eines Bauwerks kann für seine Forderungen aus dem Vertrage die Einräumung einer Sicherungshypothek an dem Baugrundstücke des Bestellers verlangen. Ist das Werk noch nicht vollendet, so kann er die Einräumung der Sicherungshypothek für einen der geleisteten Arbeit entsprechenden Theil der Vergütung und für die in der Vergütung nicht begriffenen Auslagen verlangen.“ § 638 bietet demnach völlig unzureichenden, ja weit hinter bestehenden deutschen Gesetzgebungen zurückbleibenden Schutz gegen Bauwindler. Insbesondere enthält er keinerlei Schutz des Arbeiters oder der Lieferanten, wiewohl Baden, die Rheinprovinz, Rheinhesen, Württemberg und Bayern dahin gerichtete Bestimmungen enthalten. Abgeordneter Gröber beantragte deshalb, den ersten Satz des § 638 wie folgt zu fassen: „Der Unternehmer eines Bauwerks oder eines einzelnen Theiles eines Bauwerks sowie diejenigen, welche Arbeiten für das Bauwerk ausgeführt oder Waaren zum Bauwerk geliefert haben, können für die Forderungen aus dem Vertrage die Einräumung einer Hypothek an dem Baugrundstück des Bestellers verlangen.“ Ferner beantragte Abg. Gröber: zum § 638 die Voraussetzung anzufügen: „daß in dem Gesetze über die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen für die in § 638 bezeichneten Forderungen ein Vorzugsrecht vor den voreingetragenen Hypotheken in Höhe der Wertheigerung des Grundstücks aufgenommen werde.“ Beide Anträge werden abgelehnt. Frohme und Stadthagen hatten zur Regelung dieser brennenden Frage die Aufnahme folgender Bestimmungen beantragt: „Ist die Arbeitskraft zu Gunsten einer unbeweglichen Sache verwendet, so haftet diese für Verichtigung des Arbeitslohns. Die Haftung erlischt, wenn der Arbeitnehmer seine Forderung nicht innerhalb eines Jahres nach Ablauf des Arbeitsverhältnisses gerichtlich geltend gemacht hat. Der Arbeitgeber und jeder Dritte kann die Haftung der unbeweglichen Sache durch Sicherheitsleistung in Höhe des Arbeitslohnes aufheben. Der Arbeitnehmer ist, falls Verichtigung seines Lohnes erfolgt oder Sicherheitsleistung eingetreten ist, verpflichtet, auf Verlangen und Kosten des Arbeitgebers oder eines berechtigten Dritten eine notariell oder gerichtlich beglaubigte Urkunde dahin auszustellen, daß ihm Rechte an der unbeweglichen Sache wegen seines Arbeitslohnes nicht zuzufinden.“ Sie führten zur Begründung ihres Antrages aus, daß es nötig ist, das Prinzip festzulegen, daß derjenige, der Nutzen von der Arbeit eines anderen hat, und nicht der Arbeiter, der seine Arbeitskraft verwendet hat, das Risiko für Bauwindlerien zu tragen habe. Sämtliche gegen Bauwindler gerichtete Anträge sind jedoch, weil die Nationalliberalen mit der Regierung betonten, die Sache müsse durch ein Spezialgesetz geregelt werden, nicht genügende Unterstützung. Unsere Genossen werden dieselbe Frage bei Gelegenheit der Beratung über die Bestimmungen, betreffend ungerechtfertigte Bereicherung, und beim Hypothekenrecht, eventuell im Plenum wieder in Anregung bringen. Verstehen Sie, daß Spezialgesetze kommen würden, schenken Sie kein Vertrauen. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag statt. Sie beginnt mit Beratung des Rittersvertrages (§§ 642, 643). Zum § 642 sind folgende Anträge der Abg. Leicha, Gröber, Lieber und Rembold gestellt: 1. Uebernimmt der Roffer Auftrag beider Theile zur Vermittlung desselben Geschäfts, bei dem das Interesse der Auftraggeber entgegenläuft, so verliert er den Anspruch auf Mallerlohn.“ 2. Das Versprechen eines Vermögensvortheils für die Nachweisung einer heirathsfähigen Person oder für die Vermittlung einer Ehe ist nichtig.“ Durch Annahme des letzten Antrages würde das berühmte Inhibit der „Schadchen“ und der Geldsack von Zeitungen eine erhebliche Einbuße erleiden, die (wie die „Vossische Zeitung“, der „Total-Anzeiger“ und ähnliche „Heirath-“ Zeitungen“) hauptsächlich Annoncen echter und unechter Schadchen und anderer Vermittler für Geschlechtsverkehr gegen Geld Aufnahme gewähren. Man darf gespannt sein, wie die Vertreter der Regierungen sich diesem Antrage gegenüber verhalten werden.

Tokales.

Kündigung. 6. Wahlkreis. Zum bevorstehenden Quartalswechsel bringen wir den Parteigenossen folgende Parteidispositionen bei der Lieferung des „Vorwärts“. „Wahres Jakob“, „Postillon“, sowie sämtliche Parteiliteratur in Erinnerung: Moabit, Otto Hempel, Ullrichstraße 16, Hof part. Wedding und Oranienburger Vorstadt, Emil Stolzenburg, Wiesenstr. 14, Gesundbrunnen, Wilh. Gohmann, Grünhaldenstr. 67. (Som 1. April ab: Grünhaldenstr. 64.) Rosenthaler Vorstadt, Gustav Rosenthal, Grunewaldstr. 6. Schönhauser Vorstadt, Karl Marx, Kastanien-Allee 96. Genossen! Es ist heute mehr als sonst am Plage, für die Verbreitung unserer Presse Sorge zu tragen. Thue daher jeder seine Pflicht! Alle Beschwerden wolle man ungesäumt den oben genannten Expeditionsinhabern bekannt geben. Adressen-Änderungen der Abonnenten finden insofern schnelle und gewissenhafte Erledigung, als dieselben ohne Rücksicht auf finanzielle Vortheile unter den vorgenannten Expeditionsinhabern ausgetauscht werden.

In Weichensee haben unsere Parteigenossen bei der am Dienstag erfolgten Gemeinderathswahl der dritten Wahlklasse des zweiten Bezirks einen glänzenden Sieg errungen. Auf unseren Parteigenossen Lederarbeiter Karow fielen 235 Stimmen, wogegen die vereinigten Gegner trotz aller An-

Kreuzung es nur auf 48 Stimmen brachten. Bei der vor vier Jahren erfolgten Wahl blieben die Gegner mit 63 Stimmen Sieger über unseren Kandidaten, der nur 32 Stimmen erhalten hatte. Das überaus günstige Resultat vom Dienstag möge alle Parteigenossen sich vor Augen führen, die im ersten Bezirk wohnen. Auch dort ist bei einigermaßen gutem Willen der Sieg unseres Kandidaten möglich. Die Stichwahl im ersten Bezirk findet am Freitag, den 27. März, von 11 bis 2 Uhr im Schloß Weissenhof (Winteraal) statt.

Bei der Gemeinderathswahl in Orlitz sind unsere Kandidaten den vereinigten Gegnern unterlegen.

In Adersdorf hat die Volksversammlung, welche sich am 16. d. Mts. mit der am nächsten Montag stattfindenden Gemeinderathswahl beschäftigte, den Parteigenossen Ernst Laube, Studateur, Postmannstr. 7, als sozialdemokratischen Kandidaten aufgestellt. Es ist Pflicht jedes Parteigenossen, sich an der am 23. März, nachmittags von 4 bis 6 1/2 Uhr im Leopold's Restaurant stattfindenden Wahl zu betheiligen.

Parteigenossen Schönebergs! Die Gemeinderathswahlen finden am Freitag, den 20. d. Mts. von 11—5 Uhr statt. Wahlberechtigt ist jeder, der das 24. Lebensjahr erreicht hat, ein Jahr im Orte wohnt und wenigstens 4 M. Steuern jährlich zahlt. Parteigenossen! Unsere Gegner lassen sich keine Mühe verdriegen, um auch die Mandate der dritten Wählerabtheilung für sich zu erlangen. Wenn auch die Wahlzeit für die meisten von Euch sehr ungünstig liegt, so möge doch niemand die Mühe und den Zeitverlust scheuen, seine Parteipflicht dadurch zu erfüllen, daß er sich nicht nur selbst an der Wahl betheiligt, sondern auch säumige Wähler zu derselben heranzieht. Allen gegnerischen Maßnahmen zum Trotz müssen unsere Kandidaten Wilhelm Bäuml und Hermann Röder als Sieger aus der Wahl hervorgehen. Das kann aber nur geschehen, wenn Ihr Mann für Mann eure Schuldigkeit thut! Heut Abend findet eine Versammlung zum Zweck der Gemeinderathswahl bei O. B. Grunewaldstraße 110, statt.

Der sozialdemokratische Verein Vorwärts in Rixdorf hat in diesem Winter den Versuch gemacht, in Theaterabenden seinen Mitgliedern Anregung zu bieten. Der überaus gute Besuch, den die zwei bis jetzt veranstalteten Vereins-Vorstellungen gefunden haben, lehrt, daß dies Bemühen erfreuliches Verständnis findet. Auf die letzte Vorstellung dieses Winters, die am nächsten Sonntag veranstaltet wird, machen wir ganz besonders aufmerksam. Näheres darüber findet sich im Inseratentheil der heutigen Nummer.

Der glänzende Sieg der Sozialdemokratie bei der Rixdorfer Gemeinderathswahl hat unsere Gegner ganz perplex gemacht, so daß dieselben sich auch in der II. Abtheilung nur schwach an der Wahl betheiligten. In dieser Abtheilung wurden die ausgeschiedenen Vertreter, Rechnungsdrath Marggraf und Webermeister Rahmig, wiedergewählt, desgleichen in der I. Abtheilung die bisherigen Gemeindevorordneten Ziegler, Daber und Fischer. — In der III. Abtheilung wird nochmals gewählt werden müssen, da Genosse Freese nicht Hausbesitzer ist.

Zu dem am der Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung stehenden Etat der städtischen Straßenreinigung ist vom Stadtverordneten Jacobi folgender Antrag eingebracht worden: Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Lohn der Hilfsarbeiter bei der Straßenreinigung von 2 Mark auf 2,25 Mark pro Tag zu erhöhen.

Die Berliner Polizei schien bei Gelegenheit der Kranzniederlegung im Friedrichshain in einem kleinen Rang machen zu wollen. Der Träger des von den sozialistischen Studenten gestifteten Kranzes wurde beiseite genommen und dann notirte man Namen nebst Wohnung von ihm. Auch wünschte man zu wissen, wo er den Auftrag zur Niederlegung des Kranzes gegeben habe. Selbstverständlich war die polizeiliche Liebesmühsamkeit, da vorsichtshalber solche Personen mit der Niederlegung betraut waren, denen weder die Polizei noch die akademischen Behörden etwas anhaben können. Aus dem Auftreten des Polizeilieutenants ging hervor, daß man auf diesen Kranz besondere Aufmerksamkeit legte.

Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe. Wir hatten schon öfter Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß die Schöneberger Polizeigenossen mit größter Strenge darauf achten, daß die für Arbeiterlokale auf 10 Uhr festgesetzte Polizeistunde nicht überschritten wird, und daß sogar die Versammlungen unserer Parteigenossen beim Eintritt dieser Polizeistunde regelmäßig aufgelöst werden. Dem sozialdemokratischen Wirth und seinen Gästen würde es theuer zu stehen kommen, wenn sie sich einfallen ließen, nach ausdrücklicher Aufforderung eines Beamten munter weiter zu gehen. Das nicht überall mit der hier angeführten Strenge vorgegangen wird, beweist folgender Fall: Am Sonnabend, den 7. d. M., bemerkte ein Nachtwächter, daß im Restaurant „Zum Albrecht Dürer“ am Dürerplatz noch gegen 1 Uhr Gäste anwesend waren, obgleich das genannte Lokal nur bis 12 Uhr Konzeption hat. Pflichtschuldigst ging er deshalb hinein und erinnerte den Wirth daran, daß auch für ihn bereits die Polizeistunde eingetreten sei und sein Lokal geschlossen werden müsse. In seinem Staunen bemerkte er unter den spätem Gästen auch seinen Vorgesetzten, den Herrn Polizei-Inspektor. Der Wächter trat darauf den Hundsgang durch sein Revier an, von dem er um 1/2 Uhr zurückkehrte, das Lokal immer noch offen fand und drinnen den Herrn Polizei-Inspektor im Kreise der übrigen Gäste. Nochmals gebot der Wächter Feierabend. Als er auf der Straße wartete, ob man seiner Anordnung nachkam, trat der Polizei-Inspektor an ihn heran, und forderte ihn auf, ihm zur Wache zu folgen. Hier angekommen, mußte der Wächter seine Waffen abliefern und dann wurde er durch den Polizei-Inspektor vom Dienste suspendirt. Am Vormittag des nächsten Tages untersuchte der Kantonsvorsteher diese Angelegenheit; das Resultat der Untersuchung muß doch wohl für den Wächter ein günstiges gewesen sein, denn ihm wurden sogleich seine Waffen wieder überreicht und der Mann versetzt nach wie vor seinem Dienst.

Der konfessionslose Uhlant. Mit der zunehmenden Bedeutung der Sozialdemokratie steigt naturgemäß auch die Beforgnis, welche die Nachhaber im Polizeistaat vor der Kunst Gutenberg's beugen, wenn diese im Dienste der Freiheit geübt wird. Das zeigt sich am deutlichsten alljährlich an den Gräbern der Märtyrergestalten, allwo die Zensur diesmal in geradezu unglaublicher Weise gewaltet hat. So hat von dem Kranze, den die sozialdemokratischen Frauen und Mädchen widmeten, der folgende Gedichtspruch abgeschnitten werden müssen:

Der Dienst der Freiheit ist ein strenger Dienst,
Er trägt nicht Gold, er trägt nicht Furchengunst,
Er bringt Verbannung, Hunger, Schmach und Tod;
Und doch ist dieser Dienst der höchste Dienst.

Welcher deutsche Dichter ist nunmehr noch vor der Polizei sicher?

Auf dem Dombau ist abermals ein Unglück passiert. Dem Zimmerer B. fiel am gestrigen Vormittag 9 1/2 Uhr ein etwa 4 Pfund schwerer Hammer aus der Hand, als er auf einer großen Leiter in schwindelnder Höhe eine Arbeit zu verrichten hatte. Das herabfallende Werkzeug traf leider den Zimmerer J. J. Mariannensrufer 4, so unglücklich an den Vorderkopf, daß eine 8 Zentimeter lange Wunde entstand, die auf der Sanitätswache zugenäht wurde. J. J. wird längere Zeit arbeitsunfähig bleiben.

Die überaus gefährlichen Arbeiten am Rehmilions-Dombau fordern Opfer über Opfer. Dabei ist der Lohn, den die Zimmerer zum Beispiel erhalten, kein höherer, als der an privaten Bauten gezahlt; und wenn die Arbeiter die zu der Gefahr, der sie fortdauernd ausgesetzt sind, in gar keinem Verhältnisse stehende bescheidene Lohnhöhe auf 60 Pf. für

die Stunde verlangen, so müssen sie an dem dereinst der christlichen Menschlichkeit zu weihenden Institut erst ausständig werden. Erst nach hartnäckigem Kampfe haben sich die Unternehmer befanntlich dazu verstanden, wenigstens einen Stundenlohn von 65 Pf. zu zahlen.

Außer den immer noch mangelhaften Abdeckungen, die selbst nach dem gelegentlich des letzten tödtlichen Unglücksfall es erfolgten Auspruch eines Regierungsausschusses noch recht der Verbesserung bedürfen, schreiben die Arbeiter die vielen Unfälle wesentlich dem intensiven Ausbeutungssystem zu, das die Unternehmer am Dombau üben. Es herrscht dort die bekannte Einrichtung der Vormänner, die einen um 2 1/2 Pf. erhöhten Stundenlohn erhalten und dafür die Pflicht haben, die sechs oder sieben Mann, über denen sie stehen, zu möglichst schnellem Schuften anzuhaken. So sieht es an einem evangelischen Kirchenbau aus, den der Staat mit bislang unerhörter Pracht ausführen läßt. Ein Zeitbild, das auch der frömmsten Seele zu denken geben sollte.

Schwindel mit X-Strahlen. Die in einem hiesigen Theater vorgesehene photographische Aufnahme einer Hand „durch X-Strahlen in fünf Minuten“ ist dem „D. Z.“ zufolge ein plummes Handertüschelchen. Am Sonnabend begab sich in Folge der Aufforderung des Mr. Chamblay ein Zuschauer auf die Bühne, um seine Hand photographiren zu lassen. Es wurde der Abklatsch einer linken Hand ohne Ring (nur solche Hände eignen sich für die Aufnahme!) in der angeblichen Kassetten hergestellt und dann nach fünf Minuten dem Publikum als Röntgen-Photographie die Hand des betreffenden Herrn vorgezeigt. Mr. Chamblay hatte aber leider damit nicht gerechnet, daß das „Medium“ ein Sachverständiger war, der sich in der inneren Handfläche zwei Nadeln befestigt hatte, und so war die Befestigung des „Entwicklers“ groß, als der Herr, dessen Hand angeblich photographirt worden war, erklärte, die „Photographie“ sei nicht die seiner Hand, da sonst die Nadeln deutlich ersichtlich sein müßten. Mr. Chamblay suchte durch Ausreden das Bild zu verwischen, wurde aber hieran gehindert, so daß nun das Räthsel der neuen Erfindung als gelöst zu betrachten ist.

Zur Ermordung der Clara Galle wird berichtet: Der von der Kriminalpolizei eingeholte Arbeitsnachweis des „Berliner Lokalanzeigers“, grund dessen die Ermordete etwa eine Stellung gefunden haben konnte, ist auf seinen Inhalt genau geprüft worden und es sind entsprechende Nachforschungen bei sämtlichen derartigen Inserenten angestellt worden. Diese Recherchen haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Galle nicht auf Grund einer Annonce verschleppt worden ist. — Ebenfalls ist die Annahme, daß der Mord von einer Person, welche der G. näher stand, ausgeführt worden sei, gerechtfertigt.

Die Untersuchung gegen die des Gattenmordes verdächtige Wittwe Auguste Scheidner in Rixdorf ist nunmehr geschlossen und sind die Akten der Igl. Staatsanwaltschaft am Landgericht II behufs Erhebung der Klage zugestellt worden. Der mit der Untersuchung der Leichenteile des verstorbenen Töpfermeisters Scheidner betraut gewesene Gerichtsherr Dr. Veltz in Berlin hat sein Gutachten dahin abgegeben, daß nach seiner Ansicht ein Giftmord vorliegt. In der Bauchhöhle der Leiche wurde eine größere Quantität Zink gefunden, woraus geschlossen wird, daß die Vergiftung durch Zinkvitriol erfolgt ist. Vorläufig bleibt die Verhaftete noch bei ihrem hartnäckigen Bekenntnis und versucht neuerdings, Geistesgestörtheit zu simuliren.

Ein Brand in dem Hause des Stern'schen Konservatoriums, Wilhelmstr. 20, alarmirte gestern Morgen 9 1/2 Uhr die Feuerwehr. Im zweiten Stock des Quergebäudes war ein erhebliches Schadesfeuer ausgebrochen und hatte bei Ankunft der Feuerwehr bereits einen größeren Umfang angenommen. Der Feuerwehrmann Nebel, der im Hause wohnt und dienstfrei war, nahm den Brand zuerst wahr. Er drang über die durch den Qualm nahezu unpassirbaren Treppen in die Wohnung ein, rettete eine Frau, welche krank zu Bette lag, und weckte die übrigen Bewohner. Die Arbeit der Feuerwehr, die bald darauf eintraf, leitete Brandmeister Lepold. Der Schaden, der durch den Brand entstanden ist, ist bedeutend, jedoch durch Versicherung gedeckt. Als Entstehungursache nimmt man Unvorsichtigkeit an.

Drei Leichen unbekannter Personen sind gestern in der Spree und in den Kanälen gefunden worden.

Witterungsübersicht vom 18. März 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeresesp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (° C.)
Swinemünde	759	S	4	wolkig	5
Hamburg	757	SSW	3	bedeckt	8
Berlin	761	SSO	2	halb bedeckt	4
Wiesbaden	760	SW	1	bedeckt	9
München	764	SO	3	halb bedeckt	7
Wien	766	Stil	—	Nebel	3
Saparanda	760	SSO	2	bedeckt	—4
Petersburg	760	OSO	2	Schnee	—7
Coet	755	WS	2	heiter	4
Aberdeen	760	SW	1	heiter	4
Paris	758	S	2	bedeckt	8

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 19. März 1896.
Nacht etwas wärmeres, am Tage kühleres, veränderliches, vielfach wolkiges Wetter mit Regenfällen und frischen westlichen Winden.

Kunst und Wissenschaft.

In der Angelegenheit des Schiller-Theaters wird uns von dem Vertreter von Wallner's Erben, Herrn Heinrich Wallner, Schleswiger Ufer 14, geschrieben: Die Differenzen über die Pachtverlängerung mit Wallner's Erben sind nur dadurch entstanden, daß die Direktion des Schiller-Theaters von der bisherigen Pacht einen Nachlaß von mehr als 10 000 M. verlangte. Da die Pachtsumme infolge der früheren miltären Verhältnisse des Wallner-Theaters schon eine sehr geringe ist, konnten die Besitzer auf eine Herabsetzung nicht eingehen. — Es liegen uns verschiedene zumeist sehr günstige Offerten vor, über die wir in kürzester Zeit Mitteilung machen können.

Der Schriftsteller Ernst Wichert vollendete am 11. März sein 65. Lebensjahr und hat deshalb als Kammergerichtsrath von der gesetzlichen Befugnis der Beamten, bei diesem Alter auch ohne Invalditätsnachweis die Versetzung in den Ruhestand nachsuchen zu dürfen, Gebrauch gemacht, um demnach ganz seiner schriftstellerischen Thätigkeit zu leben. Er war im Oktober 1853 in den Dienst getreten und wird zum 1. April d. J. pensionirt.

Bertha v. Suttner's „Die Waffen nieder“ wurde in einer sehr geschickten Dramatisirung von Karl Pauli am Kottbuser Stadttheater zum ersten Male aufgeführt und hinterließ einen starken Eindruck beim Publikum.

Otto Noquette, der Dichter von Waldmeisters Brautsahrt, ist am 18. März in Darmstadt gestorben.

Aus London wird der „Voss. Ztg.“ berichtet: Dem Dr. Hall-Edwards in Birmingham ist es gelungen, die Röntgen-Strahlen ganz durch den Körper eines Erwachsenen dringen zu lassen und das Rückgrat und Rückenmark von vorn abzuphotographiren. Dr. Hall-Edwards ist auch so weit gelangt, mittels der Röntgen'schen Strahlen in Zeitungen verdeckte, mit Siegelwachs umgebene Rängen zu entdecken, wie es häufig geschieht, um etwas Porto zu sparen. Mit seinem Apparat kann er Gegenstände

erkennen, auch wenn sie hundertfach mit Papier umschlungen sind. — Auf dem Gute Gans Hall in Hampshire hat man in einem alten Schrank ein Packet wertvoller Bücher aufgefunden. Unter ihnen befinden sich einige Carton's, die von 1474—94 datiren. Sie sind sämmtlich trotz ihres Alters wohl erhalten. Die Einbände sind aber allerdings etwas von Wärmern jernagt, die Blätter selbst sind aber so weiß und rein, als ob sie eben aus der Druckerpresse kämen. Eine der ältesten Carton'schen Ausgaben ist „Justinians Sam“. Dieses Buch scheint kaum geöffnet worden zu sein. Vor wenigen Jahren erzielte die zweite Auflage dieses Werkes in London einen Preis von 1000 Pf.

Gerichts-Beilage.

Der frühere Amtsdienner, hiesige Restaurateur Heinrich Schmidt aus Rixdorf war befanntlich wegen Ausschreitungen im Amte vom Landgericht II Berlin zu 2 Jahren Gefängnis verurtheilt worden. Hiergegen hatte Schmidt Revision eingelegt und das Reichsgericht hat jetzt derselben insofern stattgegeben, als es das erste Urtheil aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die erste Instanz zurückverwiesen hat.

Aus Münster wird vom Mittwoch berichtet: In dem Prozesse Bedmann wegen des Einsturzes des Spinnergebäudes in Bocholt, bei welchem 22 Personen ums Leben kamen, wurde heute das Urtheil verkündet. Dasselbe lautet gegen Bedmann auf neun Monate Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft. Der Baumeistermeister Hülskamp wurde freigesprochen. Die Ursache des Einsturzes seien die mangelhaften Fundamente gewesen.

Von den Sitten der guten Gesellschaft. Das Duell Seidensticker-Borchert, in welchem der Premierlieutenant Seidensticker getödtet wurde, bildete am 14. d. M. den Gegenstand der Verhandlung vor dem Schwurgericht in Königsberg. Der Angeklagte Gerichtsaffessor Borchert, machte, wie die „Hartung'sche Zeitung“ berichtet, über die Vorgeschichte und den Verlauf des Duells folgende Angaben: Er habe am 2. Februar einen vom kaufmännischen Verein veranstalteten Maskenball besucht. Gegen 4 Uhr morgens sei er nach dem Borsentunnel gegangen, um daselbst einige Erfrischungen einzunehmen. Ein ihm unbekannter Herr — es war dies der Lieutenant Seidensticker —, der mit ihm an einem Tische saß, habe ihn, als er schon im Geben war, in ziemlich derber Weise in das Gesicht gekniffen und ihm zugerufen: „Bringen Sie mir ein Glas Bier!“ Er sei über das Benehmen des Herrn anfangs sprachlos gewesen und habe denselben in erregter Weise zur Rede gestellt, wobei ihm jedoch nur ein wiederholtes höhnisches Lächeln zu theil geworden wäre. Auch sein wiederholtes Anfeuern, die Beleidigung zurückzunehmen, wurde juristisch gesehen. Nunmehr, denn auch jetzt habe der Herr noch nicht reagirt, sei er der Ansicht gewesen, einen nicht satisfaktionsfähigen Herrn vor sich zu haben, und habe infolge dessen den Tunnel verlassen wollen. Unterwegs habe er den Kaufmann Werner, der ihn suchen wollte, getroffen und ihm Mitteilung von dem Gemachten, was geschehen sei. Werner hätte gekühert, daß er, der Angeklagte, eine derartige Behandlungsweise sich nicht gefallen lassen dürfe. Werner habe den Herrn auch angesprochen und demselben gesagt, er verdiene es eigentlich, hinausgeworfen zu werden. Der unbekannte Herr, welcher mit zwei anderen am Tische gesessen, habe auch jetzt noch immer ein höhnisches Lächeln zur Schau getragen. Nunmehr habe er, der Angeklagte, seinen Gegner aufgefordert, den Tunnel zu verlassen und ihm nach der Treppe zu folgen, was auch geschehen sei. Noch im Tunnel habe er, der Angeklagte, in seiner kolossalen Erregung seinem Gegner die Worte „Sammel“, „Louis'mäßiges Betragen“, „Pump“ entgegengeschleudert. Draußen im Flure habe der Gegner ihn aufgefordert, die gefallenen Ausdrücke nochmals zu wiederholen, was er auch gethan habe. Nunmehr hätte er, der Angeklagte, seinen Namen und Stand genannt und ein gleiches auch von seinem Gegner verlangt, was dieser jedoch nicht gethan habe. Auf seine Frage, wo er ihn morgen treffen könne und wer sein Kartellträger sei, habe er nur ausweichende Antworten erhalten. Nunmehr habe er sich in der Absicht, seinen Gegner zu stellen, nach dem Garderobenraum begeben, daselbst auch den Lieutenant Seidensticker angetroffen und ihn aufgefordert, ihm zu sagen, wer sein Kartellträger sei. Daraus habe Lieutenant Seidensticker geantwortet: „Lassen Sie mich in Ruhe. Sie sind ja verrückt!“ Auf diese Aeußerung hin habe er, der Angeklagte, seinem Gegner vier Ohrfeigen versetzt. Er wäre zwar sofort wieder aufgesprungen und hätte sich auf ihn gestürzt, fünf bis sechs Herren wären nun hinzugesprungen und hätten sie beide von einander getrennt. Das eigentliche Rencontre sei damit beendet gewesen. Dann ging das Duell vor sich. Beim vierten Kugelwechsel traf Affessor B. seinen Gegner zwischen die Kehle und erste Rippe. Nach Verlauf einer halben Stunde war Lieutenant S. eine Leiche. Aus der Jugendvernehmung ist nur die Aeußerung bemerkenswerth, welche der Getödtete, Lieutenant Seidensticker, am Morgen nach dem Maskenball zum Lieutenant von Batodi gemacht hat. Er äußerte diesem gegenüber: „Sie können mich tödtlich schlagen, ich weiß von der ganzen Sache nichts!“ Der Vertreter der Anklagebehörde gab zu, daß Angeklagter das Duell, nachdem er einmal zu weit gegangen sei, nicht habe vermeiden können. Es sei zwar das gute Recht des Angeklagten gewesen, Lieutenant S. wegen der groben Beleidigung zur Rede zu stellen, aber unrichtig sei es gewesen, über die Grenzen, welche ihm seine gesellschaftliche Stellung zog, hinauszugehen. Einer schweren Intonsequenz habe sich der Angeklagte dadurch schuldig gemacht, daß er einen Herrn, den er für nicht satisfaktionsfähig hielt, trotzdem in schwerer Weise beleidigte. Die Geschworenen behielten die Schuldfrage im Sinne der Anklage, worauf der Gerichtshof den Angeklagten zu der geringsten gesetzlich zulässigen Strafe von zwei Jahren Gefängnis verurtheilte. Der Antrag der Staatsanwaltschaft hatte auf drei Jahre Gefängnis lautete. — Den Verlust des im Duellmorde umgebrachten Lieutenants Seidensticker wird das Vaterland ja gewiß verschmerzen können. Aber völlig inkrutabel muß jedem Menschen von Gestattung die in diesem abscheulichen Wille vorübergehende Gesellschaft erscheinen, die befanntlich die „gute“ ist und sich zur Stütze von Ordnung, Sitte und den sonst noch vorhandenen heiligen Gütern vornehmlich berufen fühlt. In solchen Erscheinungen wird man gemahnt, daß der Sieg der Sozialdemokratie nicht allein eine soziale, sondern auch eine sittliche Nothwendigkeit ist.

Verfassungen.

Adersdorf. Am 16. d. M. tagte hier bei Wölllein eine öffentliche Volksversammlung behufs Stellungnahme zur Gemeindevorwahlenwahl. In einem kurzen Referat legte Genosse Schmädde den Anwesenden klar, wie wichtig und notwendig es für die Arbeiter sei, sich an der Wahl zu betheiligen; gleichzeitig empfahl Redner den Eigenthümer Laube als Kandidaten der sozialdemokratischen Partei. In der Diskussion wurde zunächst das freisinnige Wahlflugblatt einer Betrachtung unterzogen, wobei festgestellt werden konnte, daß dasselbe mit geringen Abänderungen eine getreue Kopie des bei der vorausgegangenen Wahl vertheilten sozialdemokratischen Flugblattes sei; den Genossen sei daher Vorsicht gerathen, damit sie nicht Opfer dieses Wauernangangs werden. Nachdem sich noch mehrere Redner im Sinne des Referenten geäußert, gelangte folgende Resolution zur Annahme: Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten

einverstanden und verpflichtet sich, für die Gemeindevorstandswahl einzutreten, und dem Kandidaten der sozialdemokratischen Partei zum Siege zu verhelfen. Nach Zusammenfassung eines Wahlkomitees, bestehend aus den Genossen Gullig, Hannemann und Meißner, wurde bekannt gegeben, daß die Wählerliste für jeden Parteigenossen zur Einsichtnahme bei Gullig, Gadenbergstr. 29 ausliegt. Unter Verschiedenem wurde zunächst Genosse Meißner an stelle eines ausgeschiedenen Mitgliedes in die Lokal-Kommission gewählt. Alsdann erstattete Michels Bericht in Sachen des Konfektionsarbeiter-Streiks. Die auf 40 Listen erzielte Einnahme betrug 245,47 M. Die Unterstufungen am Ort beliefen sich auf 22 M. In dem zu gunsten der Arbeiter beendeten Streik bei Luhe wurde eine Einnahme von 160,95 M. erreicht. Die Summe für Unterstufung der Holzarbeiter betrug 65,80 M. 89 M. wurden den Kottbusser Legitimationen überwiesen, während der Rest für Porti, Fahrt zc. verausgabt wurde.

Arbeiter-Bildungsschule. Unterricht Donnerstag: Sächsisch, Waldemarstr. 14; Deutsch, Nordstraße, Wäckerstr. 179a; Dänische Schulbesuchsstelle. Beginn abends 9 Uhr, Schluß 10 1/2 Uhr. Die Schuttdamen sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Zeitschriftenmaterials schon von 9 Uhr an geöffnet.

Arbeiter-Radfahrer-Verein. Donnerstag, den 19. März, abends 8 Uhr, im Restaurant Wille, Andreadstr. 26: Versammlung.

Vermischtes.

Sibirische Kälte. Um zu erforschen, welche Thatsachen den Nachrichten über Rußland zu Grunde liegen, ist bekanntlich von Jakußk aus ein Exkursions mit Schlitten und Hunden nach Ustjanst, am Eismeer südlich von den Neusibirischen Inseln, abgegangen. Von den Schwierigkeiten, die eine solche Expedition zu überwinden hat, kann man sich einen Begriff machen, wenn man sich die Kälteverhältnisse in jenen Theilen Sibiriens vergegenwärtigt. Die „Rölnische Zeitung“ berichtet darüber: Im Gebiete des asiatischen Kälte-

polz, das sich von Kolymsk über Werchojansk bis nach Jakußk hinab erstreckt, beträgt die Durchschnittstemperatur des Jahres - 12° C. Die kälteste bewohnte Stelle unserer Erde ist der Flecken Werchojansk, dessen jährliche Durchschnittstemperatur - 16° ist, doch zeigt das Thermometer in den drei strengsten Wintermonaten, Januar, Februar, März gewöhnlich - 49°, und im Jahre 1885 sind sogar - 69° beobachtet worden. Für solche Temperaturen sind nur Spiritus-Thermometer zu gebrauchen, da das Quecksilber schon bei 40° erstarrt. Im Juli kann das Thermometer in Werchojansk dagegen bis + 15° steigen. In Jakußk beträgt die Mitteltemperatur von Mitte Dezember bis Mitte Februar - 42°. Selbst mitten im Sommer giebt es nur wenige Nächte, in denen es nicht friert. Der Winter beginnt anfangs November, und das Thaumetter tritt im März ein. Ende April beginnen die Birken zu sprossen, aber erst wenn die Lena aufbricht, was mit gewaltigen Krachen geschieht, ist der Frühling als gekommen zu betrachten. In dieser Jahreszeit kann die Temperatur oft von - 10° bis + 20° umschlagen. Unter solchen Temperaturverhältnissen haben die aus Eismeer gefandenen Landstrecken von ungeheurer Ausdehnung zurückzulegen. Hierzu kommen noch gewaltige Schneestürme und Rudel verhungeter Wölfe, die diese Eisflächen gefährden.

Therese Tietjens Millionen. Im Oberlandesgericht (Court of Chancery) zu London ist am Mittwoch, nach zwanzigjährigen Verhandlungen und Verhandlungen, endlich das Testament der berühmten deutschen Sängerin Therese Tietjens, als gültig anerkannt worden. Sie war bekanntlich nie verheiratet und bei ihrem Tode, der im Jahre 1877 erfolgte, hinterließ sie ihr für die damaligen Verhältnisse schon ungeheures Vermögen einem Verwandten, der jedoch drei Jahre vor ihrem Tode plötzlich verstorben und seitdem verschollen ist. Dieser ein Neffe, lebte 1873 in Cardiff (in Wales) und war ein Schiffsladung - (wie ja die Tietjens bekanntlich einer Hamburger Familie von Leichtereignern entstammt)

Im folgenden Jahre gab er seine Absicht zu erkennen, nach Südamerika auszuwandern, ob er dies jemals gethan, kann jedoch nicht festgestellt werden. Seit nahezu zwanzig Jahren haben nun die nächsten Verwandten versucht, das Vermögen, welches inzwischen auf über 20 Mill. Mark angelaufen ist, in die Hände zu bekommen; aber ihre Behauptung, daß Peter Tietjens tot sei und Leibesbesitzer nicht hinterlassen habe, konnte nicht so glaubhaft nachgewiesen werden, daß das Landesgericht sich zur Herausgabe des Vermögens verstanden hätte. Es wurden nun gerichtlicherseits im Auslande Anzeigen und konsularische Nachforschungen angestellt, und am 8. März d. J. erfolgte die Todeserklärung des Erben Peter Tietjens, so daß nunmehr dessen nächste Verwandte in den Besitz des Erbes gelangen können.

Die gesammte Bernsteinabente im deutschen Reiche betrug im Jahre 1894, wie die Wochenschrift „Prometheus“ mittheilt, rund 4400 Zentner, mithin um 1000 Zentner mehr als im Vorjahre. Die Hauptabente stammt aus den beiden der Firma Stantien u. Beder gehörenden Bergwerken Palmnick und Kratzepellen, während der weitaus kleinere Theil, nur etwa 120 Zentner, durch Schöpfen, Waggern und Leßen am Dörfestrande gewonnen wurde. Bei den beiden Bergwerken und in der Hausindustrie waren 1200 Personen beschäftigt.

Briefkasten der Redaktion.

Neukirch i. O. Eingeschriebenen Brief erhalten. Antwort folgt baldmöglichst. Die betreffende März-Nummer konfisziert.

Fichte. Wenden Sie sich an Pfannsch, Hamburg - Elmshüttel, Eichenstr. 4.

A. C. 105. Schreiben Sie an H. Schulz, Schriftsteller; Berlin, Kaiser Franz-Grenadier-Platz 7.

Treuer Abonnent. Kein Professor an der hiesigen Universität gehört zur sozialdemokratischen Partei.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 19. März.
Opernhaus. Bajazzi, Laurin.
Schauspielhaus. 1812.
Deutsches Theater. König Richard III.
Festung-Theater. Comtesse Sudeck.
Berliner Theater. König Heinrich.
Neues Theater. Winterschlaf. Vorher: Ihre erste Liebe.
Residenz-Theater. Hotel zum Freihasen.
Theater Unter den Linden. Die Fledermaus. Hierauf: Divertissement.
Schiller-Theater. Die Kinder der Erziehung.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Hungerleider.
Central-Theater. Eine tolle Nacht.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Selle-Alliance-Theater. Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
Alexanderplatz-Theater. Die kleinen Lämmer. Vorher: Pitts.
National-Theater. Geyer-Wally.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Hausmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Kinder der Erziehung.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Romeo und Julia.

Alexanderplatz-Theater.
Heute 8 Uhr: Zum 149. Male.
Die kleinen Lämmer.
Vaudeville in 2 Akten v. L. Barney.
Vorher: Pitts.
Operette von Hans Löwenfeld.
In Vorbereitung:
Die Musketiere im Damenstift.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Die Geyer-Wally.
Schauspiel in 5 Akten von Wilhelmine von Hillern.
Regie: Max Samst.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Feen-Palast
Burgstraße Nr. 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Heute und folgende Tage:
Neu! **Tourbillions Trio.**
9 1/2 Uhr: Jex Tanisan.
10 1/2 Uhr: Jackley's.
Affenspiele.

Und das Beste: 20 Nummern. Ein-satzions-Prögr.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.
Anfang Sonntags 6 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf.

Adolph Ernst-Theater.
Charley's Tante.
Schwank in 3 Akten von Brandon Thomaz. Repertoirestück des Globe-Theaters in London. In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Vorher: Die Bajazzi.
Parodistische Posse mit Gesang u. Tanz in 1 Akt von Ed. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von F. Roth.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Donnerstag, den 19. März 1896
Emil Thomas als Gast.
Zum 196. Male:
Eine tolle Nacht.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Jul. Freund und Wilh. Mannstädt.
Musik von Jul. Einödshofer.
Anfang 1 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Concerthaus Sanssouci
4a. Kottbuserstr. 4a.
Heute, Donnerstag, den 19. März:
Grosses Doppel-Konzert
der
Stettiner Sängers
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader)
und der 30 Mann starken Kapelle.
Grosses Fest-Programm!
Die schneidigen Franzosen.
Marsch für gr. Orchester von Meysel.
Knorrige Eichen.
Charakterstück für Orchester von Schrader.
Traumbilder-Phantasie.
Zither-Solo: Herr G. Meysel.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf.
Passpartouts u. Freibüchlets haben heute ohne Ausnahme keine Gültigkeit.
Freitag: Victoria - Brauerer.
Cavalleria schufficiana.

Eden-Theater.
Welt-Restaurant
97. Dresdenerstr. 97.
Im vorderen Saal täglich:
Weltberühmte Tyroler - Sängers - Gesellschaft
Almenrausch u. Edelweiss.
Direktion: Alois Ebner.
Entree vollständig frei!
Im Theater-Saal:
Sensationelles März-Programm!
Bestes Ensemble Berlins!
Aussetzen sämtlicher neu engagierter Spezialitäten.
Nur hochkomische Nummern!
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 Uhr.

Urania
Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 7-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Passage - Panopticum.
Von Morgen ab:
Echter Harem.
Aus der heiligen Stadt Kairo.
Haremfrauen und Kinder, Längerinnen, Sängersinnen, Eunuchen und Sklaven.

Castan's Panopticum.
Neu!! Neu!! Neu!!
Die 3 getigerten Grazien!!
aus Central-Afrika,
die neuesten Weltwunder!

Gegründet 1845. Gegründet 1845.
Circus Renz
Karlstrasse.
Donnerstag, den 19. März 1896,
Anfang präzise abends 7 1/2 Uhr:
Novität! Novität!
Kolossaler Erfolg!
Luftige Plätter!
Eigens vom Direktor Franz Renz und dem Großherzoglich Darmstädtischen Hofballmeister August Siems für Berlin komponirt, mit gänzlich neuen technischen Apparaten und Beleuchtungs-Einrichtung. Inszenirte Original-Vorstellung in 2 Abtheilungen mit den Ausstattungs-Divertissements.
Weltstadtbilder!
Aus dem equestrierten Theil des Programms sind hervorzuheben: Der offpreussische Hengst Blondel (Original-Dressur). Hierauf: Monats-Tableau v. 70 der edelsten Freizeitspferde, dress. und vorgeführt von Frau Robert Renz. Austr. des anerkannt besten Schulreiters der Welt Mr. James Pills mit seinem Vollblutspferde Germalin. Einfache und doppelte Baguett-sprünge über Hindernisse, ausgeführt von 12 Ungarn.
Morgen, Freitag und folgende Tage: Novität! **Luftige Plätter.**
Fr. Renz, Direktor, Königl. Kommissionsrath.

I. Rennen in Carlshorst
Jeden Abend das urkomische **Burzelbaum-Zodens-Rennen**
Kaufmann's Variété-Theater
Königsstraße, Colonnaden.
Das neue Programm hat gelacht.
Der singende Hahn C. C. XX-Strahlen
von Stephanis & Behrens.
Hokus, Pokus von Joe Marro.
Charley's Tante v. Max Menzel.
Das Unikum Schindler.
1000 Köpfe hat Räusche.
Spinnrad (Seidenwinde) verk. billig
Brüderstr. 41, v. 3 Tr. b. Balkenholl.

Alcazar.
Variété- u. Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 62/63, Annenstr. 42/43 (City-Passage).
Neu! Familie Schenk - (5 Personen).
Neu! Truppe Marvelli - (6 Personen), darunter d. kleinste u. jüngste Clown der Welt - Alexis -
Geschw. Stazyk - sächs. Orig.-Jug-Duett.
Neu! Schnapphahn, Fink u. Schraubs!
Neu! Posse in 1 Akt v. H. Kanno.
Entree: Sonntag 80 Pf., Anf. 8 U.
Sonntag 50 Pf., Anf. 6 1/2 U.
R. Winkler.

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glök.
Neu! Sensationell! Neu!
Servais Le Roy
die räthselhafte Illusion.
Eugenie Fougère
die unerreichte franz. Excentrique.
Fritzi Ferry
die pikante Wiener Soubrette.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Neuer Circus.
Circus Busch (Bahnhof Börse).
Donnerstag, 19. März, abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Elite-Vorstellung.
Sensationeller Erfolg:
Die Jagd nach d. Glück.
Außerdem: Konkurrenz der Springpferde La Polle und Royalist; zum Schluß: Der phänomen. Sprung über 8 große lebende Pferde. Die Troika, dress. und geritten von Herrn Footitt-Burghardt. Adjuvo, ostpreuss. Hengst, ger. v. Mme. Maria Doré. Zum Schluß der Baguettesprung a. d. engl. Vollblut-hengst Vigilant. Dir. Busch mit seinen großartig dress. Hengsten. Austr. der vorzügl. amerikanischen Kunstfängerinnen Geschwister Powell. Der Clown Mr. Veldoman mit seinem Wunderhund als Klavierpieler. Auftreten d. beliebtesten Clowns.
Freitag: Die Jagd nach dem Glück.
Sonabend: **Gr. Galavorstellung**
zum Benefiz für den Schulreiter Herrn Footitt-Burghardt und Frau Maria Doré-Footitt.
Sonntag, nachmittags 4 Uhr: (Gewöhnl. Preise.) Zscheus, das Waldmädchen. Abends 7 1/2 Uhr: Die Jagd nach dem Glück.

W. Noack's Festsäle,
Brunnenstr. 16,
sind noch an **Sonabend** im Monat April und Mai zu vergeben. 3486

Th. Boltz' Festsäle,
S., Alte Jakob-Strasse 75.
Amt I, 1032. 4501 L.
Empfehle meine Säle zur Abhaltung von Festlichkeiten und Versammlungen zu toulantesten Bedingungen.

Unerreicht billig!!!
Gardinen
in großer Auswahl, crême und weiss,
das Fenster v. 2,00 M. an, empf. das älteste Teppich-, Gardinen-, Möbelstoff- u. Portiären-Gesch. Berlins.
Berlin C., Königsstr. 26, (Ede Klosterstr.)
Otto Büchler,
Versandt-Abtheilung D.

Wäschepind, Schlaf-Matrasen, Küchensachen sofort billig (39b Reichenbergerstr. 160, v. I. Behring.
Mischelmöbel, spottbillig veräußert, Rosentalerstr. 4, III L., Bildhauer. 312b

Brockhaus' Meyer's
Lexikon, Fremd's Thierleben, Welt-geschichten, Bücher, ganze Bibliotheken lauft Antiquariat Kochstr. 56, I. M
Wo speisen Sie?
Pommersche Küche
Oranienstr. 181.
Mittag mit Bier 50 Pf. Gr. Aus-wahl. Abendessen von 30 Pf. an.
Sonntag u. Sonntag: Musik. Unterhalt.

Belforterstr. Nr. 5
Stube und Küche für 216 M., Stube, Kammer und Küche für 270 M. per 1. April d. J. zu vermieten.
Frdl. saub. Zimmer als Schlafstelle für 1 Herrn sof. oder später Solms-strasse 9, S. 1 Tr. I. 301b
Wbl. Schlafst. f. S. Rantenerstr. 50, v. I. r.

Arbeitsmarkt.
Achtung! Metallarbeiter!
Sämtliche Arbeiter der Eisenmöbelfabrik von **Carl Schulz**, Hasenhaide Nr. 9, haben die Arbeit niedergelegt. Zugung ist fernzuhalten.

Achtung! 178/3
Ziegler Nidors u. Umgegend!
In der Bautischlerei von **Mark**, Firma **Müller**, Hermannstraße 199, haben sämtliche Kollegen wegen Zurück-ziehung des bewilligten Tarifs die Arbeit niedergelegt. Vor Zugung wird gewarnt.
Korbmacher auf Bambus, hoher Lohn, verl. sof. R. Zanfan, Kleinbeerstr. 24.
Gesucht wird ein Meister für Erd- und Mineralfarben - Fabrikation, **Knorr's Hotel**, Georgenstraße, gegenüber Bahnhof Friedrichstraße, Zimmer 22.
Von 7 bis 9 Uhr abends. 315b

Eine Näherin,
welche schon auf Hosen, Damen-Mäntel und Jackots gearbeitet hat, findet in Altenburg, S. A., bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung. Reisegeld wird zugesendet. Gesl. Offerten unter Angabe der Gehaltsansprüche und der bisherigen Thätigkeit an H. Käppler, Altenburg, S. A., erbeten.

Ein Pressvergolder,
der auf eigene Hand etwas wirklich Hübsches in gepresst Schildern herstellen kann, findet Platz bei
B. Nielsen,
Linnésgade 18, Kopenhagen K.
Baroqu - Vergolderinnen
verl. Kottbusser Damm 100. 354b

Vergolder-Lehrling (Bj. Lehrzeit) Kost u. Schlafen b. Meister, verlangt Admiralstr. 7.
Schneider-Lehrling verl. Michaeli, Leipzigerstr. 30. 352b
Verfälscher u. Verfälscherin w. verl. Hugo Naucke & Co. 347b

20 Steinmehlen
sotort gesucht. 88/5
Rathenow. Kunst-Sandsteinwerk in Rathenow a. H.

Abgeordnetenhans.

45. Sitzung vom 18. März. 11 Uhr.

Am Ministerische Landwirtschaftsminister Freiherr von Hammerstein und Kommissarien. Eingegangen ist der Antrag Krenndt und Genossen betr. die Verfestung eines festen Verhältnisses zwischen Silber und Gold.

Das Haus setzt die Besprechung der Interpellation Ring betr. Maßregeln gegen die Einschleppung von Viehseuchen.

Abg. v. Mendel-Steinfeld (L.): Die Versprechungen der Regierung haben sich nicht erfüllt; wir sind heute noch so verseucht, wie vor fünf Jahren. Seit jener Zeit hat die Landwirtschaft durch die Maul- und Klauenseuche allein etwa 1 Milliarde eingebüßt. (Hört, hört!) Wo ist ein anderes Gewerbe, das ähnlich geschädigt worden wäre. In Holland und Dänemark ist die Verseuchung allerdings noch größer als bei uns und darum müssen wir uns gegen die Einfuhr von dort schützen, auch im gesundheitlichen Interesse unserer Bevölkerung. Das durch energische Spermaßregeln Abhilfe zu schaffen ist, haben wir bei der Rinderpest, Schafräude und Rostkrankheit gesehen. (Sehr richtig!) Es ist der Fehler der Handelsverträge, daß wir unseren politischen Interessen unsere wirtschaftlichen zum Opfer bringen, während man auch dem politischen Freunde gegenüber sein wirtschaftliches Interesse wahren kann. (Sehr richtig!) Wichtiger als die Interessen einzelner Gänsezüchter sind die Gefahren der gesammten Landwirtschaft, die aus den russischen Gänsetransporten erwachsen. Wenn die städtische Bevölkerung keine Gänse hat, wird sie kalbfleisch essen und der kleine Landmann wird dann wieder anfangen, Gänse zu mähen. Auch für die Seuchenforschung sollten besondere der Landwirtschaft, nicht den allgemeinen wissenschaftlichen Zwecken dienende Anstalten errichtet werden. Nicht bloß gegen die Einschleppung der Seuchen, sondern auch gegen die Einfuhr verdorbenen Fleisches müssen wir uns schützen. Wir müssen die Verlängerung der Quarantäne verlangen, denn wir wissen heute, daß die Inkubation der Lungenseuche 14 Tage gebraucht, 10tägige Quarantäne nicht genügt. Auch gegen die Rothlaufseuche der Schweine sollten energische Impf- und andere Verfestungsversuche unternommen werden. (Beifall.)

Minister Frhr. v. Hammerstein: Die Ursachen der stärkeren Verseuchung sind nicht in der Vernachlässigung der Ueberwachung, sondern in der Vermehrung des Verkehrs zu finden. Das Ansehen der Staatsregierung nach außen wird nicht gefördert, wenn sie Maßregeln trifft, für welche sie die Gründe nicht beweisen kann. So lange wir nicht eine chinesische Mauer errichten, sind Fälle von Einschleppung durch Schmuggel und dergl. nicht ganz zu vermeiden. Die Behauptung, Dänemark sei verseucht, steht im Widerspruch mit den amtlichen Ermittlungen. Danach ist in Dänemark die Veterinärpolizei gut, noch besser ist sie in Holland, von wo wir die Handhabung derselben erst gelernt haben. Es stehen bei uns eine ganze Reihe von Instituten in Verbindung mit der Veterinärpolizei, die Gründung eines neuen Instituts halte ich deshalb für entbehrlich. Gegen die zwangsweise Impfung mit Tuberkulin haben sich zahlreiche Stimmen erhoben; diese Leute fürchten, daß sich ein erschreckender Umfang der Tuberkulose herausstellen würde. Herr Mendel fordert ganz unverfroren die Spernung der 5 Millionen russischen Gänse; von zahlreichen Landwirthen wird das Gegenteil gefordert. Geden Sie sich doch vor übertriebenen, unerfüllbaren Forderungen. (Beifall.)

Regierungskommissar Geh. Rath Meyer: Unsere Veterinärpolizei funktioniert durchaus gut.

Abg. Gothein: (fr. Vg.) Für uns ist die Frage der Seucheneinschleppung keine politische, sondern lediglich eine technische Frage, wir verwahren uns dagegen, daß die Veterinärpolizei angewendet werden soll, um höhere Fleischpreise für unsere Viehzüchter zu erlangen.

Nach längerer weiterer Debatte schließt die Besprechung der Interpellation.

Das Haus erledigt sodann Wahlprüfungen und Petitionen nach den Kommissionsanträgen.

Nächste Sitzung morgen 11 Uhr: Gesetz betreffend die Richtergehälter.

Schluß 4 Uhr.

Gerichts-Beitung.

Eine Freisprechung wegen Uebertretung des § 153 der Gewerbe-Ordnung und Mißhandlung erzielte der Tapezierer Hermann Moskopf vor der 136. Abtheilung Amtsgerichts I.

Die Märzfeier im Friedrichshain.

Ein echtes Frühlingswetter, welches sich nach den Märzstürmen, die noch kurz vordem die Natur durchbraut hatten, einstellte, begünstigte die Gedenkfeier, welche das Berliner Professariat den Märzgefallenen am gestrigen 18. März im Friedrichshain wiederum veranstaltet hatte. Warmer Sonnenschein schüttete sich aus über das erwachende Grün, ein belebender Benzeseuchhauch umschloß die wiederum zu tausenden erschienenen Friedhofbesucher und koste mit den roten Schleifen und Blumen der Kränze, welche auf den Gräbern der Kämpfer für Freiheit und Recht, den Opfern der Märzstürme des Jahres 1848, durch Arbeiterdeputationen niedergelegt worden waren. Zwar fehlten diesmal unter den Kränzen manche, die sich sonst eingereiht hatten in den proletarischen Gräberschmuck — es fehlten z. B. die Kränze der geschlossenen Arbeitervereine, der aufgelösten Frauenorganisationen, der Freien Volksbühne u. a. — doch waren ihrer kaum weniger geworden; die Zahl dreihundert dürfte voll geworden sein. Entschieden zugunommen hatte aber die Pracht der einzelnen Spenden. Ein edler Wettstreit war unter den Stiftern der Kränze entbrannt, geschmackvolles und werthvolles zu liefern. Der Kranz des Arbeiter-Sänger-Bundes in gewohnter Größe und prachtvoller Ausstattung behauptete seinen alten Platz links am Friedhofs-Eingang. Seine Widmung lautete diesmal: „In treuer Liebe zur Freiheit durchglüht, ein heiliger Schwur, das sei unser Lied“. In endloser Folge schlossen sich diesem die ausdrucksvollen Zeichen treuen Gedenkens an, aus denen wir nur einige hier besonders nennhaft machen wollen. Die Sozialdemokratie Berlins widmete einen herrlichen Kranz „Unseren im Kampfe gefallenen Brüdern“. Auch die Polnischen Sozialdemokraten, wie auch einzelne Wahlkreise und der neu gegründete Sozialdemokratische Arbeiterverein Vorwärts Berlin waren durch Kränzen in würdiger Weise vertreten. Die sozialdemokratischen Stadtvorordneten ließen im Laufe des Vormittags ebenfalls einen Kranz niederlegen, ebenso die sozialdemokratischen Frauen und Mädchen Berlins. Auch die sozialdemokratischen Frauen Berlins und der Umgegend hatten es sich nicht nehmen lassen, einen Kranz zu stiften, dessen Widmung indessen der polizeilichen Zensurbehörde zum Opfer fiel, welches Schicksal

Der Angeklagte hatte in der Fabrik von Jacob u. Braunsisch, Alexanderstr. 27 a, bis Anfang Februar d. J. gearbeitet und infolge eines ausgebrochenen Streiks die Arbeit niedergelegt. Am 14. v. M. traf er mit dem Kollegen Horst zusammen, der inzwischen in der genannten Fabrik eingetreten war. Beide geriethen deshalb in Wortwechsel, Horst wurde als Streikbrecher bezeichnet und soll sogar mißhandelt worden sein. Der Vorfall gelangte zur Kenntniß des Werksführers und dieser theilte ihn den Prinzipalen mit, welche nun Strafanzeige erlitten. Horst blieb auch im Termine bei seinen früheren Angaben, denen der Staatsanwalt schon aus dem Umstande vollen Glauben schenkte, weil dritte Personen denunziert hätten. Er beantragte 1 Woche Gefängniß. Rechtsanwält Dr. Herzfeld hielt die Uebertretung des § 153 nicht für erwiesen, weil die Schlägerei keinesfalls zu dem Zwecke entstanden war, um den Zeugen zur Arbeitsniederlegung zu zwingen, sondern höchstens eine Folge des Wortstreites war. Aus diesem Grunde beantragte er prinzipaliter die Freisprechung. Der Gerichtshof trug nach längerer Beratung kein Bedenken, daß der Zeuge mit seiner Aussage sehr zurückhaltend und die Strafanzeige sicherlich erst durch den Druck der Prinzipale, sowie ferner unter dem Druck der anderen Kollegen erfolgt war. Der Staatsanwaltschaft mußte es daher überlassen werden, ein anderes Beweismaterial heranzuziehen. Die Aufreizung erschien nicht genügend aufgeklärt, weshalb die Freisprechung auf Staatskosten erfolgen mußte.

In einem Termin gegen „Unbekannt“, der am gestrigen Tage vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I stattfand, wurde über einen „Ueberrfall auf der Stadtbahn“ verhandelt. Vor einigen Wochen geschah es mehrere Male an hintereinander folgenden Tagen, daß eine junge Dame, welche die Ringbahnstrecke besuhr, von einem während der Fahrt ins Koupee eingekletterten Manne, welcher die Uniform eines Bahnbeamten trug, belästigt wurde; der Eindringling verließ aber stets den Train vor Einlaufen in die nächste Station. Als die Angelegenheit ruckbar wurde, hatte die Direktion der Stadt- und Ringbahn sofort eine Untersuchung eingeleitet und es richtete sich der Verdacht der Thäterschaft auf einen höheren Betriebsbeamten. Da dieser jedoch die ihm zur Last gelegte Schuld energisch bestritt, auch in der Lage war, sein Alibi zu beweisen, so hatte die Bahnverwaltung bei Gericht die Eröffnung des Verfahrens gegen Unbekannt beantragt. Nachdem bereits schon einmal ein Termin stattgefunden, wurde auch gestern wieder contra Unbekannt verhandelt und der Prozeß, da der Thäter nun einmal nicht gefunden werden kann, damit beendet.

Die Affäre Ruckser-Barlen in Düsseldorf hat, wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, nochmals die Gerichte beschäftigt. Bekanntlich war Kaufmann Barlen, weil er den Ersten Staatsanwalt Ruckser in Bochum in einem Briefe des wiederholten Malen beleidigt hatte, von der Bochumer Strafkammer zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt worden. In der „Düsseldorfer Bürger-Zeitung“ bezeichnete Redakteur Stratmann Urtheil und Leitung der Verhandlung als partiell und druckte zugleich den Brief an Ruckser in einem Flugblatt ab. Die Folge war ein Doppelprozeß gegen den Redakteur Stratmann und Kaufmann Barlen wegen Beleidigung der Mitglieder der Strafkammer des Landgerichts und namentlich des Vorsitzenden, Landgerichts-Direktors Wolf, und gegen Barlen außerdem wegen Beleidigung des ersten Staatsanwalts Ruckser, jetzt in Stendal. Heute kam dieser Prozeß hier zur Verhandlung. Da der von den Angeklagten angebotene Wahrheitsbeweis nicht gelang, wurden sie verurtheilt: Stratmann zu 2. Barlen zu 9 Monaten Gefängniß. Erster Staatsanwalt Ruckser ist übrigens wegen Beleidigung des Kaufmanns Wilhelm Barlen zu 60 M. Geldstrafe verurtheilt worden.

Wegen vollendeter und versuchter Erpressung in je einem Falle hatte sich, wie wir gestern bereits kurz meldeten, in zweitägiger Verhandlung vor dem Landgericht in Leipzig der frühere Premierlieutenant und jetzige Rechtsanwält Dr. Karl Alexander Konrad Friedrich, und wegen Beihilfe zu der einen Erpressung dessen Bureauvorsteher August Bruno Denhardt zu verantworten. Die Untersuchung war auch auf eine von Friedrich verübte Freiheitsberaubung und auf eine gegen seine Schwiegermutter, die verwittroete Kraft verübte Erpressung ausgedehnt worden, es ist aber wegen dieser beiden Delikte keine Anklage erhoben worden. Friedrich befindet sich seit 17. September v. J. in Untersuchungshaft, aus der er trotz des Angebots einer Kaution in Höhe von 100 000 M. nicht entlassen wurde. Während Friedrich als Lieutenant in Stralsburg bis 1881 beim 47. Infanterieregiment diente, hatte er mit der ledigen Marie Bredigam-Kobel ein Liebesverhältniß, aus dem zwei Knaben entsprossen. 1882 verlobte sich Friedrich

übrigens noch etliche zu theilen hatten. Einen Kranz von ganz außerordentlicher Größe, für welchen wie beim Arbeiter-Sängerbunde ein besonderes Gestell erforderlich war, überbrachte eine Abordnung der Genossen und Genossinnen des Niederbarnimer Reichstags-Wahlkreises. Vertreten waren ferner die Parteigenossen von Rixdorf, von Charlottenburg, die Genossen von Mariendorfs und Tempelhof sowie die Sozialdemokratie von Adlershof, deren Kranz die folgende Widmung trug: „Des Volkes Freiheit und seine Rechte galten höher als das Leben Euch, damit die Menschen keine Knechte werden, sondern alle gleich.“ „Den Opfern im Kampfe für die Freiheit“ hatte der Vorwärts einen Kranz gewidmet. Ihm reihte sich ein solcher von der Redaktion und dem Verlag des „Sozialistischen Akademikers“ an. Das Personal der Buchdruckerei von Max Wading hatte ebenfalls wieder einen werthvollen Kranz gestiftet, welcher folgende Widmung trug: „Im Kampfgewähl, im Sturmesdrang für Recht und Freiheit sterben, ist schon wie Sonnenuntergang, ist glücklich Ruhmeserben.“ Die großen Maschinenbau-Anstalten und Fabriken hatten auch diesmal wieder ihre prächtigen Spenden gesandt, so die zielbewußten Arbeiter der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, mehrere Arbeiter der Hoppe'schen Maschinenfabrik, Reyling u. Thomas mit dem Wahlprüch: „Arbeiter organisiert Euch, nur so gelangt Ihr zur Freiheit“, Siemens u. Halske, Schwarzkopf u. Co. Auch Arbeiter der Fabrik von Ludwig Löwe u. Co. in Martinikendel hatten „den Kämpfern von 1848“ einen Kranz gewidmet „trotz Einführung des amerikanischen Ausbeutungssystems“. Die Beeremann'sche Fabrik hatte ihrem Kranze folgende Widmung beigelegt: „Nicht betteln, nicht bitten, nur müthig gestritten! Nie kämpft es sich schlecht für Freiheit und Recht!“ Die „Zielbewußten“ von Worsig reihten sich den anderen würdig an; als Kollektiv-Kranz konnte der des Berliner Metallarbeiter-Verbandes gelten. Von Gewerkschaften, Lese- und Diskussionsclubs, Bildungsvereinen, gefelligen Vereinen, vom Raucherbund, vom Bund der gefelligen Arbeiter-Vereine u. waren Kränze in reichlicher Zahl zur Stelle. Unter der Pracht und Größe des Gebotenen wirkten besonders eigenartig der Kranz

mit einem Fräulein Kraft, wurde nach Zwidan zum 188. Infanterieregiment versetzt und verheiratete sich hier, seine erste Braut verlassend. Diese veranlaßte ihn durch den Konfulenten Fink in Rehl, sein Wort, zur Unterstüßung der Kinder beizutragen, einzulösen; am 16. Juni 1882 stellte Friedrich ihr dann eine Urkunde aus, nach der er sich zur Zahlung von 10 000 M., zahlbar in halbjährlichen Raten von 200 M., verpflichtete. Die B. heirathete später den Sergeanten Kleine und dieser ließ die Kinder auf seinen Namen schreiben. Der mittlerweile zum Eisenbahn-Betriebssekretär ernannte Kleine kam durch Krankheit, Todesfall u. s. w. in Schulden und wollte deshalb von Friedrich möglichst die ganze Restsumme haben. Er kam deshalb am 24. Juni 1894 nach Leipzig um mit Friedrich zu unterhandeln. Bei dieser Gelegenheit zeigte er auch das Standesamtsdokument, nach dem er die Kinder auf seinen Namen hatte schreiben lassen, ohne sich als Vater derselben zu bekennen. Friedrich bezichtigte ihn nun, diese Standesamts-Urkunde gefälscht zu haben, beschimpfte Frau Kleine und die Kinder und drohte, Kleine sofort verhaften zu lassen. Er wollte ihn aber gnädig der mehrjährigen Gefängnißstrafe entziehen, wenn er mit ihm ein Abkommen treffen wollte. Der durch die Verhandlung mit Friedrich und dessen Aufstößen eingeschüchterte Kleine, der sich keine strafbare Handlung hat zu schulden kommen lassen, ließ sich denn auch überdöppeln und unterzeichnete eine Urkunde, nachdem er 150 M. sofort und weitere 1150 M. bis zum 31. Dezember 1894 zur Bedienung seiner Schulden erhalten sollte, wenn er auf die Restforderung der 10 000 M. verzichtete und die Papiere herausgab. Der zweite Fall betraf den Fahrradhändler und Kunstradfahrer Arthur Klarner. Dieser hatte, als er der Frau Friedrich das Zweirad fahren lehrte, mit ihr verbotenen Umgang gepflogen. Friedrich bestellte ihn deshalb am 9. August 1894 nach seiner Expedition, ließ von seinem Bureauvorsteher die Thüre abschließen, und veranlaßte Klarner durch Vorhalten eines Revolvers, ein Geständniß über den Verkehr mit seiner Frau abzulegen. Am 13. August 1894 nöthigte er dann Klarner, einen Wechsel über 5000 M. zu akzeptieren. Diesen Wechsel setzte zwar Friedrich in Umlauf, er wurde aber von Klarner nicht eingelöst. Friedrich ist vernehmend und als Besitzer des Rittergutes Dummlich bei Altenburg eingetragen. Die Verhandlung wurde, soweit sie den Fall Klarner betraf, unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt. Friedrich wurde wegen Erpressung in zwei Fällen in einem Jahr acht Monaten Gefängniß und dreijährigem Ehrverlust verurtheilt. Zwei Monate wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet. Denhardt wurde freigesprochen.

Gewerkschaftliches.

Die Schuhmacher Verkins gestern früh in den Streik getreten, um den Neunhunderttag und eine procentuale Lohnerhöhung zu erlangen. 10 Firmen, darunter einige größere, haben bereits bewilligt. Näheres über die Bewegung finden die Leser in dem in heutiger Nummer veröffentlichten Versammlungsbericht.

Den Zahlstellen des Verbandes der Zimmerer in der Provinz Brandenburg zur Nachricht, daß der erste Provinzial-Verbandstag Montag, den 6. April (2. Osterfeiertag) von vormittags 10 Uhr an in Charlottenburg im Lokale „Bismarckshöhe“, Bismarckstr. 39, abgehalten wird. Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Wahl einer Mandatsprüfungs-Kommission; 2. Bureauwahl; 3. Bericht und Rechnungslegung über die bisherige Agitation; 4. Beratung und Beschlußfassung über eingegangene Anträge; 5. Die fernere Gestaltung der Agitation in der Provinz Brandenburg euent. Wahl einer Kommission und Bestimmung des Sitzes derselben. Anträge, sowie die Adressen der Delegirten sind bis spätestens den 29. März an C. Siehr in Berlin NW., Beußelstr. 25, Kuertweg, II. einzufenden. Wir ersuchen sämtliche Zahlstellen, wo es noch nicht geschehen, unverzüglich die Delegirtenwahlen vorzunehmen. J. A.: J. Weissow, Berlin SO., Baldemarstraße 68.

NB. Mandate werden nicht zugesandt; die betreffenden Ausweise der Delegirten müssen den Verbandsstempel tragen.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter Brandenburgs werden um Abdruck gebeten.

In Erfurt ist bei dem Hoflieferanten Blume ein Aufruch der Mafschneider ausgebrochen.

In Kolberg sind die Maurer in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen 10stündige Arbeitszeit und 35 Pfennige Stundenlohn.

Die Holzarbeiter Bielefelds haben sich mit den Stellmachern über folgende Punkte geeinigt: Die

der streikenden Maler und Berufsgeossen, sowie ein schlichter Kranz der Arbeitslosen. Gewissermaßen als Spezialitäten können gelten die sozialistischen Studenten, welche ihren Vorläpsern einen Kranz gewidmet hatten, die freien Turner Berlins, die rothen Ruderer Berlins, die rothen Buchbinder aus der Grünstraße, der Arbeiter-Radsfahrer-Verein Solidarität, ferner die Steintträger des Vaues Lorchingstraße 19b, die Gäste aus dem Lokale Gräsestraße 8, die Stammgäste der Wäntz'schen Restauration, Brandenburgstraße 18, der Pflanzerverein Südost und die zielbewußten Arbeiter. Die Anarchisten waren mehrfach vertreten und hatten schwarze Kränze gestiftet. Die Widmung der Anarchisten Berlins lautete einfach: „Den Märzgefallenen“, die Widmung der Anarchisten Kummelsburgs war polizeilich abgeknitten, der Lese- und Diskussionsclub „Freiheit“ Rixdorf sowie die Freie Vereinigung der Metallarbeiter Berlins und der Umgegend hatten jedwede Widmung verschmäht. In schwarz-roth-goldenen Farben prangten die Kränze des Berliner Arbeiter-Vereins, des Deutsch-freiwilligen Arbeitervereins und des Vereins Walded. Die Beschäftigung der Kränze erfolgte in bekannter Weise. Im Böhmischen Brauhause war ein starkes polizeiliches Aufgebot stationirt, im weiten Umkreise des kleinen Friedhofes erglänzten die Helmspitzen der Schulleute in den Strahlen der freundlichen Frühlingssonne. Zum Ueberflusse waren auch noch verschiedene Wege im Friedrichshain in der Nachbarschaft des Friedhofes für das Publikum abgesperrt. Ueber den Zweck dieser Maßregel sind wir nicht informiert. Begreiflich ist es, daß die Inhabitate der ruhmreichen Kämpfer bis zum abendlichen Schluß von Besuchern nicht leer wurde. Die „Ordnung“ wurde in keiner Weise gestört und wäre nicht das auffallend starke Aufgebot der bewaffneten Macht gewesen, so hätte der Friedrichshain gestern ein höchst friedliches Bild geboten. Auch an jenen zweifelhaften Elementen, welche derartige Gelegenheiten gerne benutzen, um „einen Ton loszulassen“, fehlte es erfreulicherweise und so nahm die gestrige Märzfeier im Friedrichshain einen derart würdigen Verlauf, wie es einer sozialdemokratischen, disziplinierten und aufgeklärten Arbeiterschaft ziemt.

Müsse den von Innungsmitgliedern beschäftigten Gesellen die Teilnahme an der Begründung und Verwaltung aller Innungseinrichtungen eingeräumt werden, für welche sie Beiträge entrichten, oder welche zu ihrer Unterhaltung bestimmt sind. Ihre Nachweise habe sich die Germania im Gegenzug zu dieser Bestimmung zugelegt, ohne die Vertretung ihrer Gesellen bei der Begründung zuzulassen, obwohl die Gesellen, und noch dazu die Arbeiter, die Kosten tragen müßten. (Der Verleser muß für das Einschreiben 1 M., der Knecht 75 Pf., und der Gehilfe 50 Pf. zahlen.) Man werde die ungescheitlichen Nachweise verschwinden lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Herren hätten sich sogar erdreistet, eine schwarze Liste einzuführen, die ihm, Redner, ein gültiges Geschick in die Hand gewetzt habe. (Heiterkeit.) Redner verliest die darin enthaltenen Namen derjenigen, welche von den famosen Arbeitsnachweisen der Innung überhaupt nicht mehr in Arbeit gebracht werden sollen und auch diejenigen, welche zeitweilig auf den Index gesetzt worden. Redner glaubt nicht, daß die Sprechenden aus eigenem Antriebe sich die Liste aufgestellt hätten, ganz sicher sei das Innungswerk. Redner wendet sich auch gegen die Meinung, daß die Innung die Arbeitsuchenden, bevor sie eingestellt werden, durch ihre Ärzte prüfen läßt, ob sie auch vollkommen gesund seien, und daß je nach dem Gutachten die Anstellung erfolge oder nicht. Die Abgewiesenen würden ebenfalls den Kommissionären sich zuwenden. — Seinerzeit habe die Gewerbe-Deputation des Magistrats eine Petition der Gesellen, einen städtischen Nachweis für Bäcker einzuführen, mit Hinweis auf die Bemühungen abgewiesen, welche die Innung Germania sich hinsichtlich der Befreiung ihres Nachweises machte. Das sei eine Sanktion desselben, mit der die Bäcker-Gesellen durchaus nicht zufrieden sein könnten. In einer Resolution wendet sich hierauf die Versammlung in sehr entschiedener Weise gegen die von der Innung unterhaltenen Arbeitsnachweise und forderte den Vertrauensmann auf, behufs Revision der fraglichen Arbeitsnachweise bei der Gewerbe-Deputation vorstellig zu werden. Zum Schluß seines Referats trat Scholz mit warmen Worten für den Anschluß an die bestehenden Organisationen (Fachverein und Verband) ein. Mit dem kleinen Häuflein von organisierten Berliner Bäckern ließen sich Mühsal, wie die geschickten, nicht wirksam bekämpfen, und vor allem hätten sich die Bäcker-Arbeiter schon deswegen ein strammes Rückgrat in den Organisationen zu schaffen, weil die Durchführung des Maximalarbeitstages, mit der sich eine weitere öffentliche Versammlung befassen werde, ein solches durchaus erheische. Die Verordnung des Bundesrats gewährte nicht die notwendige Kontrolle seiner Anwendung und deshalb müßten diese die Gesellen in die Hand nehmen, und da

würde es Maßregelungen in Halle und Jalle geben, wenn nicht eine mächtige Organisation vorhanden wäre. (Anhaltender Beifall.) Die Debatte führte eine große Anzahl Redner auf die Tribüne, die allesamt sich im Sinne der Ausführungen Scholz' äußerten.

Der deutsche Bäckerverband hielt am 10. März eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Nach Erledigung der regelmäßigen Monatsgeschäfte vollzog die Versammlung die Neuwahl des gesamten Vorstandes, die folgendes Resultat ergab: 1. Vorsitzender Sandhoff, 2. Vorsitzender Böhm, Kassierer Zempel, Hilfskassierer Barfelle und Benz, Schriftführer Witsche und Alder. Zu Revisoren wurden ernannt Klein, Briesborn und Gyrshorn, zum Bibliothekar Höpfer. Alsdann diskutirte man über die Einleitung einer zweimähtigen Agitation für den Verband in diesem Jahre. Allgemein wurde anerkannt, daß bei Inkrafttreten des Maximal-Arbeitstages es ganz besonders einer guten Organisation bedürfte, wenn das Gesetz nicht bloß auf dem Papier stehen soll. Die Bäckermeister sind immer noch an der Arbeit, gegen den Maximal-Arbeitsstag Stimmung zu machen. Wie in der letzten Nummer der Meister-Zeitung zu lesen ist, glauben die Meister, daß der Bundesrat nicht die Befugnis habe, ein derartiges Gesetz zu erlassen. Es wurde alsdann bekannt gegeben, daß am 12. April das Stiftungsfest des Verbandes in Keller's Gefäßfabrik stattfinden wird.

Die in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen waren am Dienstag im Lokale „Königsbau“ in einer von über 2000 Personen besuchten Versammlung erschienen, um über die fernere Gestaltung des Streiks zu beraten. Die Vertrauensmänner berichteten zunächst über die Lage in den einzelnen Fabriken; dem ist zu entnehmen, daß bereits sämtliche Forderungen in zehn Fabriken bewilligt sind, darunter befinden sich die Fabriken von Melnik, Himmelreich, Fisch u. Dallach, Oppenheim u. a. In mehreren Fabriken, so bei Fürstheim, Leony, Dienstmann, steht die Bewilligung bestimmt zu erwarten. Einzelne Fabrikanten sollten die Lohnforderungen gewähren, nur lehnten sie den neunständigen Arbeitstag ab, weil jeder Fabrikant, wie sie behaupteten, 3000 M. Konventionalstrafe an den Ring zu bezahlen hätte, der den Neunstundentag einführt. Pappe ist jedoch von Herrn Fürstheim, dem Schriftführer des Ringes, autorisiert worden, in der Versammlung zu erklären, daß ein derartiger Beschluß nie gefaßt worden ist und alle dahin gehenden Behauptungen der Fabrikanten auf Grundlos beruhen. Pappe vertritt namens der Fürstheim'schen Arbeiter den Standpunkt, daß man den Neunstundentag nicht so plötzlich fordern dürfe. Die Einstellung neuer Arbeiter werde durch Ein-

führung des Neunstundentages bedingt. Man hätte den Fabrikanten Zeit lassen müssen, ihre Räume zu vergrößern. Da dies nicht geschehen, wird in einzelnen Fällen gerade die Hausindustrie gefördert, was man verhindern müsse. Selbstverständlich ist es jedoch, daß, wenn die Versammlung heute beschließt, den Neunstundentag zu fordern, auch die Fürstheim'schen Arbeiter sich diesem Beschlusse unterwerfen. Mauer theilt mit, daß der Fabrikantenverein ihm auf sein Schreiben geantwortet habe, daß nicht eher verhandelt werden könne, bis die bei den Vereinsmitgliedern schwebenden Streiks beigelegt sind. Nach längerer lebhafter Diskussion, in der König, Würzburg, Schulz, Wagner, Hildebrandt noch für den neunständigen Arbeitstag eintraten, gelangt folgende Resolution zur Annahme:

Da der Verein der Schuh- und Schäftefabrikanten das Zugeständnis, zu unterhandeln, von der Beilegung der anhängigen Streiks abhängig macht, was die Versammlung einer Abstimmung gleich erachtet, beschließt die heutige Versammlung, über alle mechanischen Schuhfabriken, welche die neunständige Arbeitszeit nicht bewilligt haben, von morgen ab den Streik zu verhängen. Die Arbeiter derjenigen Fabriken, in welchen die gestellten Forderungen bewilligt sind, verpflichten sich, 10-15 pCt. ihrer Einnahme an den Streikfonds abzuführen. Den Arbeitern der Hüttschuhfabriken sowie den Arbeitern in der Ballschuhbranche bleibt die Durchführung der neunständigen Arbeitszeit in einer günstigeren Zeit überlassen.

Nachdem noch Hildebrandt die Anwesenden aufforderte, sich allesamt der Organisation, dem Verein deutscher Schuhmacher, anzuschließen, schließt der Vorsitzende Niederauer mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung die Versammlung.

Vermischtes.

Von dem überfälligen Dampfer „Gulfan“ ist außer der Leiche des Kapitäns auch die des Steuermanns an der schwedischen Küste bei Slagen aufgefunden worden. Danach muß nunmehr angenommen werden, daß der Dampfer in den Stürmen der letzten Wochen im Kattegat untergegangen ist. Der „Gulfan“ war Eigenthum der Stettiner Altengesehäft „Gulfan“, von dieser im Jahre 1891 aus Stahl erbaut und zu 5000 Register-Tons Brutto vermessen. Er hatte am 26. Februar Oranienburg verlassen und war nach Stettin unterwegs. Die Befahrung bestand aus 17 Mann, die sämtlich in Stettin und Umgebung anständig waren. Sie dürften alle ihren Tod in den Wellen gefunden haben.

Freie Vereinigung der Kaufleute.

Sonntag, den 22. März er.:

Großes Winter-Fest

in der „Berliner Ressource“, Kommandantenstraße 57.

Konzert — Tanz — Vorträge

unter Mitwirkung der „Freien Fiedler-Gesellschaft“.

Anfang 6 1/2 Uhr. — Eintritt 50 Pf.

Billets sind bei den Kollegen Albert Kohn, Schliemannstr. 9, August Klitzke, Pantstr. 13, August Pann, Friedenstr. 46 und Julius Kohn, Blauenfelderstr. 12, 4 Tr., zu haben. 346b

Achtung! Stockarbeiter. Achtung!

Sonabend, den 21. März,

im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c (unterer Saal):

Großes Frühjahrs-Kränzchen.

Für Unterhaltung ist bestens gesorgt.

Am 12 Uhr Kaffeepause.

Billets für Herren à 50 Pf., für Damen à 25 Pf. sind noch zu haben bei Metzner, Linienstr. 43, D. 2 Tr.; Lambeck, Mariannenstr. 48, 2 Tr. bei Ding; Korbach, Grüner Weg 106, 4 Tr., sowie beim Vorstand.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Um regen Zuspruch bittet Das Komitee.

14. Brunnen-Strasse 14.

Billigste Bezugsquelle

für

Mehl, Mühlenfabrikate, Hülsenfrüchte u. Kolonialwaren

im Spezial-Geschäft **Lust & Co.**

14. Brunnen-Strasse 14.

Berlin N. 41918

Bei Bestellungen von 3 M. an franco Versand, auch nach den Vororten. Nach ausserhalb franco Bahnhof Berlin bei freier Verpackung.

Bitte genau auf die Firma u. Nummer zu achten.

Nordhäuser

Liter-Flasche 80 Pf., 90 Pf., 1 Mark mit Hl. Korn (verschied. gemischt) 45 Pf. ohne Hl. Eldre, Cognac, Rum, Ungarweine etc.

33b Carl Schindler, Chausseestr. 55.

Ausstellung für Kochkunst, Volksernährung, Bäckerei, Conditorei

und alle verwandten Gewerben vom 21.-29. März Leipzigerstr. 4 (alter Reichstag), vom 21.-24. März Königgräberstr. 132 (fr. Eisenbahn-Betriebsamt). Eröffnung 21. März, vorm. 11 Uhr. 4890L

Täglich: Concert deutscher, schwedischer und ungarischer Kapellen.

Eintrittspreis am Eröffnungstage 3.—, Sonntag und Montag 1.—. Vereinskarten (30 Pf. Nachzahlung) sind von den vereidlichten Vereinsvorständen im Bureau, Leipzigerstr. 4, unentgeltlich entgegenzunehmen.

Ein grosser Posten Steppdecken

echt Wollatlas (reine Wolle) Grösse 150 x 200, Stck. 7,50 M. ca. 1000 Stück schwere buntfarbige Normal-Schlafdecken mit kleinen Maschinenfloeken, in reizenden Jacquard-Mustern, Grösse 150 x 200 cm. per Stück 4,50 M. sonstiger Meine illustrierte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franco.

Steppdecken-Fabrik **Emil Lefèvre,** Berlin 3., Oranienstr. 158.

Soeben erschien im Verlage der „Münchener Post“, München, Senefelder-Strasse 4/0: 48292

„Der Militarismus auf der Anklagebank.“

Ausführlicher Bericht über die Schwurgerichts-Verhandlung vom 29. Februar 1896 wegen Verleumdung der Offiziere der bayerischen Armee.

Preis 15 Pfennige. 64 Seiten. Wiederzuerkaufen hohen Rabatt. Die Broschüre eignet sich vorzüglich zur Agitation in Stadt und Land und machen wir die Vertrauensmänner und Agitations-Komitees besonders darauf aufmerksam.

1 Kinderwagen, 3 St. und 1 Tafelklavier verkauft Müller, Schleifische-Strasse 3.

Möbel-Ausverkauf

wegen Umzug

zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200-1000 M. Theilzahlung gestattet. Elegante Aufbaum- und Wobagant-Miederstühle und Vertikons 30 M., einfache 15 M., Sophas, Beistellen mit Matratzen 20 M., Waschtiseltische, Küchenspenden, Kommoden 12 M., Stühle 3 M., Sophas 8 M., Säulen-Trümmen 60 M., Pflanzgarnitur 20 u. 100 M., Tischspenden 40 M., Vaneisophas 20 M., Buffets, Silberchränke, Herren-Schreibtische, Schreibstühle, Zylinder-Bureau, Spiegel. Wenig gebrauchte Möbel zu halben Preisen und sollte es niemand veräumen, der gut und weis kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gestante Möbel werden drei Monate kostenfrei aufbewahrt, transportirt und aufgestellt.

Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

Stillstand

ist Rückschritt. Der heutzutage sich nicht die Vortheile des Opal-Nickelwassers zu Nutzen macht, schreitet nicht fort mit der Welt, denn nur dieses entspricht allen Anforderungen. Opal-Nickelwasser allein thut in kürzester Frist unter Aufwendung geringer Mühe alle Del., Dary, Theer, Zucker, Bier- und sonstigen Flecken. Es ist farb- und geruchlos, ungiftig und nicht feuergefährlich wie Benzin.

Preis 50, 50 und 90 Pf. Erhältlich in Drogeriehandlungen.

Möbel-Ausverkauf

passendste Gelegenheit für Brautleute, Hotels, Wiederverkäufer. In meinem größten Möbel-Speicher, Neue König-Strasse 99, sollen circa 200 Wohnraum- u. Wobagant-Einrichtungen, vorläufig gewesene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise schleunigst verkauft werden. Besonders zu empfehlen ist der große Vorwand verstellbare gemessene Möbel, welche fast neu sind und zum halben Preise abgegeben werden. Durch sehr große, billige Gelegenheitskäufe ist es mir möglich, schon ganze Wirthschaften für 20, 100, 200 M. abzugeben. Ebenfalls hochfeine, herrschaftliche Einrichtungen von 500 bis 1000 M. Theilzahlung gestattet. Beamteten ohne Anzahlung, Kleiderstühle 12 M., Kommoden, Küchenspenden 12, Stühle 2 M., Aufbaum-Miederstühle, Vertikons 30 M., Tischspenden 20, Beistellen mit Matratzen 18 M., Sophas 20, Säulenstühle, Miederstühle, hochlegant 20, Trümmen mit Säulen und Architrägen 20, Collianderbureau, Herren-Schreibtische, Vaneisophas, Schreibstühle, Schreibeisen 20, Pflanzgarnituren 20 M., Pianinos, Vaneisophas 75 M., Wäckerstühle, Pfeifertische, Gabelstühle, Salon-Garnituren, Vertikons, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 5 M. Vollständig ausgehüllte und dekorierte Salons, Speisezimmer und englische Schlafzimmer steht zur Ansicht. Empfiehlt allen Herrschaften, vor Einkauf von Möbeln mein entzückendes größtes und billigstes Möbel-Lager zu besichtigen und von den staunend billigen, aber selten zu erwerbenden zu überzeugen. Verkaufte Möbel können 3 Monate kostenfrei auf meinem Aufbewahrungsspeicher lagern. Werden durch eigene Gespanne transportirt und nach ausserhalb. 1488L

Knaben-Garderoben

für das Alter v. 2-18 Jahren empfiehlt in größter Auswahl zu billigen Preisen. 45068

K. Hustädt, O. Köpen-Strasse 85 pt. 2 Min. v. Schleifischen Bahnh.

Wer Geld

will sparen, dem biete ich die günstigste Gelegenheit. Durch Einkauf größerer Posten von Konsumwaaren und Aufstellungen bin ich in der Lage, jedes Stück billiger zu verkaufen, als alle anderen Geschäfte. Ich verkaufe daher:

Hochlegante Einsegnungs-Anzüge v. 9,50 M. an. Herren-Sommer-Paletots von 9,75 an. Damen-Mäntel, Jacketts u. Capes v. 3,50 an. Einzelne Damen-Röcke in allen Farben v. 4,75 an. Hochf. Rock- und Jacket-Anzüge von 12,50 an. Herren-Hosen v. 2,75 an. Kleiner-Hosen, Westen u. Jacketts v. 3,75 an. Leder- u. Arbeits-Hosen v. 2,25. Herren-Jacketts, Westen, Röcke in all. Größen, Knaben- und Burschen-Anzüge, Hüte, Schirme, Stühle, Mätsche, Stiefel, Koffer, Opengläser, Kessel, Revolver, Leuchtinge, Stockflinten, Harmonikas, Seigen, Trommeln, Röhren, Betten, Uhren, Ketten, Ringe etc. zu enorm billigen Preisen.

Gustav Lucke, Waarenhaus, Berlin, 131. Oranienstr. 131.

Sonnabend: Resterverkauf.

Anzug- u. Paletots

Brenner & Cie. Alte Jakobstr. 57/59. Jedes Stück zu Engrospreisen.

Möbel-Ausverkauf

des Möbelspeichers Rosenthalerstr. 12. Wegen ganz bedeutender Vergrößerung meiner Räumlichkeiten verkaufe ich mein Waarenlager zu noch nie dagewesenen Preisen vollständig aus. Zum Umzuge und für Brautleute ist somit die einzig reelle Gelegenheit gegeben. Kaufleistungen, sowie einzelne Stücke gebiegen und billig einzukaufen. Man lasse sich nicht durch unangenehme Anpreisungen blenden, sondern besichtige sich die Möbel, welche man kaufen will, genau und vergleiche dieselben mit meinen nur gebiegenen Möbeln und anerkannt billigen Preisen. Durch Einkauf von 2 großen Möbelspeichern zu günstigen Bedingungen verkaufe ich ganze Einrichtungen, sowie einzelne Stücke ganz bedeutend billiger als jeder andere Möbelhändler. Auch großes Lager gebrauchter und vorläufig gewesener Möbel zu nachhaltenen Spottpreisen. Kleiderstühle 15 Mark, Wobagant-Miederstühle 20, Waschtiseltische, Kommoden 9, Kleinfischen 15, Bettstelle mit Sprungfedermatratze u. Matrasen 10, Stühle 2, Säule 2, Wobagant, neue, hochfeine Pflanzgarnitur 100 Mark, hochfeine Aufbaum- und Wobagant-Möbel Spottpreise. Auch gebe ich Einrichtungen auf Theilzahlung. Brautleute, welche ihre Möbel bei mir kaufen, erhalten ein Hochzeitsgeschenk gratis. Mein Waarenlager befindet sich: Kleine Tapezier- u. Wäckerstuhlfabrik, alte große Möbelspeicher. Verkaufte Möbel können tollentfrei auf meinem Lager speicher 3 Monate liegen bleiben und werden dann durch eigene Gespanne sauber transportirt und aufgestellt, auch nach ausserhalb.

Künstl. Zähne.

R. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr. Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Goldene Remontoir-Damenuhr

mit Kapsel (Monogramm E. P.) nebst Kette ist von der Schönhäuser Allee 32 aus verloren. Finder bitte dieselbe gegen doppelte Belohnung daselbst 2 Tr. bei Petermann, abzugeben. 345b

Achtung, Holzbildhauer!

Die Delegirten-Kommission ist von jetzt an nur abends von 8 Uhr ab Anwesenheit. 16 anwesend. Sonstiges erledigt Kollege Konwig vormittags dort, sonst Manteuffel-Strasse 28. 22/15

Die Kommission.

Photographisches Atelier

Dalmarstrasse 71. 44788

1 Duzend Visitas v. 3,50 M. an. 1/2 Kabinets 7,50

Achtung! Künstl. Zähne v. 8 M. an, Theilw. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigung, Nervöditen bei Bestellung umsonst. Guckel, Panfischerplatz 2, Elsassstr. 12.

Möbel, gebrauchte, lauff Barow

Täglich

(Sonntags nur von 7-9 Uhr)

findet Verkauf von gek. Rindfleisch à Pfund 25 Pf. Schweinefleisch, à Pfund 40 Pf. 46132

Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof.

Milchkübel,

Kannen, Satten, Dezimal- u. Tafelwagen Jordan, Kleine Markus-Strasse Nr. 28.

Möbelgelegenheitskauf!

Sehr wichtig für Brautleute. Reelle gute Arbeit, sehr billig. Spinden, Vertikons 55 M., französ. Aufschreibestellen 45 M., Säulen-Trümmen 65 M., Spiegelstühle, Komf. Bettstelle 30 M., Mod. Wuschel-Nideneinrichtung 50 M., Sopha 86 M. Bilder zur Einrichtung gratis. Dresdenstr. 63, I, Berlin.

Wachsanstalt.

296b Erste a. Ort, verb. m. Plätterei und Rolle zu verkaufen. Pr. 1000 M. Gut. Rindsch., vorzügl. Inventar, bewährte Kräfte.

J. Cuetcher, Eberdwalde.

15 Schläpphas zum Selbstkostenpreis zu verkaufen

wegen Aufgabe des Lagerraums. Reelle Arbeit, mehrjährige Garantie.

Heinrich Kahlen, Tapezierer, 65. Jerusalemstr. 65.

Gangbare Restauration

mit großer Fabriklandschaft Prinzenstraße zu verkaufen. Kleine Restauration zu kaufen gef. Off. L. R. 105 Postamt Ritterstraße. 340b

Ein Stand gute Betten, 1 Kommode, 1 Spiegel, 1 gute Gth-Wadewanne, etwds Wäsche Wischmannstr. 8, 4 Tr. I. Zu erfragen morg. d. 9. abds. v. 5 Uhr ab.

Mädchen sucht zum 1. April Schlafstelle in d. Nähe d. Oranienb. Dores m. Verpfleg. ihres 8 Monate alt. Kindes. Zu erf. v. Frau Mett, Hannoverische Straße 14, Hof 1 Tr. 343b

Für die hiesigen Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die 68rige Gewinnliste der preussischen Lotterie bei.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Besten und Südwesten. Sonntag, den 22. März, vormittags 10 Uhr, bei Zubeil, Lindenstraße 106:

Bezirks-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fritz Zubeil über: Was lehrt uns der letzte Streik. 2. Diskussion. 3. Ergänzungswahl der Werkstatt-Kontrollkommission. 4. Verschiedenes. 270/5

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Zimmerer!

Sonntag, 22. März, vorm. punkt 10¹/₂ Uhr, bei Boltz, Alte Jakobstr. 75:

Große Versammlung des Zentralverb. der Zimmerer Deutschl. (Zahlstelle Berlin.)

Tages-Ordnung:

1. Der Provinzialverbandstag und Anträge zu demselben. 2. Wahl der Delegierten. 3. Neuwahl des Bezirksassistenten in der Zahlstelle 3. 4. Verschiedenes. 254/18

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Der Vorstand.

Freie Vereinigung d. Zivil-Berufsmusiker

Berlin und Umgegend.

Freitag, den 20. März, vorm. 10¹/₂ Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 33:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht und Neuwahl des Arbeitsnachweis-Vorstandes. 2. Unser Stiftungsfest. 3. Verschiedenes.

Um pünktlicheres Erscheinen als bisher bittet Der Vorstand. 279/1

Achtung!

Achtung!

Scheibentöpfer Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 22. d. M., vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Wernau, Rosenthalerstraße 57:

Versammlung

des Allgemeinen Vereins der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands, Zahlstelle Berlin.

In dieser Versammlung wird speziell über die Interessen der Scheibentöpfer verhandelt werden, weshalb wir wohl erwarten dürfen, daß sich kein Kollege dieser Branche unseres Berufes davon fernhalten wird.

Gr. öffentliche Versammlung

Schmiede Berlins u. Umg.

am Freitag, den 20. März 1896, abends 8¹/₂ Uhr, im „Alten Schützenhaus“, Linienstr. 5.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung des Gesellen-Ausschusses über die Verhandlung mit der Meisterschaft in betreff des Herbergswesens und Beschlusfassung. 2. Verschiedenes.

Wegen der hochwichtigen Tagesordnung ist es dringend notwendig, daß jeder Kollege erscheint.

Klempner!

Freitag, den 20. März 1896, abends 8¹/₂ Uhr, im Lokale des Herrn Volk, Alte Jakobstr. 75:

Versammlung

der Werkstatt-Vertrauensmänner.

Tages-Ordnung:

Der gegenwärtige Stand der Lohnbewegung und unsere weiteren Massnahmen.

Jede Werkstatt muss durch einen Delegierten vertreten sein. Bis jetzt haben 29 Werkstätten mit 515 Arbeitern die Forderungen bewilligt.

Hingekommen sind die Firmen: Sielaff, Biondikirchstr. 39; Luckhardt, Ritterstraße; Mulaack, Böttcherstraße; O. Lindner; Harzendorf & Lohmann; Carl Heckert Nachf.; Ernst Schlegnitz; Rothenberg & Döring; Westphal; Luckwaldt, Reichenbergstr. 92; Hoffmann, Fichtestr. 33; M. Wünsche, Görlischer Ufer 6; Hanfland, Langestr. 77; Georg Müller, Skalitzerstr. 5; Sponholz, Pottumstr. 19; Schachtmeyer & Cie., Sebastianstr. 5; Ruppold & Sohn.

In nachfolgenden Werkstätten befinden sich sämtliche Kollegen im Ausstand: Kersten Nachf., Simeonstr. 18; Vogt & Uerpmann, Tempelhofer Ufer 23; Herm. Schöcke, Prinzenstr. 34; Otto Vogel, Andreasstr. 32; Isidor Schwarz, Linienstr. 154a; insgesamt 43 Kollegen.

Das Streikbureau befindet sich Annonenstr. 16 und ist geöffnet von früh 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr.

Die Kollegen haben sich in allen Streitangelegenheiten dorthin zu wenden. Der Vertrauensmann der Berliner Klempner: F. Zimmermann, 80., Päcklerstr. 55. 280/1

Bund der geselligen Arbeitervereine.

Bundes-Sitzung

am Sonntag, den 22. März, vorm. 10 Uhr, bei Bergner, Annenstr. 16.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Geat. 2. Aufnahme neuer Vereine. 3. Bundesangelegenheiten. 4. Verschiedenes und Fragekasten.

Ausgabe der Billets zum Stiftungsfest. — Bücher für die Bibliothek werden entgegengenommen. Erscheinen aller Vereine dringend notwendig. 43/10 Der Vorstand.

Altes Schützenhaus, Linienstraße 5,

empfiehlt seine

Säle für 560 Personen fassend. Neu eröffnet: Naturgarten, Sitzplätze für 300 Personen fassend. Sonnabende im April, Mai, Juni, Juli etc. noch frei. 325b

Fordert nur
4627L*

Tippenriller

in allen
Anschauflökalen
Berlins.

Musikinstrumenten-Arbeiter.

Montag, den 23. März, abends 8 Uhr, in Sanssouci, Pottbusserstraße 4a:

Grosse öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Stellungnahme zum 1. Mai.

Es ist Ehrenpflicht aller Kollegen zu erscheinen. — Die Versammlung wird punkt 8 Uhr eröffnet. 144/3

Achtung! Puhlmann's Sommer-Theater, Achtung!

Schönhauser Allee 148.

Sonnabend, den 21. März 1896, abends 8 Uhr,

Gr. Winter-Vergnügen

der sozialdemokratischen Parteigenossen der Schönhauser Vorstadt.

Arrangiert vom

Sozialdemokratischen Lese- u. Diskutirklub Johann Jacoby.

Verbunden mit Concert, Gesang, Vorträgen u. lebenden Bildern.

Unter Mitwirkung der Genossin Fel. Wunsch und des Komikers Herrn Lachmann.

Festrede, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten Arthur Stadthagen.

Nach dem Konzert: Tanz. Musik, ausgeführt von Mitgliedern der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker. Dirigent: W. Behufeld. Billets à 20 Pf. 100/15

Rixdorf.

Sozialdemokratischer Verein Vorwärts.

Sonntag, den 22. März 1896:

III. Theater-Abend

in den Viktoria-Sälen,

Hermannstraße 48-50.

Gastspiel des Berliner Volksbühnen-Ensemble. (Leitung: A. Türk.)

Zur Aufführung gelangt:

Hildegard Scholl.

Vollstück in drei Akten:

von Westendorfer und Croissant.

Nach der Vorstellung: Ball.

Herrn, die am Tanz teilnehmen zahlen 30 Pf. nach.

Billet 50 Pf.

Anfang 7 Uhr.

Schulpflichtige Kinder haben keinen Zutritt. — Billets sind in den mit Plakaten belegten Geschäften zu haben; an der Kasse werden keine Billets verkauft. 292/16

Oeffentl. Herren-Vortrag

des

Naturarztes M. Canitz

über

Frankheiten der Männer und

die Sünden der Jugend

am Freitag, den 20. März, 1/2 9 Uhr

abds., in d. Aktienbrauerei Moabit,

Turnplatz 25/26.

Nur Herren haben Zutritt.

Entree 20 Pf. 334b

Naturheilverein „Zukunft“

Samariter-Kursus

für Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Zur Feier des

8. Stiftungsfestes

am Sonnabend, den 21. März,

abends 8¹/₂ Uhr:

Grosser Gesinde-Ball

im Englischen Garten,

Alexanderstr. 27c,

wogu Freunde und Gönner hiermit ein-

geladen werden. Eintrittskarten sind

bei den Vorstandsmitgliedern zu haben.

155/7 Der Vorstand.

Möbel-Kaufgelegenheit

passendste Gelegenheit zum Umzug für Brautleute und Hotels. Gesellschaftliche 16 parterre, in der Möbel-Fabrik sollen circa 200 komplette Wohnungs-Einrichtungen, verleihe gewesene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Durch sehr große Gelegenheits-einkäufe zu billigen Preisen ist es mir möglich, schon ganze Einrichtungen für 150-300 Mk. zu liefern, ferner herrschaftliche Einrichtungen von 400 bis 6000 Mk. Zehlfachung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Besonders billig sind die an herrschaftlichen kurze Zeit verleihe gewesene Möbel, die zum Teil wie neue sind. Kleiderständer 15, Küchenspend, Kommoden 12, Kleiderständer mit Matratze 18 Mk., Aufbaum-Kleiderständer und Wäschespenden 30 Mk., Wäsche-Kleiderständer und Bettlaken 26, franz. Wäsche-Bettstellen mit Matratzen 45, Säulen-Kleiderständer 48 Mk., Aufbaum-Zimmerstau mit Stufe 60 Mk., Plüschgarnituren 60 Mk., neue hochlegante Garnituren 105 Mk., Buffet, Coiffentische, Paneelempfänger mit Sattelstühlen und Wäscheaufhängung in allen Farben, Damen- und Herren-Schreibtische, Diplomatentische, Ankleide-Schränke, Toiletten, Garderobenschränke in allen Größen, Gabelstühle, Wäschespenden, Salon-Garnituren, vollständige Salons, Schlafzimmer- und Speisezimmer-Einrichtungen, alles zu noch nie dagewesenen Preisen. Gefante Möbel werden unentgeltlich 3 Monate auf meinen Aufbewahrungsspedlern aufbewahrt, werden durch eigene Gespanne sauber transportiert und aufgestellt, auch nach außerhalb. 1451L*

Heute, Donnerstag, Nachm. 4 Uhr:

Frische Blut- u. Leberwurst,

ff. Grühwurst

bei G. Tempel, Große Frankfurter-

straße 16. 4633b

Ein Vereinszimmer, bis 50 Pers.,

mit Klavier, ist zu vergeben.

H. Schöls, Gr. Frankfurterstr. 74, 283b (Breuer's Salon.)

Säle zu Festlichkeiten u. Versamm- lungen. Alex. Alexanderstr. 27c.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Rosenthaler Vorstadt u. Gesundbrunnen.

Sonnabend, 21. März, im Marienbad, Badstr. 21:

Grosses Concert

veranstaltet von den

sozialdemokratischen Parteigenossen des Gesundbrunnens.

Unter gütiger Mitwirkung des Gesangvereins „Nord“ (Mitgl. des N.B.S.)

und des Volkshumoristen Otto Koch.

Nach dem Concert: Grosser Ball in beiden Sälen.

Anfang 8 Uhr. Um zahlreichem Besuch bittet Billet 20 Pf. 219/20 Das Komitee.

C. Lucian

Engros- Knabengarderobe-Fabrik. Detail.

Meine Geschäftsräume und Betriebswerkstätten habe ich seit

1. März von Landsbergerstr. Nr. 52/53 nach meinem eigenen Hause

C., Landsberger-Strasse No. 56, C.

nahe Alexanderplatz

verlegt. M*

Album- und Lederwaren-Fabrik

O. Gundau,

30 Oranienstraße 30,

Ecke Adalbertstraße. 45132*

Großes Lager aller Arten Leder- waaren u. Schmucksachen, wie Broches, Ohrringe, Armbänder, Colliers, Ringe, Uhretetten etc. zu den billigsten Preisen.

Gesangbücher zu den billigsten Preisen.

Hackescher Markt 4, Ecke Neue Promenade

J. Brünn, Am Stadtbahnhof „Börse“

Inventur - Ausverkauf!

Teppiche! Gardinen! Portièren!

Steppdecken! Leinenwaaren!

Fertige Wäsche!

zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Empfehle allen Freunden und Bekannten mein Weis-, Bairisch Bier und gr. Speisegeschäft. Reichhalt. Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendlich à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20-50 Personen. 4262L* H. Stramm, Restaurant, Ritterstr. 123.

Empfehle Freunden und Bekannten mein neueröffnetes Bierhaus nebst geräumigem Vereinszimmer. Presenerstr. 19 (a. Oranienplatz), früher Herm. Werner, Brunnenstr. 12.

Ich empfehle allen Freunden, Bekannten und Kollegen mein Weis- u. Bairischbier-Lokal nebst Vereinszimmer. Louis Adolph, Hofenstraße Nr. 52/53 (früher Voedstr. 46). 1289b

Vereinszimmer mit Piano, 50 Personen fassend, noch einige Tage frei. 382b Wigiel, Adersstraße 145.